

Außerschulische Bildung

Zeitschrift der politischen
Jugend- und Erwachsenenbildung

3/2018

THEMA IM FOKUS

(Un-)Sicherheit und (Un-)Gewissheit

4 | **Sicherheit und Demokratie**

Zu Innerer Sicherheit und demokratischer Sicherheitspolitik in der Bundesrepublik Deutschland

von Gisela Riescher
und Timothy Schlegel

10 | **Auf europäische und transatlantische Lösungen setzen**

Deutschlands Umgang mit wachsender Unsicherheit in den internationalen Beziehungen

von Aylin Matlé

16 | **Risikowahrnehmung, Risikoverhalten und Risikokommunikation**

Eine psychologische Perspektive auf den Umgang mit Risiken

von Susanne Gaube
und Eva Lermer

22 | **Unsichere Sicherheiten**

Politische Bildung und die Frage gesellschaftspolitischer Eigenverantwortung

von Anja Opitz

27 | **Orientierung in Zeiten der Unsicherheit?**

Herausforderungen für die politische Bildung

von Ursula Münch

Außerschulische Bildung
Zeitschrift der politischen
Jugend- und Erwachsenenbildung

3/2018

adb.de

Zu diesem Heft

In der ZEIT vom 15. Februar 2018 veröffentlichten Manuel J. Hartung und Stefan Schmitt 11 Thesen zur digitalen Zukunft. Eine der Thesen ist mir besonders im Gedächtnis geblieben. Sie benennt „Verunsicherungsfähigkeit“ als eine neue Schlüsselkompetenz, ja als eine notwendige Haltung, welche die Menschen in die Lage versetzt, „mit Wandel, Brüchen und Widersprüchen selbstbewusst umzugehen“. Der Bildung, so die Autoren, komme nicht mehr die Aufgabe zu, die Menschen sicherer zu machen, sondern ihnen vielmehr dazu zu verhelfen, die eigene Verunsicherung produktiv zu wenden.

Dieser Gedanke ist der politischen Bildung nicht fern. Ein konstruktiver und kreativer Umgang mit Unsicherheit, Perspektivenvielfalt und Perspektivwechsel, die Entwicklung von Handlungskompetenzen und das Erlernen von Ambiguitätstoleranz sind wichtige Gestaltungselemente politischer Bildung. Es geht nicht darum, Eindeutigkeiten zu verkünden, Sicherheiten zu versprechen, sondern Transparenz herzustellen, Wissen zu generieren, in einen Austausch zu treten und dadurch einen kompetenten Umgang mit Risiken und Unsicherheiten zu erlernen.

Diese Ausgabe der „Außerschulischen Bildung“ nimmt (Un-)Sicherheiten und (Un-)Gewissheiten in unterschiedlichen Bereichen in den Blick. Es geht um demokratische Sicherheitspolitik und das Verhältnis von Sicherheit und Freiheit; um eine psychologische Perspektive auf das Thema, um den Umgang mit der wachsenden Unsicherheit in den internationalen Beziehungen und mögliche Reaktionen darauf.

Über allem steht die Frage, wie und mit welchen Konzepten politische Bildung in unsicheren Zeiten gelingen kann. Dazu gehört nicht zuletzt, die Risikokommunikation zu ent-emotionalisieren und aufmerksam zu sein für Beeinflussungen, wenn etwa „Wahrheiten“ verkündet oder Ängste geschürt werden. Denn in unsicheren Zeiten ist eins sicher: Angst war noch nie ein guter Ratgeber.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen



Friedrun Erben

Friedrun Erben

Thema des nächsten Heftes:

100 Jahre Frauenwahlrecht

Die Ausgaben der Außerschulischen Bildung, deren Erscheinen mehr als zwei Jahre zurückliegt, können auf der AdB-Homepage über folgenden Link kostenlos abgerufen werden: www.adb.de/zeitschrift_ab

Thema im Fokus:

(Un-)Sicherheit und (Un-)Gewissheit

- 4 **Sicherheit und Demokratie**
von Gisela Riescher und Timothy Schlegel
- 10 **Auf europäische und transatlantische Lösungen setzen**
von Aylin Matlé
- 16 **Risikowahrnehmung, Risikoverhalten und Risikokommunikation**
von Susanne Gaube und Eva Lerner
- 22 **Unsichere Sicherheiten** von Anja Opitz
- 27 **Orientierung in Zeiten der Unsicherheit?** von Ursula Münch

Forum

- 34 **Demokratieförderung als sicherheitspolitischer Arbeitsbereich** von Maria Grüning und Philipp Meyer
- 40 **STEPS – Survival Toolkit for EDC in Post-factual Societies**
von Georg Pirker
- 44 **Fördern – Kooperieren – Gestalten** Interview mit Wilfried Klein

Politische Bildung praktisch

- 47 **Planspiele in der Friedensarbeit** von Andreas Muckenfuß

Jahresthema im AdB

- 53 **„Von Information bis Manipulation – Die Macht der Medien“**
von Niklas Fischer und Bára Procházková

Rezensionen

- 58 **Rezensionen**

AdB aktuell

- 68 **AdB aktuell**

Berichte, Hinweise, Nachrichten

- 75 **Personalien**
- 76 **Aus Profession und Politik**
- 87 **Ausschreibungen und Wettbewerbe**
- 89 **Veranstaltungen**
- 91 **Zeitschriftenschau**
- 93 **pb-digital**
- 96 **Impressum**

Sicherheit und Demokratie

Zu Innerer Sicherheit und demokratischer Sicherheitspolitik in der Bundesrepublik Deutschland

Der Artikel gibt einen kurzen Überblick über die grundlegenden philosophischen und theoretischen Hintergründe demokratischer Sicherheitspolitik. Im Zentrum der theoretischen Auseinandersetzung stehen die politische Philosophie von Thomas Hobbes und das Verhältnis von Sicherheit und Freiheit. Ausgehend von einer kritischen Betrachtung der Sicherheitsgesetzgebung in der Bundesrepublik Deutschland nach 9/11 werden die zentralen Herausforderungen und Problemstellungen demokratischer Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert aufgezeigt. von Gisela Riescher und Timothy Schlegel

Von ganz alltäglichen Dingen wie Verkehrssicherheit und Vertragssicherheit bis hin zur hohen Politik der internationalen Beziehungen durchdringt das Bedürfnis nach Sicherheit die verschiedensten Dimensionen der menschlichen Lebenswelt. Sicherheit für die eigene Existenz zu schaffen, ist ein zentrales Anliegen von Individuen und Gesellschaften. Sicherheit ist ein menschliches Grundbedürfnis.

Im Laufe der Geschichte entwickelte der Mensch zunehmend Strategien und Methoden, die Welt zu einem sichereren Ort zu machen. Dies betrifft die natürliche wie die soziale Umwelt des Menschen, wobei die Methoden und Strategien zeit- und kulturübergreifend höchst unterschiedlich ausfallen können (vgl. Bonss 2010). In dem Verlangen nach Sicherheit spiegelt sich das Schutzbedürfnis des Menschen. Die strukturelle Allgegenwart des Sicherheitsbedürfnisses soll jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass, was unter Sicherheit jeweils verstanden beziehungsweise was als sicher erlebt wird, je nach Kontext qualitativ wie quantitativ variiert (vgl. Merz 2010). Sicherheit ist ein polyvalenter Begriff, dessen Mehrdeutigkeit im Englischen deutlicher hervorgeht als im Deutschen. Im Englischen wird unterschieden zwischen *Certainty*, *Safety* und *Security*. *Certainty* meint die kognitive Sicherheit im

Sinne von erkenntnisbezogener Gewissheit. *Safety* meint technische Sicherheit im Sinne der Zuverlässigkeit technischer Systeme. *Security* meint die gesellschaftliche bzw. öffentliche Sicherheit im Sinne politisch-sozialer Sicherheit. Die politische Sicherheit bezieht sich auf die äußere und innere Sicherheit (vgl. Bonss 2010). Die folgenden Ausführungen beziehen sich primär auf die Innere Sicherheit. Als Politikfeld wird Innere Sicherheit definiert als: „(...) ein System von staatlichen Institutionen und Einrichtungen, welches durch Verfassung und Organe der demokratischen Willensbildung legitimiert ist, das öffentliche Gewaltmonopol im Rahmen kodifizierter Regeln exekutiv unter Anwendung auch von unmittelbarem Zwang auszuüben“ (Lange 2006, S. 123 f.). Innere Sicherheit bezieht sich somit auf die Sicherheit im und durch den Staat.

Das Verhältnis von Sicherheit und Freiheit in der politischen Ideengeschichte

In der europäischen Ideengeschichte war es der englische Philosoph *Thomas Hobbes*, der 1651 in seinem Werk *Leviathan* den Erhalt der Inneren Sicherheit zum zentralen Staatszweck seiner politischen Philosophie erhob. Die zentrale Aufgabe des Staates ist es, für die Sicherheit seiner

Bürger/-innen zu sorgen: „Die Aufgabe des Souveräns, ob Monarch oder Versammlung, ergibt sich aus dem Zweck, zu dem er mit der souveränen Gewalt betraut wurde, nämlich der Sorge für die Sicherheit des Volkes.“ (Hobbes 2011, S. 315) Als Krieg aller gegen alle beschreibt *Hobbes* den vorstaatlichen Naturzustand. Dieser Naturzustand ist in *Hobbes'* Gedankenexperiment ein Zustand völliger Freiheit. Ein Zustand, in dem jeder ein Recht auf alles hat. Die absolute Freiheit, die anarchische Freiheit, führt letztlich dazu, dass ein jeder zumindest eine potenzielle Gefahr für den anderen darstellt. *Hobbes* formuliert sein Sicherheitsargument weder als bloßes Mittel zum Machterhalt des Souveräns, noch allein aufgrund einer äußeren Bedrohung durch Fremde. Worum es *Hobbes* geht, ist die Sicherheit vor gegenseitigen Übergriffen. Absolut frei hat jeder zwar ein Recht auf alles, dieses Recht auf alles entspricht jedoch einem Recht auf nichts. Denn im Zustand absoluter Freiheit fehlt es, mit Ausnahme der eigenen Stärke und Erfindungskraft, an jeder Sicherheitsgarantie für Leib, Leben und Eigentum. Weder sind die fiktiven Naturzustandsbewohner/-innen frei von Angst, noch sind sie frei für die potenzielle Verwirklichung ihrer Lebensentwürfe. Freiheit ohne Sicherheit endet bei *Hobbes* in einer Tyrannei der Furcht: „In einer solchen Lage ist für Fleiß kein Raum, da man sich seiner Früchte nicht sicher sein kann; und folglich gibt es keinen Ackerbau, keine Schifffahrt, keine Waren, die auf dem Seeweg eingeführt werden können, keine bequemen Gebäude, keine Geräte, (...), keine Kenntnis der Erdoberfläche, keine Zeitrechnung, keine Künste, keine Literatur, keine gesellschaftlichen Beziehungen und es herrscht, was das Schlimmste von allem ist, beständige Furcht und Gefahr eines gewaltsamen Todes – das menschliche Leben ist einsam, armselig, ekelhaft, tierisch und kurz.“ (Hobbes 2011, S. 123)

Hobbes gebührt in diesem Zusammenhang nicht nur das Verdienst, die Sicherheit der Bürger/-innen als Legitimationsgrundlage des Staates philosophisch aufzuzeigen, sondern auch das Spannungsverhältnis zwischen Sicherheit und Freiheit zu systematisieren. *Hobbes* Naturzustandstheorem nimmt seinen Ausgang bei der Freiheit des Individuums. Ohne Einschränkung der Freiheit gibt es keine Sicherheit und ohne Sicherheit keine Freiheit. Aus dem individuellen Freiheitsverzicht leitet sich in normativer Hinsicht eine Schutzpflicht und Schutzverantwortung des Souveräns ab. In der hobbeschen Argumentation bildet die Schutzverantwortung des Souveräns, mehr noch die Bereitstellung von Sicherheit, die Legitimationsgrundlage des Staates. *Hobbes* gelang es jedoch nicht, eine Balance zwischen Freiheit und Sicherheit zu finden.

So bleibt Sicherheit zwar auch in der liberalen Tradition im Anschluss an *Hobbes* zugleich zentraler Staatszweck als auch Bedingung der Freiheit. Es ist jedoch das Verdienst der liberalen Tradition, den Staat nicht allein auf den Erhalt der Sicherheit, sondern auch auf den Erhalt der bürgerlichen Freiheiten zu verpflichten. Ideengeschichtlich sind *John Lockes* „Zwei Abhandlungen über die Regierung“, *Immanuel Kants* „Grundlegung zur Metaphysik der Sitten“ und die *Federalist Papers* von dem Versuch getragen, die Macht des Staates zu beschränken und den Freiheitsraum der Bürger/-innen zu vergrößern. *Hobbes' Leviathan* wurde gebändigt und die Bürger/-innen wurden mit institutionell garantierten Freiheiten versehen, welche sie vor Übergriffen des Staates schützen sollen. Die Vorstellung einer Gewaltenteilung, das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit sowie die Unantastbarkeit bürgerlicher Grundrechte sind letztlich jene Prinzipien, welche den Widerspruch zwischen individueller Autonomie und kollektivem Sicherheitsbedürfnis in Einklang bringen. Freiheit und Sicherheit gehören heute zu den zentralen Idealen der modernen liberalen Demokratie und den Bedingungen der liberalen Lebensform.

Die Sicherheitsgesetzgebung in der Bundesrepublik Deutschland seit 9/11

Die Sicherheitsgesetzgebung der jüngsten Vergangenheit rief anhaltende und umfangreiche Debatten in Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit hervor. Im Kern dieser Debatten stehen das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit und die Frage, wie diese beiden Werte in Balance gebracht werden können. Kritiker sehen in den sich ausweitenden Kompetenzen und Kontrollmöglichkeiten der Sicherheitsbehörden eine Beschneidung der bürgerlichen Freiheit, einen Abbau des Rechtsstaats und letztlich eine Bedrohung für die liberale Demokratie und Lebensform. Die Sicherheitsmaßnahmen und die Sicherheitsgesetzgebung seit dem 11. September 2001 haben eine anhaltende Diskussion über den Wandel des Rechtsstaats und eine Verschiebung der Rolle des Staates vom Sanktionsstaat zum Präventionsstaat zur Folge (vgl. z. B. die Beiträge in Huster/Rudolph 2008; Pietschmann 2010).

Der ehemalige Bundesverfassungsrichter *Wolfgang Hoffmann-Riem* (vgl. Hoffmann-Riem 2016) kritisiert, dass Sicherheitsmaßnahmen wie die Videoüberwachung öffentlicher Räume, Raster- und Schleierfahndung sowie die Datensammlung durch Geheimdienste nicht nur auf die Abwehr von Gefahren zielen, sondern auf die Verhinderung ihrer Entstehung. Die erweiterten Sicherheitsbefugnisse der Sicherheitsbehörden werden zunehmend in den Vor-

feldbereich verlagert und sind tendenziell darauf angelegt, rechtsfeindliche Gesinnungen und Absichten festzustellen und zu bekämpfen, bevor sich eine Handlung mit unabsehbaren Konsequenzen realisiert. Die Überwachungseingriffe des Staates, so die Befürchtung, könnten eine mögliche Einschüchterung der Bürger/-innen zur Folge haben, welche die Bereitschaft zu politischer Partizipation und Nutzung von Freiheitsrechten beeinträchtigt. Bundesverfassungsrichter *Johannes Masing* kritisiert, dass der Staat nicht länger zwischen bedenklicher und unbedenklicher Freiheitswahrnehmung unterscheidet und Bürger/-innen so in eine Rechtfertigungslage aufgrund der Art ihrer Freiheitswahrnehmung bringe. Vielmehr stelle jede/r Bürger/-in ein potenzielles Risiko dar und könne daher zum Objekt staatlicher Überwachung werden (vgl. Masing 2012).

Spätestens seit im Jahr 2011 bekannt wurde, dass die Existenz der rechtsextremistischen Terrorgruppe des *Nationalsozialistischen Untergrundes* den Sicherheitsbehörden verborgen blieb und zwei Jahre später *Edward Snowden* die globalen Überwachungspraxen des Geheimdienstnetzwerkes *Five Eyes* enthüllte, sehen sich die Geheimdienste einer scharfen öffentlichen Kritik ausgesetzt. Bemängelt werden sowohl die zunehmende Überschneidung und Vernetzung von Polizei und Geheimdienstarbeit in Organisationen wie dem *Gemeinsamen Terrorabwehrzentrum* und dem *Gemeinsamen Analyse- und Strategiezentrum für Migration*, als auch die fehlende parlamentarische Kontrolle der Geheimdienste. Im März 2014 wurde der NSA-Untersuchungsausschuss eingesetzt, dieser war weltweit der einzige parlamentarische Untersuchungsausschuss, der die

Sicherheit für die eigene Existenz zu schaffen, ist ein zentrales Anliegen von Individuen und Gesellschaften.

Tätigkeiten der Nachrichtendienste nach den Veröffentlichungen von *Edward Snowden* aufarbeitete. Als direkte Konsequenz aus der Arbeit des Untersuchungsausschusses gilt die Reform des *Bundesnachrichtendienstes* und des *Parlamentarischen Kontrollgremiums*. Ziel des Gesetzeswerkes war die verbesserte Kontrolle des *Bundesnachrichtendienstes* (BND). Die parlamentarische Kontrolle wurde fortan durch einen Ständigen Bevollmächtigten unterstützt. Alle Zugänge des BND zu Telekommunikationsnetzen müssen seither durch ein neu geschaffenes Gremium aus zwei

Bundesrichtern und einem Bundesanwalt genehmigt werden. Um die Verantwortung besser zu dokumentieren, müssen die Zugriffe zudem durch den Präsidenten des BND oder einen Vertreter angeordnet und durch das Kanzleramt genehmigt werden. Außerdem wurde die Möglichkeit einer jährlichen öffentlichen Anhörung der Präsidentinnen/Präsidenten der Nachrichtendienste des Bundes durch das Parlamentarische Kontrollgremium geschaffen (vgl. Sensburg 2017). Grundsätzlich zeigt sich der Weg, die parlamentarische Kontrolle zu stärken, als konkrete Maßnahme demokratischer Sicherheitspolitik im Einklang mit den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung.

Die verfassungsrechtliche Bewertung der modernen Sicherheitsgesetze durch den Rechtswissenschaftler *Heinrich Wolff* (2016) führt zu dem Ergebnis, dass in der Sicherheitsgesetzgebung gemeinsame Tendenzen bestehen. Dazu gehört, dass die Evaluationspflicht von Gesetzen zum Standard wurde, dass die parlamentarische Kontrolle zunehmend gestärkt und der Sicherheitsbereich insgesamt zunehmend verrechtlicht wird, aber auch, dass die Bundeskompetenzen zwar maßvoll aber permanent erweitert werden, dass die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden zunehmend gestärkt wird und bisherige Grenzziehungen verwischen, indem Schnittstellen vergrößert und Doppelzuständigkeiten erweitert werden. Nach *Thomas Würtenberger* und *Stefan Tanneberger* (2016) gelang es dem Bundesverfassungsgericht in der vergangenen Dekade, aus den spärlichen Vorgaben des Grundgesetzes eine ganze Sicherheitsverfassung zu entwickeln, welche dem sicherheitspolitischen Handeln der Exekutive, insbesondere bei sogenannten Informationseingriffen, verfassungsrechtliche Grenzen setzt. Das Gericht lässt selten ein Gesetz unbeanstandet und tritt öffentlichkeitswirksam als Garant gegen den Rückfall in den Überwachungsstaat auf, wenngleich die Entscheidungen des BVerfG ganz eigene staatsrechtliche Fragen aufwerfen. ¹

Bedrohungslage im 21. Jahrhundert und die Herausforderungen demokratischer Sicherheitspolitik

Zugleich darf nicht übersehen werden, dass sich die empirischen Ausgangsbedingungen im 21. Jahrhundert verändert haben: Globalisierung, Digitalisierung und der

¹ Friedrich Schoch (2012) verweist bspw. auf das Fehlen eines klaren Eingriffsbegriffs und einer definierten Eingriffstiefe für informationelle staatliche Maßnahmen. Ebenso wird die Frage nach dem Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers diskutiert (vgl. z. B. Kellermann 2016).



„Freiheit hat viele Gesichter“; Kunstinstallation #FreiheitBerlin auf dem Berliner Washingtonplatz Foto: AdB

islamistische Terrorismus stellen die Bundesrepublik vor neue Herausforderungen. Ziel des islamistischen Terrorismus ist nicht der politische Mord an einzelnen Entscheidungsträgern oder bestimmten Personengruppen, sondern es sind sogenannte weiche Ziele wie öffentliche Straßen, Plätze und Großveranstaltungen oder Anschläge auf kritische Infrastruktur wie Flughäfen oder Bahnhöfe. Ferner ist die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus nicht lokalisierbar, da sie von inter- und transnationalen Terrornetzwerken und von sogenannten Schläfern ausgeht, die sich in der Zivilgesellschaft verbergen, um zu einem unbestimmten Zeitpunkt tätig zu werden. Der islamistische Terrorismus zielt darauf ab, in Zivilgesellschaften Angst und Schrecken zu verbreiten und ein Szenario ständiger Bedrohung zu schaffen. Ziel ist somit nicht nur die Zivilgesellschaft, sondern die freiheitliche Lebensform insgesamt. Als Reaktion auf die neuartige Bedrohungslage kann sich die Arbeit der Sicherheitsbehörden zumeist nur auf die Prävention konzentrieren, da traditionelle Abschreckungs- und Sicherheitsmaßnahmen gegen einen Selbstmordattentäter keine Wirkung erzielen.

Ebenso stellt die globalisierte Kommunikation eine Begrenzung des Schutzes durch den Nationalstaat dar. Die Informations- und Kommunikationstechnologie wird von wenigen Unternehmen wie *Google* und *Facebook* dominiert, die ihren Sitz nicht in Deutschland haben. Diese Unternehmen haben die faktische Möglichkeit, in Privat- und Berufssphären einzudringen, ohne dabei rechtsstaatlichen

Restriktionen und demokratischen Kontrollmöglichkeiten zu unterliegen (vgl. Hoffmann-Riem 2016).

Auch die Bedeutung der privaten Sicherheitsdienste ist in Deutschland in den vergangenen Jahren gestiegen. Hier manifestieren sich ebenfalls zunehmende Grenzen des staatlichen Sicherheitsversprechens. Private Dienste sind mit unterschiedlichen Aufgaben wie Pförtnerdiensten, Geld- und Werttransporten, Fluggastkontrollen, Ordnungs- und Sicherheitsarbeit bei Großveranstaltungen betraut, darüber hinaus übernehmen die *Securities* Streifendienste im öffentlichen Raum und kooperieren mit staatlichen Sicherheitsbehörden. Private Sicherheitsdienste leisten bereits einen erheblichen Beitrag zur Sicherheitsproduktion, wenn der Staat aufgrund von personellen und finanziellen Anforderungen das Sicherheitsbedürfnis der Bürger/-innen nicht befriedigen kann (vgl. Frevel 2016). Das Allgemeinwohl Sicherheit wird somit zunehmend zur Ware. Mit der Aushöhlung der staatlichen Sicherheitsproduktion durch private Sicherheitsdienstleister ist das Problem verbunden, dass der Schutz von Leben, Eigentum und Freiheit zunehmend zum Privileg bestimmter Gruppen werden kann.

Der demokratische Staat, der durch sein Sicherheitsversprechen in die Pflicht genommen wird, das Sicherheitsbedürfnis seiner Bürger/-innen zu erfüllen, steht jedoch einer grundsätzlichen Herausforderung gegenüber, nämlich der Frage, wie sicher ist „sicher genug“?

Diese Frage beleuchtet ein entscheidendes Dilemma des Sicherheitsdiskurses: das Auseinanderklaffen von Be- →

drohungslage und Sicherheitswahrnehmung. Die objektive Sicherheitslage wird zumeist durch Kriminalitätsstatistiken und Vergleiche erfasst und beschreibt einen Zustand, der als sicher oder weniger sicher qualifiziert wird. Solcherart Lagebeschreibungen geben jedoch keine Auskunft darüber, ob die Bürger/-innen sich sicher fühlen. Die faktische Gefahrenlage und das Sicherheitsempfinden passen oftmals nicht zueinander. So fühlen sich die meisten Menschen in der eigenen Wohnung am sichersten, dabei ist die Wahrscheinlichkeit, Opfer häuslicher Gewalt, sexuellen Missbrauchs oder eines Unfalls zu werden, nirgendwo so hoch wie in der eigenen Wohnung. Eine Ursache für das Auseinanderklaffen von objektiver Sicherheit und subjektivem Sicherheitsempfinden ist, dass in der subjektiven Wahrnehmung Gefahren nicht nach ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit, sondern nach ihrer Eintrittsmöglichkeit bewertet werden. Entscheidend für die subjektive Sicherheitseinschätzung ist die Vorstellung der Kontrollierbarkeit und Vertrautheit mit der Situation. Kontrollierbarkeit und Vertrautheit führen zu einer positiven Sicherheitswahrnehmung der Situation, wohingegen das Unbekannte, Fremde, Unkontrollierbare und Zufällige Ängste auslöst. In unkontrollierbaren Situationen fühlen Menschen sich verletzlicher und haben ein größeres Unsicherheitsempfinden, denn mit dem Bewusstsein der Verletzlichkeit steigt die Wahrnehmung der Bedrohung. Mehr Sicherheit ist demnach auch zu verstehen als weniger Unsicherheitsempfinden (vgl. z. B. Frevel 2016).

Sicherheit ist jedoch nicht auf individuelle psychologische Faktoren zu verkürzen, vielmehr gibt es ein gesellschaftliches Grundverständnis von Sicherheit und Unsicherheit, welches sich aus kulturellen Diskursen speist, die Redemöglichkeiten und Erfahrungen strukturieren. Sicherheit ist in diesem Zusammenhang narrative Überzeugungsarbeit (vgl. Dollinger 2016).

Ein weiteres Dilemma des Sicherheitsdiskurses ist das sogenannte Sicherheitsparadoxon. Danach können die Rede von Sicherheit und entsprechende Sicherheitsmaßnahmen oder Technologien ihrerseits Unsicherheit hervorbringen, da sie einen Sicherheitsbedarf kommunizieren und entsprechend Erwartungshaltungen hervorrufen. Aus dem Bedürfnis nach immer mehr Sicherheit erwächst somit eine Sicherheitsspirale, die zu einer zunehmenden Versicherheitlichung verschiedenster Lebensbereiche führt (vgl. Bonss 2010).

Aus diesen Dilemmata des Sicherheitsdiskurses ergeben sich entscheidende Konsequenzen für demokratische Sicherheitspolitik: Erstens ist es allein mit der Verbesserung

der faktischen Sicherheitslage nicht getan. Solange sich das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürger/-innen nicht verbessert, werden aus persönlichen Ängsten heraus Forderungen an die staatliche Sicherheitspolitik formuliert. Zweitens führen immer neue Sicherheitsgesetze und Maßnahmen zu wachsendem Unsicherheitsempfinden und gesteigerten Erwartungshaltungen. Genau diese Erwartungen erzeugen ein entsprechendes Sicherheitshandeln des Staates. So hat es bei der Bundestagswahl 2017 keine Partei versäumt, sich als Partei der Sicherheit zu präsentieren. Regierungshandeln wird zunehmend danach gemessen, ob es gelingt, die Sicherheit der Bürger/-innen zu garantieren. Der Staat reagiert somit auf eine spezifische Interessenlage. Ein entscheidender Aspekt demokratischer Sicherheitspolitik sind nicht allein die staatsrechtlichen

Der islamistische Terrorismus zielt darauf ab, in Zivilgesellschaften Angst und Schrecken zu verbreiten und ein Szenario ständiger Bedrohung zu schaffen. Ziel ist somit nicht nur die Zivilgesellschaft, sondern die freiheitliche Lebensform insgesamt.

Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und Grundrechtsschutz, sondern ebenso die gesellschaftliche Werthaltung. Denn das subjektive Sicherheitsempfinden lässt sich nicht allein über objektive Kriterien und sinkende Kriminalitätsraten herstellen. Sicherheitsmaßnahmen müssen ebenso darauf abzielen, den Bürger/-innen ein Gefühl der Sicherheit zu vermitteln und die Angst zu vermindern. Neben der Verbesserung der objektiven Sicherheitslage sollten sicherheitspolitische Maßnahmen daher auch darauf abzielen, das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürger/-innen zu stärken. Da Fremdheit und Unkontrollierbarkeit entscheidende Faktoren für die subjektive Bedrohungswahrnehmung darstellen, kommt in diesem Zusammenhang sowohl der Bedrohungskommunikation als auch der Aufklärung eine entscheidende Rolle zu. Die politische Bildung kann dazu beitragen, das Fremde und Unverständliche bekannter und verständlicher zu machen.

Denn Angst ist letztlich nie ein guter Ratgeber, weder die Angst vor dem unkontrollierten Überwachungsstaat noch die Angst vor einer sich verändernden Welt, die aufgrund ihrer Kontingenz für den Menschen immer auch bedrohlich ist.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 3/2018

Zur Autorin/zum Autor



Dr. Gisela Riescher studierte Politikwissenschaft, Literatur und Geschichte in Augsburg und ist Professorin für Politische Theorie / Politische Philosophie und Ideengeschichte an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Zu ihren Forschungsinteressen zählen Demokratietheorien, Parlamentarismus und die Spannungsfelder politischer Grundbegriffe wie z. B. Gleichheit, Gerechtigkeit, Sicherheit und Freiheit. Sie ist Mitglied im Zentrum für Sicherheit und Gesellschaft.

gisela.riescher@politik.uni-freiburg.de



Timothy Schlegel studierte Geschichte, Philosophie und Politikwissenschaft an der Eberhard Karls Universität Tübingen und der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Seit 2017 ist er Akademischer Mitarbeiter am Seminar für Wissenschaftliche Politik im Fachbereich Politische Philosophie, Theorie und Ideengeschichte.

timothy.schlegel@politik.uni-freiburg.de

Literatur

Bonss, Wolfgang (2010): (Un-)Sicherheit als Problem der Moderne. In: Münkler, Herfried et al. (Hrsg.): Handeln unter Risiko. Gestaltungsansätze zwischen Wagnis und Vorsorge. Bielefeld: transkript Verlag, S. 33–63

Dollinger, Bernd (2016): Sicherheit als politische Narration: Risiko-Kommunikation und die Herstellung von Un-/Sicherheit. In: Ders. / Schmidt-Semisch, Henning (Hrsg.): Sicherer Alltag? Politiken und Mechanismen der Sicherheitskonstruktion im Alltag. Wiesbaden: Springer VS, S. 57–80

Frevel, Bernhard (2016): Sicherheit. Ein (un)stillbares Grundbedürfnis. Wiesbaden: Springer VS (2. Auflage)

Hobbes, Thomas (2011): Leviathan, oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates. Teil 1 und 2. Übersetzt von Walter Euchner, herausgegeben und kommentiert von Lothar R. Waas. Berlin: Suhrkamp Verlag

Hoffmann-Riem, Wolfgang (2016): Der Staat als Garant von Freiheit und Sicherheit. In: Papier, Hans-Jürgen et al. (Hrsg.): Freiheit und Sicherheit. Verfassungspolitik, Grundrechtsschutz, Sicherheitsgesetze. Baden-Baden: Nomos, S. 19–37

Huster, Stefan / Rudolph, Karsten (Hrsg.) (2008): Vom Rechtsstaat zum Präventionsstaat. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag

Kellermann, Gero (2016): Diskussionszusammenfassung „Moderne Sicherheitsgesetze – Sicht der Praxis und verfassungsrechtliche Bewertung“. In: Papier, Hans-Jürgen et al. (Hrsg.): Freiheit und Sicherheit. Verfassungspolitik, Grundrechtsschutz, Sicherheitsgesetze. Baden-Baden: Nomos, S. 83–92

Lange, Hans-Jürgen (2006): Innere Sicherheit. In: Ders. (Hrsg.): Wörterbuch zur Inneren Sicherheit. Wiesbaden: Springer VS, S. 123–134

Masing, Johannes (2012): Die Ambivalenz von Freiheit und Sicherheit. In: Gander, Hans-Helmuth et al. (Hrsg.): Resilienz in der offenen Gesellschaft. Baden-Baden: Nomos, S. 41–53

Merz, Philippe (2010): Das Bedürfnis nach Sicherheit und die Aufgabe einer Sicherheitsethik. In: Riescher, Gisela (Hrsg.): Sicherheit und Freiheit statt Terror und Angst. Baden-Baden: Nomos, S. 273–294

Pietschmann, Nina (2010): Der Rechtsstaat im Wandel. Zum Spannungsverhältnis von Freiheit und Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland. In: Riescher, Gisela (Hrsg.): Sicherheit und Freiheit statt Terror und Angst. Baden-Baden: Nomos, S. 127–155

Riescher, Gisela (2010): Demokratische Freiheit und die Sicherheit des Leviathan. In: Dies. (Hrsg.): Sicherheit und Freiheit statt Terror und Angst. Baden-Baden: Nomos, S. 9–25

Riescher, Gisela (2012): Policy Making für demokratische Sicherheit (statement). In: Gander, Hans-Helmuth et al. (Hrsg.): Resilienz in der offenen Gesellschaft. Symposium des Centre for Security and Society. Baden-Baden: Nomos, S. 95–99

Schoch, Friedrich (2012): Die Ambivalenz von Freiheit und Sicherheit (statement). In: Gander, Hans-Helmuth et al. (Hrsg.): Resilienz in der offenen Gesellschaft. Symposium des Centre for Security and Society. Baden-Baden: Nomos, S. 63–70

Sensburg, Patrick E. (2017): Nachrichtendienste im Zeitalter des Terrors 4.0. In: Ders. (Hrsg.): Sicherheit in einer digitalen Welt. Baden-Baden: Nomos, S. 99–119

Wolff, Heinrich A. (2016): Moderne Sicherheitsgesetze – Verfassungsrechtliche Bewertung. In: Papier, Hans-Jürgen et al. (Hrsg.): Freiheit und Sicherheit. Verfassungspolitik, Grundrechtsschutz, Sicherheitsgesetze. Baden-Baden: Nomos, S. 63–81

Württemberg, Thomas / Tanneberger, Stefan B. (2016): Zum verfassungsrechtlichen Rahmen demokratischer Sicherheitspolitik: Die Sicherheitsverfassung des Bundesverfassungsgerichts. In: Fischer, Susanne / Masala, Carlo (Hrsg.): Innere Sicherheit nach 9/11 Sicherheitsbedrohungen und (immer) neue Sicherheitsmaßnahmen? Wiesbaden: Springer VS, S. 35–59

Auf europäische und transatlantische Lösungen setzen

Deutschlands Umgang mit wachsender Unsicherheit in den internationalen Beziehungen

Die internationalen Beziehungen sind in den vergangenen Jahren unsicherer geworden. Vor dem Hintergrund einer Vielzahl gleichzeitig aufkommender Krisen und Konflikte engagiert Deutschland sich sicherheits- und verteidigungspolitisch seit 2014 in besonderer Form. Das Engagement reicht von der Abschreckung Russlands im NATO-Rahmen über die Ausbildung irakischer Soldaten bis hin zu Aufklärungsflügen, um den Islamischen Staat zu bekämpfen. Dieser Bandbreite an Aufgaben kann Deutschland sich allerdings nur im europäischen und transatlantischen Verbund stellen. von Aylin Matlé

Die internationalen Beziehungen waren auch in der Vergangenheit stets durch Unsicherheit geprägt – gleich, welche Epoche als Betrachtungsgegenstand dient. Häufig wird die vermeintliche Stabilität, die den Kalten Krieg ausgezeichnet haben soll, als Beispiel dafür herangezogen, dass wir spätestens seit Beginn der 2000er Jahre in unsichereren Zeiten leben. Dieser nostalgiegetränkte Verweis täuscht darüber hinweg, dass die Welt mindestens einmal in den Abgrund der beidseitigen nuklearen Zerstörung blickte (vgl. Keller 2018). Gleichwohl ein verkklärter Blick die Instabilität der Vergangenheit leicht übersehen lässt und die Gefahren, die die Ära der Blockkonfrontation mit sich brachte, nicht überspielt werden sollten – die Kalte-Kriegs-Nostalgiker haben einen validen Punkt: Durch den Übergang von einer bi- zu einer multipolaren Welt sind wir zunehmend mit der Gleichzeitigkeit von Konflikten konfrontiert. Die Ursachen dieser Entwicklung sind zweierlei: Die Folgen von weit entfernten Konflikten und Gefahrenherden wie Terrorismus und zunehmendem Staatenzerfall sind häufiger und intensiver im Westen zu spüren. Sowohl das Wüten von Terrorgruppen wie dem sogenannten *Islamischen Staat* (IS) im Nahen und Mittleren Osten und die damit eng verbundene Erosion von Staatlichkeit führen

zu Flucht und Migration, die vermehrt Europa als Ziel hat. Gleichzeitig trägt der IS seit seiner Etablierung im Sommer 2014 immer häufiger islamisch begründeten Terrorismus in die Straßen Europas. Ein weiterer Grund, der die Parallelität von tatsächlicher und gefühlter Unsicherheit zunehmend verstärkt, ist, wie bereits angedeutet, die Verschiebung in den internationalen Beziehungen von einer bi- zu einer multipolaren Machtverteilung. Mit anderen Worten: Im Gegensatz zum Kalten Krieg wird das Geschehen der internationalen Politik nicht von zwei, sondern von mehreren Polen geprägt. Wir sehen uns durch autoritär geführte Großmächte wie China und Russland, aber auch durch Regionalmächte wie Iran und Nordkorea genauso wie durch nicht-staatliche Organisationen wie Terrorgruppen herausgefordert (vgl. ebd.). Erschwerend kommt hinzu, dass illiberale und autoritäre Tendenzen in unseren eigenen Reihen zunehmend um sich greifen. Die aktuell prominentesten Widersacher liberal-demokratischer Ordnungsprinzipien finden sich innerhalb der EU in den Regierungen Polens und Ungarns, im Kreise der nordatlantischen Verteidigungsallianz (NATO) in der Türkei (vgl. Kröckel 2015). Manche Beobachter gehen bereits heute davon aus, dass die multipolare Machtkonzentration der neuen Normalität

in der künftigen internationalen (Sicherheits-)Politik entsprechen wird. So etwa der Politikwissenschaftler *Michael Rühle*, Leiter des *Referats für Energiesicherheit* in der Abteilung für *Neue Sicherheitsherausforderungen* der NATO: „Manche wollen es nicht wahrhaben, aber die ‚Post-Cold War‘-Ära ist vorbei. Im historischen Rückblick wird sich das seit dem Ende des Kalten Krieges vergangene Vierteljahrhundert als eine „Zwischenzeit“ darstellen (...).“ (Rühle 2016) Mit anderen Worten: Das viel beschworene „Ende der Geschichte“ (Müller 2017), das viele Beobachter im politischen Westen mit Ende der Blockkonfrontation erreicht zu haben meinten, entsprang mehr einem Wunsch nach Stabilität als geopolitischen Realitäten. Stattdessen reichen die sicherheitspolitischen Herausforderungen, derer wir uns annehmen müssen, heute von der (nuklearen) Abschreckung Russlands über Terrorismusbekämpfung in und Stabilisierung von Syrien bis Mali bis hin zum Umgang mit den Folgen des fortschreitenden Klimawandels. Selbst wenn es dem Westen und in manchen Fragen der Weltgemeinschaft gelänge, mancher dieser sicherheits- und verteidigungspolitischen Herausforderungen Herr zu werden, so wäre es geradezu illusorisch zu meinen, dass damit Unsicherheitsherde aus der Welt geschafft wären. Der Kern einer umsichtigen Sicherheitspolitik ist der Versuch, Unsicherheiten und Gefahr zu verringern. Häufig ist dieser Politikbereich allerdings nicht in der Lage, potenzielle Herausforderungen vorauszusagen (vgl. Keller 2018). So bleibt meist nicht mehr übrig, als auf bereits eingetretene Bedrohungen zu reagieren. Und selbst die Reaktionsfähigkeit überfordert eine Vielzahl von Staaten. Deutschland ist davon nicht ausgenommen. Im Gegenteil: Zwar ist das Land von vielen der skizzierten sicherheitspolitischen Herausforderungen zum Teil unmittelbar betroffen, die Handlungsmöglichkeiten der Bundesregierung sind jedoch eingeschränkt. Nationale Alleingänge sind ohnehin nicht möglich. Aber selbst im Verbund mit europäischen und transatlantischen Partnern nimmt Deutschland aufgrund selbstauferlegter Ressourcenlimitation und zurückhaltendem politischen Willen nur begrenzt Einfluss auf die um sich greifenden sicherheitspolitischen Herausforderungen und Bedrohungen. Bei jeder Handlungsmöglichkeit ist Berlin jedoch nicht, insbesondere zur Bewältigung der Herausforderungen des südlichen und nordöstlichen Krisenbogens, dem sowohl EU- als auch NATO-Staaten gegenüberstehen, muss Deutschland einen sicherheits- und verteidigungspolitischen Beitrag leisten.

Verstärktes Verantwortungsbewusstsein in Deutschland

Seit Anfang 2014 diskutieren Deutschlands sicherheitspolitische Eliten die Rolle Deutschlands in der Welt öffentlichkeitswirksamer als in den Jahren zuvor. Auf der *Münchener Sicherheitskonferenz* des selbigen Jahres legten der damalige Bundespräsident *Joachim Gauck*, sein Nachfolger und damaliger Außenminister *Frank-Walter Steinmeier* und die Verteidigungsministerin *Ursula von der Leyen* den Grundstein für den „Münchener Konsens“, der eine bis heute anhaltende Debatte über Deutschlands Verantwortung in der Welt nach sich zog. Das außen-, sicherheits-, und verteidigungspolitische Trio argumentierte in drei aufeinander abgestimmten Reden, dass die Welt unsicherer geworden sei und Berlin erkannt habe, mehr als bisher zur Prävention, Eindämmung und Reaktion auf regionale und globale Krisen und Konflikte beitragen zu müssen. Schließlich profitiere Deutschland als Handelsnation in überdurchschnittlichem Maße von der nach 1945 durch die USA etablierten liberalen Weltordnung, zu deren Erhalt die Bundesregierung gelobte, stärker als in der Vergangenheit beizutragen (vgl. Arbeitskreis Junge Außenpolitiker 2015, S. 2 und 3). Nur wenige Wochen, nachdem Deutschland sich vor internationalem Publikum zu einem gesteigerten Verantwortungsbewusstsein bekannte, wurde die Weltgemeinschaft von der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und dem Anstacheln eines Krieges in der Ukraine durch Russland überrollt. Wenige Monate darauf rief der IS ein Kalifat im Irak und in Syrien aus. 2014 stellte Deutschland genauso wie den Rest der europäischen und

Der Kern einer umsichtigen Sicherheitspolitik ist der Versuch, Unsicherheiten und Gefahr zu verringern.

transatlantischen Gemeinschaft – wie kaum ein anderes Jahr zuvor seit Fall des Eisernen Vorhangs – vor eine Vielzahl sicherheitspolitischer Herausforderungen. Im Einklang mit dem kurz zuvor proklamierten Bekenntnis zu einem Mehr an Verantwortungsübernahme in den internationalen Beziehungen, reagierte die Bundesrepublik sowohl auf das zunehmende Chaos im Nahen Osten als auch auf die gewaltsame Grenzverschiebung sowie die kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ukraine, die durch Russland orchestriert wurden. →

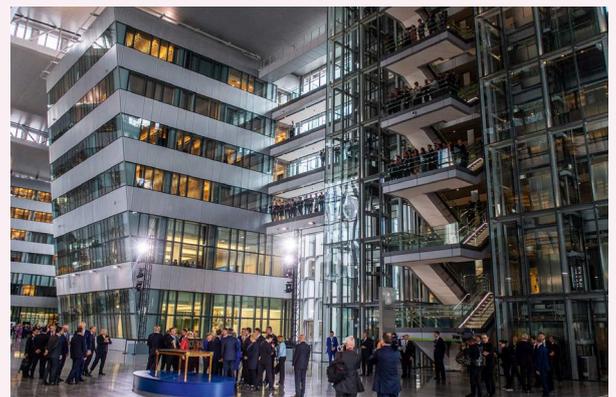
Deutschlands Einsatz im Süden: Terrorismusbekämpfung und Staatenerhalt

Um dem Voranschreiten und barbarischen Wüten des IS im Irak Einhalt zu bieten, beschloss die Bundesregierung im Herbst 2014, die kurdischen *Peschmerga* im Norden des Landes mit Waffen auszustatten und diese im Umgang mit den gelieferten Geräten auszubilden. Die Mission wurde bis zum Frühjahr 2018 mehrfach verlängert, bis Bundesregierung und Bundestag zu dem Schluss kamen, die Ausbildungsmission abschließen zu können, nachdem die Verdrängung von IS-Kräften aus dem Norden des Irak erfolgt war (vgl. Bundesregierung 2018). Neben der Ausstattung und Ausbildung von *Peschmerga*-Kämpfern im Nordirak, beteiligt die Bundeswehr sich seit November 2015 an der im Sommer 2014 ins Leben gerufenen Anti-IS-Koalition unter der Führung der US-Amerikaner. In Reaktion auf die Terroranschläge in Paris am 13. November desselben Jahres, entschied die Bundesregierung der Koalition unter anderem Tank- und Aufklärungsflugzeuge zur Verfügung zu stellen (vgl. Bundeswehr 2018 a). Zu Beginn dieses Jahres auf den Weg gebracht und offiziell von den 29 Mitgliedstaaten der NATO auf dem Alliansgipfel in Brüssel im Juli beschlossen, werden die Bündnispartner eine Trainingsmission in den Irak verlegen, um die irakische Armee dahingehend auszubilden, in Eigenregie Bedrohungen wie dem IS künftig maßgeblich eigenständig Einhalt zu gebieten (vgl. Emmott/Ali 2018). Im Vordergrund der Operationen im Irak und in Syrien steht die Terrorismusbekämpfung, um den Wiederaufbau und die Stärkung staatlicher Strukturen zu ermöglichen. Eine wesentlich daran geknüpfte Hoffnung ist, dass Menschen aus diesen Ländern keinen Anlass mehr sehen, sich auf die Flucht nach Europa zu begeben. Deutsche Beiträge zur sogenannten Fluchtursachenbekämpfung erschöpfen sich nicht im Nahen Osten. Das derzeit umfangreichste Kontingent der Bundeswehr ist in Mali stationiert – dort sind die deutschen Streitkräfte gleich an zwei Missionen beteiligt: an der MINUSMA der *Vereinten Nationen* sowie der EUTM Mali der *Europäischen Union*. Im Rahmen der Stabilisierungsmission MINUSMA haben deutsche Soldatinnen und Soldaten unter anderem den Auftrag, zur zivil-militärischen Zusammenarbeit sowie zum „Lufttransport inklusive Verwundetenlufttransport in das und innerhalb des Einsatzgebietes von MINUSMA sowie Unterstützung bei der Verlegung und Folgeversorgung von MINUSMA-Kräften“ (Bundeswehr 2018 c) beizutragen. Eng verzahnt mit der VN-Mission ist die Ausbildungsmission der EU (EUTM Mali); auch daran beteiligen sich deutsche Truppen, um

neben weiteren Aufgaben malische und weitere G5-Sahel (Mauretanien, Mali Niger, Burkina Faso, Tschad) Sicherheitskräfte auszubilden, das malische Verteidigungsministerium sowie die operativen Führungsstäbe der nationalen Streitkräfte zu beraten und das Personal der MINUSMA zu unterstützen (vgl. Bundeswehr 2018 b).

Deutschlands Beiträge an der Ostflanke: Auf dem Weg zu einer Führungsnation?

Das zweite Hauptaugenmerk der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik liegt gegenwärtig auf der sogenannten Ostflanke. Zwar gehört Deutschland beim Krisenmanagement im Süden personell zu den truppenstärksten Nationen. Zu den Rückversicherungsmaßnahmen – die mittlerweile in eine Abschreckungsaufgabe übergegangen sind – im Nord- und Südosten trägt Deutschland allerdings nicht nur personell, sondern in wesentlichem Maße auch strukturell und politisch bei. Die illegale Einverleibung der Krim sowie der auf dem ukrainischen Festland entfachte Krieg durch Russland im März 2014 hat den sicherheitspolitischen Status quo Europas enorm ins Wanken gebracht und insbesondere die osteuropäischen Mitgliedstaaten der NATO in Alarmbereitschaft gesetzt. Die Allianz reagierte rasch und geeint auf das zum Teil verdeckte Vorgehen Russlands auf der Krim und im Rest der Ukraine. Die Bun-



NATO Summit Brussels 2018, NATO Headquarters, Brussels, Belgium
Foto: NATO; www.nato.int/cps/en/natohq/photos_156715.htm

desregierung hat auf dem Wales-Gipfel der Allianz im September 2014 (ebenso wie zwei Jahre später in Warschau) eine Dreh- und Angelfunktion der kurz- sowie langfristig angelegten Rückversicherungs- und Abschreckungsmaßnahmen eingenommen. Bereits vor dem Treffen der alliierten Staats- und Regierungschefs im walisischen Newport im September 2014 hat Deutschland sein Engagement in

der NATO erhöht, indem es beispielsweise die Anzahl von Truppen, die sich an der Seeüberwachung in der Ostsee sowie an NATO-Übungen beteiligen, aufgestockt. Außerdem hat die Bundesregierung wesentlich zu der Konzeption sowie Umsetzung der langangelegten strukturellen Veränderungen innerhalb der Allianz beigetragen, um dem russischen Rütteln an der europäischen Sicherheitsarchitektur etwas entgegensetzen zu können. Im Zentrum dieser Maßnahmen steht der sogenannte *Readiness Action Plan* (RAP) auf den die Alliierten sich auf dem Wales-Gipfel einigten. Der RAP beinhaltet die Schaffung einer schnell verlegbaren Speerspitze („Very High Readiness Joint Task Force“), die dauerhaft 5.000 Truppen umfassen und zumindest in Teilen innerhalb von zwei bis fünf Tagen am Einsatzort eintreffen soll, die Einlagerung militärischen Geräts, ein erhöhtes Volumen militärischer Luft- und Seeübungen sowie die Aufwertung alliierter Stützpunkte an der Ostflanke der Allianz (vgl. Matlé/Varwick 2015). Nachdem Deutschland sich 2015 bereit erklärte, als erste Rahmennation den Aufbau und die rotierende Führung der VJTF gemeinsam mit den

Das künftige Verhältnis gegenüber Moskau ist nur ein Aspekt von vielen, der insbesondere die Bundesregierung weiterhin vor Herausforderungen in der Ausgestaltung der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik stellen wird.

Niederlanden und Norwegen zu übernehmen, war Berlin entscheidend darin, die Reaktionskräfte auf den Weg zu bringen. Neben den wesentlichen Beiträgen zum Aufbau der schnellen Eingreiftruppe der NATO hat Deutschland außerdem Truppen in die 2015 geschaffenen regionalen Aufnahmestäbe (NATO Force Integration Units, NFIU) entsandt, die mittlerweile in den drei baltischen Republiken, in Bulgarien, Polen und Rumänien in Stand gesetzt worden sind. Aufgabe der NFIUs soll sein, die schnelle Verlegung von Streitkräften zu vereinfachen sowie Planung und Koordinierung von Ausbildung und gemeinsamen Übungen der Alliierten zu unterstützen (vgl. Matlé/Varwick 2015).

Am sichtbarsten tritt Deutschlands Engagement an der Ostflanke der NATO jedoch im Rahmen der sogenannten

Enhanced Forward Presence (EFP) zutage, die auf dem Warschauer Gipfel der Allianz im Juli 2016 beschlossen wurde, um die Abschreckung gegenüber Russland zu stärken. Die „Verstärkte Vornepräsenz“ umfasst multinational zusammengesetzte Bataillone, von welchen jeweils eines in Estland, Lettland, Litauen und Polen stationiert ist. Seit Anfang 2017 dient die deutsche Bundeswehr als Rahmennation für das Bataillon in Rukla (Litauen). Die Bundesregierung stellt dem militärischen Verband 450 Truppen zur Verfügung, die im halbjährlichen Rhythmus nach und aus Rukla rotieren. Unterstützt wird die Bundeswehr durch Truppen aus Belgien, Frankreich, Luxemburg und Norwegen, wodurch der Verband auf eine Gesamtstärke von etwa 1.022 Soldatinnen und Soldaten kommt.

Künftige politische Herausforderungen: Umgang mit Russland steht im Fokus

Das künftige Verhältnis gegenüber Moskau ist nur ein Aspekt von vielen, der insbesondere die Bundesregierung weiterhin vor Herausforderungen in der Ausgestaltung der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik stellen wird – trotz all der politischen und materiellen Leistungen, welche die Bundesrepublik seit 2014 in die bündnispolitische Waagschale geworfen hat. Im Folgenden soll auszugsweise dargestellt werden, welchen politischen Herausforderungen Deutschland sich in den kommenden Jahren stellen müssen – Herausforderungen, die Einfluss nehmen werden auf die Handlungsmöglichkeiten im Feld der Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Zuvorderst wird Deutschland überlegen müssen, wie es künftig den bi- aber auch multilateralen Umgang mit Russland zu gestalten gedenkt. Berlin kommt in dieser Frage eine Schlüsselrolle zu; schließlich lässt sich das deutsche Bestreben, Moskaus Skepsis gegenüber der NATO zu relativieren, bis zum Ende des Kalten Krieges zurückverfolgen. Auf Drängen der Bundesrepublik wurde das NATO-Russland-Verhältnis in institutionalisierte Bahnen gelenkt (NATO-Russland Grundakte 1997, NATO-Russland Rat 2002; vgl. Rühle 2009), da die *Regierung Kohl* wesentlich daran interessiert war, Ostmitteleuropa durch Einbindung in die nordatlantische Allianz zu stabilisieren (vgl. Gareis 2006, S. 133). Durch Letzteres sollte Moskau sich jedoch nicht durch die NATO bedroht und eingekreist fühlen, weswegen die Bundesregierung beispielsweise den Wunsch Georgiens und der Ukraine, der Allianz beizutreten, 2008 blockierte (vgl. Schreer 2009, S. 388). Der damalige Außenminister *Frank-Walter Steinmeier* erklärte die deutsche Haltung damals mit einer Rücksichtnahme gegenüber →

dem Kreml (vgl. Rühle 2009). Auch heute noch nimmt die Bundesregierung eine vergleichsweise konziliante Haltung gegenüber Moskau ein. Deutschland wird also überlegen müssen, in welche politischen Bahnen es den Umgang mit Russland lenken will.

Neben dieser konkreten Herausforderung, dem sich Deutschland stellen muss, stellt das Parlamentsbeteiligungsgesetz eine politische Herausforderung für die Bundesrepublik dar. Das Gesetz verpflichtet die Legislative, jede Entsendung deutscher Truppen ins Ausland zu genehmigen. Bislang hat das Parlament noch nie ein von der Exekutive vorgelegtes Mandat abgelehnt. Dennoch sorgt diese rechtliche Hürde stets für Verunsicherung ob der deutschen Verlässlichkeit bei Berlins Alliierten. Um diese Skepsis zu senken, wäre die Umsetzung einiger Empfehlungen

Gesteigerte Unsicherheit in den internationalen Beziehungen wird in Deutschland mit großer Wahrscheinlichkeit zu mehr Internationalisierung als zu einer Re-Nationalisierung führen.

der *Rühe-Kommission* (vgl. Bundesministerium der Verteidigung 2015), die im Juni 2015 veröffentlicht wurden, raten. So zum Beispiel der Vorschlag, den Einsatzbegriff zu schärfen. Der Kommission zufolge sind in Ausbildungsmissionen und humanitären Einsätzen keine Kampfhandlungen zu erwarten. Aus diesem Grund sollte die Zustimmung des Bundestags nicht notwendig sein, ebenso wenig wie im Fall der Entsendung von deutschen Soldaten und Soldatinnen in multinationale Stäbe, sofern diese sich nicht in Gebieten eines bewaffneten Konflikts befinden. Zusätzlich raten die Ergebnisse der Kommission der Bundesregierung, das Parlament einmal im Jahr über die Verpflichtungen der Bundeswehr in multinationalen Verbänden zu informieren, um so den Druck zu einer tatsächlichen Bereitstellung deutscher Truppen im Bedarfsfall zu erhöhen. Eine solche Unterrichtung gäbe der Regierung außerdem die Möglichkeit, die deutsche Öffentlichkeit über die Aktivitäten der Bundeswehr zu unterrichten (vgl. Matlé/Varwick 2015).

Deutschland steht also gemeinsam mit seinen europäischen und transatlantischen Partnern vor einer Vielzahl

sicherheitspolitischer Herausforderungen, allen voran der Bekämpfung des islamisch motivierten Terrorismus und dem damit verbundenen Aufbau staatlicher Strukturen im Nahen Osten sowie der Abschreckung Russlands. Keiner dieser Herausforderungen wird sich Deutschland durch nationale Politik annehmen können. So steht die Europäisierung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Vordergrund deutscher Überlegungen. Jüngst beschlossene Projekte in diesem Bereich sowie die politische Treiberrolle Berlins unterstreichen diesen Punkt. Obwohl seit der

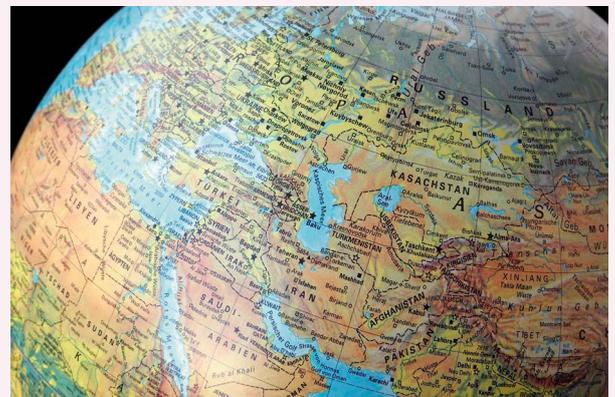


Foto: AdB

Wahl *Donald Trumps* zum US-amerikanischen Präsidenten Befürchtungen, der transatlantische Link zwischen Europa und den USA könnte geschwächt werden, dies- und jenseits des Atlantiks lauter werden, gehört die Einbettung der Bundesrepublik in die NATO genauso zur deutschen sicherheits- und verteidigungspolitischen DNA wie die europäische Integration – daran wird sich auf absehbare Zeit nichts ändern. Im Gegenteil: Gesteigerte Unsicherheit in den internationalen Beziehungen wird in Deutschland mit großer Wahrscheinlichkeit zu mehr Internationalisierung als zu einer Re-Nationalisierung führen.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 3/2018

Zur Autorin



Aylin Matlé promoviert an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg über den Einfluss der USA auf die NATO-Politiken europäischer Alliierten unter der Regierung Barack Obamas. Frau Matlé arbeitet außerdem als Wissenschaftliche Hilfskraft für die Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. in Berlin.

aylinmatle@gmail.com

Literatur

Arbeitskreis Junge Außenpolitiker (2015): Deutsche Verantwortung in der internationalen Politik (III). Sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit stärken. In: Analysen & Argumente der Konrad-Adenauer-Stiftung, Ausgabe 194, S. 2–3

Bundesministerium der Verteidigung (2015): Abschlussbericht der „Rühe-Kommission“ an Bundestagspräsidenten übergeben; www.bmvg.de/de/aktuelles/abschlussbericht-ruehe-kommission-uebergeben-11598 (Zugriff: 25.07.2018)

Bundesregierung (2018): Bundeswehrmandat für den Irak. Ein Beitrag zur Stabilisierung; www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2018/03/2018-03-06-bundeswehrmandat-irak.html (Zugriff: 25.07.2018)

Bundeswehr (2018 a): Der Einsatz Counter Daesh / Capacity Building Iraq; <https://bit.ly/2mpabzV> (Zugriff: 25.07.2018)

Bundeswehr (2018 b): Die Ausbildungsmission in Mali (EUTM Mali); <https://bit.ly/2nrtTgy> (Zugriff: 25.07.2018)

Bundeswehr (2018 c): Die Stabilisierungsmission in Mali (MINUSMA); <https://bit.ly/2oslm1C> (Zugriff: 25.07.2018)

Emmott, Robin / Ali, Idrees (2018): At U.S. urging, NATO agrees training mission in Iraq. Reuters; www.reuters.com/article/us-mideast-crisis-iraq-nato/at-u-s-urging-nato-agrees-training-mission-in-iraq-idUSKCN1FZ1E (Zugriff: 25.07.2018)

Gareis, Sven Bernhard (2006): Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik. Stuttgart: UTB GmbH

Keller, Patrick (2018): Bedingt schockresistent. Zur Sicherheitspolitik der Regierung Donald Trump. In: Internationale Politik, Heft 3/2018, S. 98–102

Keller, Patrick (2018): Es gibt handfeste Gründe, von neuer Unsicherheit zu sprechen. Ein Gespräch mit Dr. Patrick Keller, Koordinator Außen- und Sicherheitspolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung. In: Auslandsinformationen der Konrad-Adenauer-Stiftung, Heft 2/2018, S. 6–13

Kröckel, Ulrich (2015): Polen auf Orbáns Weg. Zeit Online, www.zeit.de/politik/ausland/2015-10/polen-wahl-jaroslav-kaczynski-rechtspopulisten (Zugriff: 25.07.2018)

Matlé, Aylin / Varwick, Johannes (2015): Die NATO zwischen den Gipfeln von Wales und Warschau. In: Der Mittler Brief.

Matlé, Aylin / Varwick, Johannes (2016): NATO-Integration und Bündnissolidarität. Der Fall Deutschland. In: Österreichische Militärische Zeitschrift, Heft 5/2016

Müller, Felix E. (2017): Francis Fukuyama. Das Ende der Geschichte ist vertragen. In: Neue Züricher Zeitung; <https://nzzas.nzz.ch/notizen/francis-fukuyama-ende-geschichte-ist-vertragt-ld.152130> (Zugriff: 25.07.2018)

Rühle, Michael (2009): Begrenzt bündnisfähig? Deutschland und die NATO. In: Internationale Politik, Juli/August

Rühle, Michael (2016): Symbolische Sicherheitspolitik. Deutschland leidet noch immer an seinen Strukturproblemen. IP Online; <https://zeitschrift-ip.dgap.org/de/ip-die-zeitschrift/themen/symbolische-sicherheitspolitik> (Zugriff: 25.07.2018)

Schreer, Benjamin (2009): A new “pragmatism”. Germany’s Nato policy. In: International Journal, Spring

Risikowahrnehmung, Risikoverhalten und Risikokommunikation

Eine psychologische Perspektive auf den Umgang mit Risiken

Es gibt viele Situationen in denen es Menschen schwerfällt, Risiken korrekt einzuschätzen. Ein Grund dafür ist, dass für Entscheidungen häufig auf einfache Faustregeln zurückgegriffen wird, deren Verwendung jedoch nicht in jedem Fall die ideale Strategie darstellt. Zwar erleichtern sie den Alltag, können aber auch zu Fehleinschätzungen führen. Hinzu kommt, dass Risikowahrnehmung und Risikoverhalten durch viele Faktoren beeinflusst wird. Hierzu zählen z. B. die Darstellungsweise der Entscheidungssituation, affektive Komponenten und Gruppenprozesse. Wie Menschen mit Risiken umgehen und wie Risiken effektiv kommuniziert werden können, muss daher mehrdimensional betrachtet werden.

von Susanne Gaube und Eva Lermer

Zu den größten Ängsten der Deutschen im Jahr 2017 zählten Terrorismus, politischer Extremismus, Spannungen durch Zuwanderung, Schadstoffe in der Nahrung und Naturkatastrophen (vgl. R+V Versicherung 2017). All diese Sorgen haben etwas Grundlegendes gemein: Ihr Auftreten und ihre Erscheinungsform sind weder konkret vorhersehbar noch einfach kontrollierbar und wirken dadurch besonders bedrohlich. Der Begriff Unsicherheit beschreibt den Zustand, dass die Eintrittswahrscheinlichkeit eines in der Zukunft liegenden Ereignisses (wie beispielsweise eines Terroranschlags) unbekannt ist. Oftmals jedoch werden in den Medien die Begriffe Risiko und Unsicherheit synonym verwendet. Allerdings ist bei einem Risiko definitionsgemäß die Eintrittswahrscheinlichkeit einer negativen Konsequenz bekannt (vgl. Luce/Raiffa 1957). Das aber ist in der Realität selten der Fall. Selbst in der Fachliteratur hat sich der Begriff Risiko weitgehend durchgesetzt, auch wenn eigentlich Unsicherheit gemeint wird (vgl. Lermer 2013). Unsicherheit wird allgemein als ein aversiver Zustand betrachtet, den Menschen möglichst vermeiden oder reduzieren wollen, insbesondere, wenn dadurch die individuelle Handlungs- und Funktionsfähigkeit subjektiv oder objektiv bedroht wird. Die Motivation, Unsicherheit zu vermei-

den, zeigt sich etwa darin, dass viele Menschen bereit sind, hohe Prämien für Versicherungen zu bezahlen, auch wenn die Wahrscheinlichkeit, dass der Schadensfall eintritt, vernachlässigbar gering oder die Versicherungssumme unverhältnismäßig niedrig ist. Dieses Beispiel zeigt auch, dass es für Menschen nicht leicht ist, rationale Entscheidungen unter Unsicherheit zu treffen und Risiken korrekt einzuschätzen. Dies trifft sowohl auf komplexere Entscheidungen, wie etwa zum Thema Altersvorsorge oder Risikomanagement in Unternehmen, als auch auf alltägliche Situationen, wie beispielsweise dem Verhalten im Straßenverkehr, zu.

Um einen Überblick über einige relevante Aspekte im Umgang mit Unsicherheit und Risiko zu geben, werden im Folgenden ausgewählte Kernaspekte menschlichen Entscheidens skizziert. Im Anschluss werden Einflussfaktoren auf die Risikowahrnehmung und das Risikoverhalten von Menschen beschrieben, bevor abschließend die Kommunikation von Risiken in diesem Zusammenhang beleuchtet wird.

Menschliches Entscheiden

Eine Vielzahl wissenschaftlicher Disziplinen – von der Philosophie über Wirtschaftswissenschaften, Psychologie

und Soziologie bis zu Neurowissenschaften und Informatik – beschäftigen sich mit menschlichen Entscheidungsprozessen. Klassische ökonomische Ansätze wie etwa die *Theorie des rationalen Handelns* gehen davon aus, dass Menschen feste zeit- und kontextunabhängige Präferenzen haben: Wenn eine Person eine Entscheidung trifft, werden alle möglichen Optionen anhand der vorliegenden Präferenzen bewertet, um so den persönlichen Nutzen zu maximieren. Ein Individuum handelt rational, wenn er oder sie diesen Prinzipien folgt (vgl. von Neumann/Morgenstern 1944). Allerdings hat die Forschung gezeigt, dass Menschen die Grundannahmen der Theorie des rationalen Handelns in vielen, wenn nicht gar den meisten Fällen verletzen. *Herbert Simon* (1972), der Begründer des *bounded rationality-Ansatzes* (dt.: *begrenzte Rationalität*), argumentiert, dass menschliche Entscheidungen nie den postulierten Annahmen der klassischen ökonomischen Entscheidungstheorien gerecht werden können. Dies begründet er damit, dass Menschen immer durch unvollständige Informationen über die möglichen Optionen, Zeitrestriktionen und begrenzte kognitive Fähigkeiten in ihrer Entscheidung eingeschränkt sind. Um diese individuellen und situativen Limitationen zu kompensieren, bedienen sich Personen einfacher mentaler Faustregeln, den sogenannten Heuristiken. Das Zurückgreifen auf Heuristiken ist ressourcenschonend und führt in vielen Fällen zu einer guten Einschätzung, macht den Entscheidungsprozess allerdings anfälliger für Verzerrungen. Im Folgenden werden drei der bekanntesten Urteilsheuristiken und ihr Einfluss auf die Risikowahrnehmung und -einschätzung von Personen vorgestellt: die Verfügbarkeitsheuristik, die Repräsentativitätsheuristik und die Ankerheuristik.

Die *Verfügbarkeitsheuristik* findet Anwendung, wenn die geschätzte Häufigkeit oder Wahrscheinlichkeit eines Ereignisses von der Leichtigkeit des Abrufs relevanter Gedächtnisinhalte beeinflusst wird. Gemeint ist hiermit, dass je leichter es einer Person fällt, Informationen über ein Ereignis aus dem Gedächtnis abzurufen, desto höher wird dessen Häufigkeit oder Wahrscheinlichkeit eingeschätzt (vgl. Tversky/Kahneman 1974). In vielen Fällen ist die Leichtigkeit des Abrufs von Beispielen auch ein guter Indikator für die tatsächliche Auftretenswahrscheinlichkeit eines Ereignisses. Allerdings kann die Zugänglichkeit zu Informationen auch zu einer verzerrten Interpretation führen. Beispielsweise überschätzen viele Menschen die Häufigkeit von Terroranschlägen und das Risiko, bei einem Terroranschlag zu sterben, deutlich. Dies liegt u. a. daran, dass Berichte über außergewöhnliche, bedrohliche Ereignisse in

den Medien häufig besonders dramatisch dargestellt werden und mehr Aufmerksamkeit in der Berichterstattung einnehmen als bekanntere Ereignisse, auch wenn diese ein ähnliches Schadensmaß zur Folge hatten. Im Gegensatz dazu wird das Risiko, an einer Krankheit wie etwa Asthma zu sterben, über die nur selten und vergleichsweise unkonkret berichtet wird, von den meisten Menschen deutlich unterschätzt (vgl. Lichtenstein u. a. 1978).

Bei der *Repräsentativitätsheuristik* wird auf Grundlage des Grades der Übereinstimmung und Prototypikalität eine Einschätzung über Kategoriezugehörigkeiten oder Wahrscheinlichkeiten getroffen. Personen schätzen beispielsweise die Wahrscheinlichkeit, dass ein Objekt einer bestimmten Kategorie angehört, umso höher ein, je ähnlicher dieses anderen Objekten der betreffenden Kategorie ist (vgl. Tversky/Kahneman 1974). Auch hier ist wieder zu erwähnen, dass die Anwendung der Repräsentativitätsheuristik in sehr vielen Fällen zu einer richtigen Einschätzung führt. Allerdings können Wahrscheinlichkeitsurteile basierend auf dem Grad der Repräsentativität auch fehlerhaft sein. Dies lässt sich an einem einfachen Studienbeispiel demonstrieren: Probanden bekommen die folgende Beschreibung vorlegt „Tom ist Opernliebhaber, besucht in seiner Freizeit regelmäßig Museen und spielte als Kind gerne Schach.“ Im Anschluss sollen die Versuchsteilnehmer/-innen einschätzen, ob es wahrscheinlicher ist, dass Tom Buchlektor oder Landwirt ist. Die meisten Personen würden es in diesem Beispiel als wahrscheinlich einschätzen, dass Tom Buchlektor ist. Allerdings gibt es in der Allgemeinbevölkerung deutlich mehr Landwirte als Buchlektoren und so ist die Wahrscheinlichkeit, dass Tom – auch mit seinen spezifischen Interessen – als Landwirt tätig ist, deutlich höher. In diesem Beispiel wird die Wahrscheinlichkeitseinschätzung in erster Linie durch die Prototypikalität der beschriebenen Person bestimmt und dabei der Abgleich mit der Basisrate in der Allgemeinbevölkerung vernachlässigt. Dieser sogenannte *Basisratenfehler* ist dann besonders schwerwiegend, wenn die Entscheidung weitreichende Konsequenzen hat. Laut einer Studie überschätzen Medizinstudenten und Ärzte die Wahrscheinlichkeit dafür, dass ein Patient nach einem positiven Testergebnis tatsächlich an einer Krankheit leidet, deutlich, weil die Kombination aus sehr geringer Basisrate und möglichen Testfehlern zu wenig Berücksichtigung findet (vgl. Casscells/Schoenberger/Grayboys 1978).

Bei der *Ankerheuristik* (auch *Ankereffekt* genannt) treffen Personen eine Einschätzung, indem sie von einem initialen Wert (Anker) ausgehen und diesen adjustieren →

(=anpassen), um zum finalen Ergebnis zu gelangen. Dabei muss der initiale Wert nicht zwangsläufig für den Entscheidungsprozess relevant sein, es können auch willkürliche Hinweisreize in der Umgebung als Anker dienen. Problematisch daran ist, dass die meisten Menschen in ihrer Urteilsfindung nur unzureichende Adjustierungen vom Anker vornehmen und das finale Ergebnis dadurch sehr stark vom Ausgangswert beeinflusst wird (vgl. Tversky/Kahneman 1974). Der Ankereffekt wird beispielsweise von Verkäufern genutzt, die ihre Kunden mit einem sehr hohen ersten Gebot „ankern“, um einen möglichst hohen Gewinn zu erzielen. Noch bedenklicher: Auch Richter sind in ihren Entscheidungen nicht vom Ankereffekt gefeit. So zeigte sich in einem Experiment, dass das Urteil von Richtern in identischen Fällen stark vom geforderten Strafmaß der Staatsanwaltschaft abhängt (vgl. Mussweiler/Englich 2004).

Dieser kurze Einblick in den Bereich der Urteilsheuristiken zeigt, dass diese zwar oft dabei helfen, komplexe Entscheidungen zu treffen, aber auch zu Verzerrungen (sogenannten *biases*) in der Entscheidung führen können. Dabei beeinflussen mentale Faustregeln sowohl die Wahrnehmung von Risiken als auch Entscheidungen in risikoreichen Situationen.

Weitere Einflüsse auf Risikowahrnehmung und Risikoverhalten

Im folgenden Abschnitt werden einige weitere zentrale Einflussfaktoren auf die Risikowahrnehmung und das Risikoverhalten von Personen vorgestellt. Hervorzuheben sei an dieser Stelle, dass es sich hierbei lediglich um eine Auswahl relevanter Einflussfaktoren handelt (für einen umfassenderen Überblick siehe Raue/Lermer/Streicher 2018).

Der Nobelpreisträger *Daniel Kahneman* und sein bereits 1996 verstorbener Kollege *Amos Tversky* haben in ihrer jahrzehntelangen Forschung neben den oben beschriebenen Heuristiken auch weitere systematische Verzerrungen menschlichen Entscheidens untersucht und beschrieben. So konnten sie beispielsweise zeigen, dass sich die Risikobereitschaft von Personen alleine durch die Darstellungsweise (engl.: *framing*) einer inhaltlich identischen Entscheidungssituation als potenzieller Gewinn oder Verlust deutlich verändert (vgl. Tversky/Kahneman 1981). Dieser sogenannte *Framing-Effekt* wurde ursprünglich anhand des heute als klassisch geltenden Entscheidungsexperiments der asiatischen Krankheit (*Asian-Disease-Problem*) demonstriert. Den Probanden wurde mitgeteilt, dass ein Ausbruch einer seltenen Krankheit bevorsteht, an wel-

cher laut Prognose 600 Menschen sterben werden. Die Versuchsteilnehmer/-innen sollten sich für eine von zwei möglichen Gegenmaßnahmen zur Bekämpfung der Krankheit entscheiden. Dabei wurden die Probanden in zwei Experimentalgruppen (Gewinn oder Verlust) eingeteilt und je nach Gruppe unterschiedlich die Darstellung der Prognosen der jeweiligen Maßnahmen.

In der Gewinnbedingung (Experimentalgruppe 1) lauteten die Optionen:

- Maßnahme A: 200 Menschen werden gerettet.
- Maßnahme B: Es gibt eine 1/3 Wahrscheinlichkeit, dass 600 Menschen gerettet werden und eine 2/3 Wahrscheinlichkeit, dass niemand gerettet wird.

In der Verlustbedingung (Experimentalgruppe 2) wurden die Optionen wie folgt beschrieben:

- Maßnahme C: 400 Menschen werden sterben.
- Maßnahme D: Es gibt eine 1/3 Wahrscheinlichkeit, dass niemand stirbt und eine 2/3 Wahrscheinlichkeit, dass 600 Menschen sterben.

Betrachtet man die Maßnahmen beider Bedingungen genauer, wird klar, dass sich lediglich die Darstellung der Ergebnisse unterscheidet, die Resultate der jeweiligen Maßnahme (also A und C sowie B und D) allerdings als identisch erachtet werden können. Nichtsdestotrotz entschieden sich in der Gewinnbedingung (Experimentalgruppe 1) 72 % der Versuchsteilnehmer/-innen für die risikovermeidende Option A, während sich in der Verlustbedingung (Experimentalgruppe 2) 78 % für die risikoreichere Option D aussprachen. Diese Ergebnisse spiegeln ein allgemein verbreitetes Muster wider: In der Tendenz agieren Menschen risikoavers, wenn die Entscheidung einen möglichen Gewinn betrifft und sind eher bereit Risiken einzugehen, wenn es darum geht einen Verlust zu vermeiden. Dieses Paradigma zeigt, dass der Umgang mit Risiken unterschiedlich sein kann, je nach Darstellung des Problems.

Die bisher in diesem Artikel beschriebenen Faktoren menschlichen Entscheidens betreffen in erster Linie die kognitive Ebene (das Denken). Allerdings liegt es in der menschlichen Natur, dass auch affektive/emotionale (gefühlsmäßige) Prozesse das Denken und Handeln beeinflussen. Der renommierte Risikoforscher *Paul Slovic* und seine Kollegen haben in ihren Arbeiten die zentrale Rolle von Emotionen hinsichtlich Risikowahrnehmung und Risikoverhalten beschrieben. In einer ihrer Studien konnte

ein deutlicher Zusammenhang zwischen der emotionalen Bewertung verschiedener Technologien (z. B. Trinkwasser-Fluoridierung) und deren Risiko- und Nutzeinschätzung gefunden werden (vgl. Finucane/Alhakami/Slovic/Johnson 2000). Personen, die die jeweilige Technologie positiver bewerteten, schätzten deren Nutzen hoch und deren Risiko niedrig ein (und umgekehrt für negative emotionale Bewertungen). Die Forscher konnten auch zeigen, dass der negative Zusammenhang zwischen Risikowahrnehmung und Nutzeinschätzung durch die Manipulation der emotionalen Attraktivität der Technologien beeinflusst werden konnte. Tendenziell gehen Menschen intuitiv davon aus, dass „gute“ Technologien oder auch Finanzanlagen, Freizeitaktivitäten etc. mit geringen Risiken aber hohem Nutzen verbunden sind, während „schlechte“ Technologien

Unsicherheit wird allgemein als ein aversiver Zustand betrachtet, den Menschen möglichst vermeiden oder reduzieren wollen, insbesondere, wenn dadurch die individuelle Handlungs- und Funktionsfähigkeit subjektiv oder objektiv bedroht wird.

hohe Risiken und nur geringen Nutzen mit sich bringen. Tatsächlich hängen Risiko und Nutzen häufig sehr positiv miteinander zusammen (d. h. ein hohes Risiko geht mit einem hohen erwarteten Nutzen einher). Wie dieses Beispiel zeigt, können affektive Prozesse wie etwa die intuitive Bewertung eines Objekts (in gut vs. schlecht) zu einer verzerrten Risikowahrnehmung führen. Generell scheint Risikowahrnehmung und Risikobereitschaft stark von affektiven Faktoren beeinflusst zu werden. Zu diesen affektiven Faktoren zählen neben der emotionalen Reaktion bezüglich des Entscheidungsobjekts auch die aktuelle Stimmungslage und das Erregungsniveau (wie etwa Stress oder sexuelle Erregung) der betroffenen Person (vgl. Lerner/Raue/Frey 2016). Tendenziell begünstigt eine positive Stimmung und ein hohes Erregungsniveau risikoaffines Verhalten. Allerdings gibt es auch eine Reihe von Befunden, die zeigen, dass der Zusammenhang zwischen Stimmung und Risikoverhalten komplexer ist und Generalisierungen daher kaum möglich sind.

Im Alltag werden viele risikobehaftete Entscheidungen nicht alleine, sondern in der Gruppe getroffen. Dies trifft insbesondere auf institutioneller Ebene wie in der Politik, auf organisationaler Ebene wie etwa in Kliniken oder Wirtschaftsunternehmen wie auch auf privater Ebene zu. So werden beispielsweise sicherheitspolitische Maßnahmen nicht im Alleingang entschieden, sondern in der Regel nach ausführlichen Diskussionen in einer Expertenrunde.

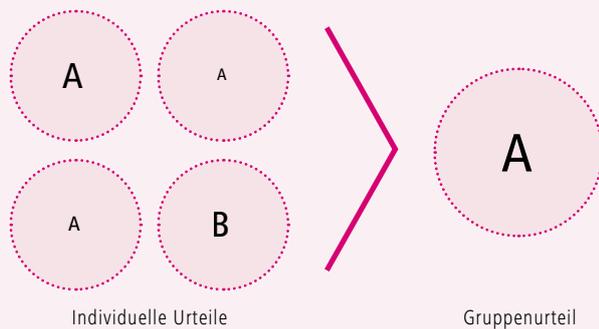


Abb.: Gruppenpolarisierung (adaptiert nach Lerner/Streicher/ Eller/Sachs 2014)

Allerdings hat die Forschung gezeigt, dass Gruppenentscheidungen extremer ausfallen können als Individualentscheidungen. Dieses Phänomen der extremen Entscheidungen wird als *Gruppenpolarisierung* bezeichnet und kann in beide Richtungen (zu mehr oder weniger Risiko) ausfallen (vgl. Moscovici/Zavalloni 1969). Gruppen können bereit sein, höhere Risiken einzugehen als das Mittel der Entscheidungen der Einzelpersonen, was als Risikoschub (engl.: *risky shift*) bekannt ist, aber auch zu vorsichtigeren Entscheidungen (engl.: *cautious shift*) tendieren. Die Richtung wird in der Regel durch die ursprüngliche Neigung der Gruppenmitglieder bestimmt und durch die Diskussion der Problemstellung verstärkt (siehe Abbildung).

Als Erklärungen für den Effekt der Gruppenpolarisation finden sich in der Literatur u. a. folgende Begründungen:

1. In der Gruppendiskussion werden überzeugende Argumente vorgebracht, die die/der Einzelne zuvor noch nicht bedacht hatte, welche jedoch ihrer/seiner ursprünglichen Neigung zum erörterten Thema entsprechen. Diese mit der eigenen Meinung kongruenten Argumente, welche vom Menschen tendenziell als wichtiger eingeschätzt werden als inkongruente Argumente, verstärken die anfängliche Einstellung der Person weiter und führen letztendlich zu einer extremeren Haltung und Entscheidung. →

2. Menschen sind von Natur aus soziale Wesen und schätzen die Akzeptanz der Gruppe als sehr kostbares Gut ein. Dementsprechend versuchen Individuen in der Regel in einer Diskussion zunächst, die allgemeine Haltung der Gruppe zu sondieren: Risikovermeidung oder risikoreiche Tendenz. Um von den anderen Gruppenmitgliedern nicht negativ wahrgenommen zu werden, passen sich viele Personen der Gruppeneinstellung an und positionieren sich sogar noch extremer. Letzteres soll bei den anderen Gruppenmitgliedern einen positiven, avantgardistischen Eindruck hinterlassen.

Für beide Erklärungsstränge gibt es empirische Befunde (vgl. z. B. Zuber/Crott/Werner 1992) und beide können dabei helfen zu verstehen, warum Gruppenentscheidungen sowohl risikoreicher als auch risikovermeidender ausfallen können als das Mittel der Individualentscheidungen.

Risikokommunikation und Risikoedukation

Effektive Risikokommunikation und die Entwicklung eines kompetenten Umgangs mit Risiken ist ein wichtiges gesamtgesellschaftliches Ziel. Es scheint im Interesse der Allgemeinheit zu sein, dass die Bevölkerung Risiken einer außenpolitischen Bedrohungssituation realistisch einzuschätzen vermag, um nicht populistischer Panikmache zu erliegen. Ferner sollten Menschen wissen, dass auch Krankheiten und Gefahren, die weniger mediale Präsenz erfahren, ein bedeutsames Gesundheitsrisiko für sie darstellen können (z. B. Relevanz der Händehygiene in Krankenhäusern, vgl. Gaube/Tsivrikos/Dollinger/Lermer 2018). Damit staatliche oder organisationale Kommunikation von Risiken von der Bevölkerung aufgenommen und angenommen wird, braucht es ein gewisses Level an Vertrauen in die kommunizierende Institution (vgl. Breakwell 2007). Wenn die Informationsquelle als glaubwürdig und zuverlässig eingeschätzt wird, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass die Botschaft tatsächlich zum gewünschten Ergebnis führt.

Mangelhafte Risikokommunikation und die daraus folgende Risikowahrnehmung können weitreichende negative Konsequenzen haben. Beispielsweise hätte die *Challenger-Katastrophe* 1986, das bislang größte Unglück der Raumfahrtgeschichte, bei der alle sieben Besatzungsmitglieder ums Leben kamen, durch effektive Risikokommunikation verhindert werden können. Einige wenige Spezialisten wussten um die technischen Probleme an den Antriebsraketen und rieten vom Start des Spaceshuttles ab. Allerdings konnten sie das NASA-Management nicht

davon überzeugen, dass das Risiko größer war als das mediale Desaster, das aus einer erneuten Verschiebung des Starts gefolgt wäre. Hier hat sich u. a. das Phänomen der Gruppenpolarisierung auf tragische Weise bemerkbar gemacht.

Die oben genannten Einflussfaktoren auf Risikowahrnehmung und Risikoverhalten werden teilweise auch gezielt eingesetzt, um bestimmte Situationen als bedrohlicher darzustellen, als sie in der Realität sind. Dies lässt sich beispielsweise in der sehr affektiv gefärbten Sprachweise von Populisten und teilweise auch der Massenmedien sehen, mit der bewusst Ängste in der Bevölkerung angesprochen und neue Ängste geschürt werden, um bestimmten Botschaften mehr Gehör zu verschaffen oder auch nur um Beachtung zu finden. Ein von Populisten gerne gebrauchtes Mittel ist es, mit der Aversion der Menschen gegenüber Verlusten zu spielen (engl. *loss framing*): Verlust der Heimat, Verlust der Kultur, Verlust der Rente (vgl. Robertson 2018).

Der kompetente Umgang mit Risiken und Wahrscheinlichkeiten ist in der heutigen Gesellschaft von enormer Relevanz. *Herbert Georg Wells* prognostizierte bereits Anfang des letzten Jahrhunderts, dass die Fähigkeit, statistisch zu denken, für einen mündigen Bürger in Zukunft gleichermaßen wichtig sein wird, wie das Beherrschen von Lesen und Schreiben (vgl. Gigerenzer 2008). Die Fähigkeit, Statistiken und Wahrscheinlichkeitsangaben, welche im Alltag allgegenwärtig sind, korrekt zu interpretieren, ist wichtig, um Menschen vor Gefahren – ausgehend von ihrem eigenen Verhalten, aber auch von externalen Bedrohungen – zu schützen und ggf. eine Verhaltensänderung zu initiieren. Allerdings muss dies gelernt sein. Ein grundlegendes Problem besteht darin, dass Menschen im Allgemeinen keine guten, intuitiven Statistiker sind und tendenziell Probleme im Umgang mit statistischen Kennzahlen und Wahrscheinlichkeiten haben. Das ist einer der Hauptgründe für unrealistische Risikoeinschätzungen. Idealerweise sollten Grundlagen der Wahrscheinlichkeitsrechnung und Statistik bereits in jungen Jahren erworben werden. Positiv ist festzustellen, dass dies mittlerweile in Schulen umgesetzt wird. So hat beispielsweise das Bundesland Bayern im Lehrplan für Grundschulen eine Einführung im Umgang mit Daten und Wahrscheinlichkeiten verankert. Zusätzlich wäre zu empfehlen, dass die häufigsten Wahrnehmungsfehler und die Strategien, wie man diesen entgegenwirken kann, in der Schule und ebenso in den außerschulischen Bildungsprozessen thematisiert werden. Dies würde den Schülerinnen und Schülern nicht nur da-

bei helfen, eigene Fehler zu vermeiden, sondern auch dabei, zu erkennen, wenn andere gezielt Darstellungsformen wählen, um Risikowahrnehmungen zu beeinflussen.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 3/2018

Zu den Autorinnen



Susanne Gaube M. Sc. ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Sozial-, Arbeits-, Organisations- und Wirtschaftspsychologie an der Universität Regensburg. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt im Bereich Risikoverhalten im Gesundheitsbereich.

susanne.gaube@psychologie.uni-regensburg.de



Dr. Eva Lerner ist Professorin an der FOM Hochschule für Oekonomie & Management in München und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Sozial-, Arbeits-, Organisations- und Wirtschaftspsychologie an der Universität Regensburg. Zu ihren Arbeitsschwerpunkten zählen die Optimierung von Risikoeinschätzungen und Risikoverhalten.

eva.lerner@psychologie.uni-regensburg.de

Literatur

Breakwell, Glynis M. (2007): The Psychology of Risk. Cambridge: Cambridge University Press

Casscells, Ward / Schoenberger, Arno / Grayboys, Thomas (1978): Interpretation by physicians of clinical laboratory results. In: New England Journal of Medicine, 299, pp. 999–1001

Finucane, Melissa L. / Alhakami, Ali / Slovic, Paul / Johnson, Stephen M. (2000): The affect heuristic in judgments of risks and benefits. In: Journal of Behavioral Decision Making, 13, pp. 1–17

Gaube, Susanne / Tsivrikos, Dimitrios / Dollinger, Daniel / Lerner, Eva (2018): How a smiley protects health: A pilot intervention to improve hand hygiene in hospitals by activating injunctive norms through emoticons. In: PLoS ONE 13(5): e0197465

Gigerenzer, Gerd (2008): Rationality for Mortals: How People Cope with Uncertainty. Oxford: Oxford University Press

Lerner, Eva (2013): The impact of answer format and construal level on risk assessment and behavior. Doctoral thesis. Munich: LMU Munich

Lerner, Eva / Raue, Martina / Frey, Dieter (2016): Risikowahrnehmung und Risikoverhalten. In: Bierhoff, Hans-Werner / Frey, Dieter (Hrsg.): Enzyklopädie der Psychologie: Sozialpsychologie, Bd. 2: Soziale Motive und Soziale Einstellungen. Göttingen: Hogrefe

Lerner, Eva / Streicher, Bernhard / Eller, Eric / Sachs, Rainer (2014): Psychologische Einflüsse II: Risikoeinschätzung in Gruppen (Emerging Risk Discussion Paper); www.munichre.com/site/corporateresponsibility-root/get/documents_E1531491613/mr/assetpool.shared/Documents/0_Corporate_Website/1_The_Group/Focus/Emerging-Risks/Emerging-Risk-Discussion-Paper-2014-10-de.pdf (Zugriff: 22.06.2018)

Lichtenstein, Sarah / Slovic, Paul / Fischhoff, Baruch / Layman, Marc / Combs, Barbara (1978): Judged frequency of lethal events. In: Journal of Experimental Psychology: Human Learning and Memory, 4(6), pp. 551–578

Luce, Duncan R. / Raiffa, Howard (1957): Games and decisions: Introduction and critical survey. New York: Courier Dover Publications

Moscovici, Serge / Zavalloni, Marisa (1969): The group as a polarizer of attitudes. In: Journal of Personality and Social Psychology, 12(2), pp. 125–135

Mussweiler, Thomas / Englich, Birte (2005): Subliminal anchoring: Judgmental consequences and underlying mechanisms. In: Organizational Behavior and Human Decision Processes, 98(2), pp. 133–143

Neumann, John von / Morgenstern, Oskar (1944): Theory of Games and Economic Behavior. Princeton: Princeton University Press

Raue, Martina / Lerner, Eva / Streicher, Bernhard (Eds.) (2018): Psychological Perspectives on Risk and Risk Analysis. Theory, Models, and Applications. New York: Springer VS

Robertson, J. (2018): Prospect Theory, Loss Aversion, and the Impact of Social Media and Online Activity: Political Affect and the 2016 American Presidential Elections. In: Oswald, Michael / Johann, Michael (Hrsg.): Strategische Politische Kommunikation im digitalen Wandel. Wiesbaden: Springer VS, S. 63–95

R+V Versicherung (Hrsg.) (2017): R+V Studie: Die Ängste der Deutschen 2017; www.ruv.de/static-files/ruvde/downloads/presse/aengste-der-deutschen-2017/ruv-aengste2017-ergebnisse.pdf (Zugriff: 22.06.2018)

Simon, Herbert A. (1972): Theories of bounded rationality. In: Decision and Organization, 1(1), pp. 161–176

Tversky, Amos / Kahneman, Daniel (1974): Judgment under uncertainty: Heuristics and biases. In: Science, 185, pp. 1124–1131

Tversky, Amos / Kahneman, Daniel (1981): The framing of decisions and the psychology of choice. In: Science, 211(4481), pp. 453–458

Zuber, Johannes A. / Crott, Helmut W. / Werner, Joachim (1992): Choice shift and group polarization: An analysis of the status of arguments and social decision schemes. In: Journal of Personality and Social Psychology, 62(1), pp. 50–61

Unsichere Sicherheiten

Politische Bildung und die Frage gesellschaftspolitischer Eigenverantwortung

Die Betrachtung globaler Sicherheitsbedrohungen zeigt, dass die größten Gefahren nicht etwa von Phänomenen wie dem Terrorismus oder der Migration ausgehen, sondern von der Art und Weise, wie diese als Bedrohung wahrgenommen werden, und von den Reaktionsmustern, die dies nach sich zieht. Politische Bildung sollte deshalb multiperspektivisch und umfassend auf diese gefühlte Unsicherheit reagieren – mit dem Ziel, gefühlte und reale Wirklichkeit wieder miteinander in Einklang zu bringen. Nur auf diese Weise können Themen entemotionalisiert werden. von Anja Opitz

Die Welt scheint ein unsicherer Ort geworden zu sein, ein Ort von Terrorismus, Massenmigration und politischer Instabilität. Es globalisieren sich Phänomene, die existentielle und auch sicherheitspolitische Auswirkungen für die Gesellschaften haben. Instabilitäten und Konflikte außerhalb Europas beispielsweise können die Sicherheit innerhalb Europas unmittelbar betreffen. Die Menschen, die gegenwärtig aufgrund von Krieg und Verfolgung nach Europa flüchten, rufen diesen Zusammenhang in unserem Bewusstsein wach (vgl. Mayer 2018). Doch die größte Gefahr lauert nicht „von außen“. Die größte Unsicherheit stellen wir selbst dar. Weshalb kommt man zu einem derart überraschenden Befund?

Globale Unsicherheiten

Derzeit werden wir Zeuge einer Art Neuvermessung politischer Macht, die alle tragenden Fundamente des internationalen Systems tangiert (vgl. NATO 2017). Globale Politik trifft auf traditionelle Werte, aber auch auf geopolitische Konkurrenz; eine globale Führungsmacht ist gegenwärtig nicht erkennbar: Staaten, das zeigte die Münchner Sicherheitskonferenz 2018 (vgl. Munich Security Conference 2018) deutlich, beginnen einander zu misstrauen

oder verlieren den gegenseitigen Respekt. Internationale Normen, die globale Mächte und Akteure als gemeinsamen Wertekanon begreifen, scheinen nicht mehr vorbehaltlos akzeptiert zu werden. Fehler in der Kommunikation und gegenseitige Fehleinschätzungen führen zu Unsicherheiten. Und das hat Folgen.

Kleinere Staaten etwa profitieren tendenziell von der Verlässlichkeit einer normenbasierten Politik großer Staaten. Fehlt diese und nehmen aggressive geopolitische oder geökonomische Egoismen großer Staaten zu, setzt dies die Kleineren massiv unter Druck. Zunehmende Unsicherheit und Vertrauensverluste erhöhen so die Instabilität in den betreffenden Gesellschaften und Regionen. Der Stellvertreterkrieg in Syrien ist hier ein prominentes Beispiel: Jordanien hat durch syrische Kriegsflüchtlinge ein Bevölkerungswachstum von etwa 25 % zu verzeichnen (vgl. World Economic Forum 2018, S. 10). Das Land kann diesen Anstieg ökonomisch jedoch nicht auffangen, es drohen langfristig der Staatszerfall und damit ein weiterer Instabilitätsfaktor mit globalem sicherheitspolitischen Ausmaß in dieser Region. Gleichermaßen werden die Interessen nicht-staatlicher Akteure sukzessive marginalisiert. So werden die Rechte und der Schutz von Unternehmen, Individu-

en oder Organisationen der Zivilgesellschaft zunehmend abhängiger von den Interessen großer Staaten und ihrer Regierungen.

Das Wiedererstarke personalisierter Macht anstelle von Multilateralismus und Diplomatie sowie ein starker Fokus auf globale Geopolitik führen allem voran jedoch zu einer Verdrängung zentraler Bedrohungen für die Zivilgesellschaften, die dringend konstruktiver Lösungsansätze bedürfen. Extreme Wetterphänomene, Naturkatastrophen, das Scheitern von Mitigationsmaßnahmen zum Klimawandel sowie von Menschen verursachte Umweltkatastrophen führen die Rangliste der globalen Risikolandschaft an (vgl. ebd., S. 2). Die große Herausforderung liegt hier in der Tiefe der Verflechtungen dieser Einzelphänomene: Der tropische Hurrikan Maria, der 2017 über Dominica, den Inseln der nördlichen Antillen, Puerto Rico und der Dominikanischen Republik verheerende Schäden anrichtete, zeigt, wie Umweltkatastrophen kritische Infrastruktur in Staaten ernsthaft schädigen und damit zu einer fundamentalen Gefahr für die Stabilität von Gesellschaften werden können.

Zurecht erklärte der ehemalige amerikanische Präsident *Barack Obama* in seiner Rede zur Lage der Nation im Januar 2015: „No challenge poses a greater threat to our future and future generations than a change in climate.“ (Office of the Press Secretary 2015) Auch der *Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung* kam 2007 zu dem Ergebnis „dass der globale Klimawandel und die weltweite Armut im Vergleich zur terroristischen Bedrohung die größeren kollektiven Sicherheitsbedrohungen der Menschheit darstellen“ (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung 2008). Und in der Tat, der Klimawandel bedingt eine Zunahme von Naturkatastrophen weltweit und setzt damit unsere Gesellschaften einer hohen Belastung aus (vgl. NATO 2017, S. 9). Die Nachfrage nach natürlichen Ressourcen steigt, Wasser-, Gesundheits- und Ernährungssicherheit sowie der Verlust der Artenvielfalt werden zunehmend zu besorgniserregenden Herausforderungen, für die Regierungen Antworten benötigen, um die Widerstandsfähigkeit der Gesellschaften zu erhalten (vgl. Opitz 2018).

Von ähnlich großer Bedeutung ist der Aufstieg des Populismus in Deutschland und anderen Staaten der Welt (vgl. Kalina/Günther 2018). Hier zeigt sich, dass die Angst vor Globalisierung, Terrorismus und Migration dazu führen kann, dass Menschen sich bedroht fühlen und deshalb das Vertrauen in ihre Regierung und ihren Staat verlieren. Dies kann langfristig zu einem Sicherheitsrisiko werden, auch

wenn die Ursache für die innere Schwächung des Staates nicht in den genannten Phänomenen liegt.

Global betrachtet, haben Gesellschaften heute einen höheren Lebensstandard als je zuvor (vgl. World Economic Forum 2018, S. 39 f.). Die wirtschaftliche Beschleunigung und zunehmende globale Vernetzung bringt jedoch die Absorptionsfähigkeit von Institutionen, Gesellschaften und Individuen an ihre Grenzen. Auch hieraus erwächst ein globales Risiko für die Überlebensfähigkeit von Gesellschaften mit einer höheren Tendenz hin zu Brüchen, Störungen und Ausfällen von Teilsystemen wie jene der Ökologie, Ökonomie, der Technologie oder von institutionellen Systemen.

Das hier gezeichnete Bild bestätigt sich auch mit Blick auf das weltweite Einkommenswachstum. Global betrachtet, ist das Wachstum gebremst und globale Ungleichheiten sind insgesamt im Sinken begriffen (vgl. ebd., S. 40). Andererseits nehmen innerstaatliche Ungleichheiten zu und bedingen Korrosionen. Eine zentrale Herausforderung ist dabei die zunehmende Automatisierung und Digitalisierung von Prozessen in der Arbeitswelt, welche das Beschäftigungsniveau und die Gehälter insgesamt drücken und zu einem weiteren Auseinanderdriften zwischen „Arm und Reich“ führen. Driften die Erwartungen zwischen Gesellschaften und Staat mit Blick auf Beschäftigung auseinander, kann das zu einem Erstarken von Populismus führen oder gar zu Staatszerfall, wie der „Arabische Frühling“ und dessen Folgen zeigten.

Dem Phänomen Populismus wohnt das Potenzial inne, grundlegend unsere Freiheit, unseren Wohlstand und indirekt auch unsere Sicherheit zu gefährden (vgl. NATO 2017, S. 17). Der Grund hierfür ist die steigende Polarisierung innerhalb der Gesellschaft und eine daraus resultierende, meist schleichende Destabilisierung der politischen und gesellschaftlichen Institutionen. Gerade das Thema Beschäftigung ist impliziter Teil des Gesellschaftsvertrags und damit für die Kohäsion der Gemeinschaft zentral (vgl. World Economic Forum 2018, S. 39). Grundsätzlich wäre eine kritische gesellschaftliche Debatte über unterschiedliche Lösungsansätze in Einzelfragen nicht zu bemängeln, solange diese konstruktiv, in gegenseitigem Respekt und lösungsorientiert stattfindet. Der Populismus jedoch zieht seine Kraft gerade aus der Polarisierung, der Verwendung von Fehlinformationen oder Halbwahrheiten, der Deformierung von Fakten zu „fake news“ und der Schaffung von Feindbildern (Eliten, Medien, Migrantinnen/Migranten). Bewusst nutzt der Populismus dabei die Sorge der Menschen vor Sicherheitsbedrohungen etwa durch Ter- →

rorismus aus, die Problemlösekompetenz von Staat und gesellschaftlichen Eliten wird angezweifelt, weshalb sich viele Menschen den perzipierten Gefahren schutzlos ausgeliefert fühlen.

Was sich hier zeigt ist, dass die von vielen Menschen als besonders bedrohlich empfundenen Phänomene wie Globalisierung, Terrorismus oder Migration letztlich nicht in gleichem Maße die Sicherheit von Staaten bedrohen wie der Klimawandel oder etwa der Populismus. Vielmehr ist es eher die Angst vor diesen Phänomenen, die letztlich in einer Form der sich selbst erfüllenden Prophezeiung dazu führt, dass die Menschen die Unsicherheiten herbeiführen, die sie zugleich fürchten. Damit wird deutlich, dass zur Bestimmung von Sicherheit im 21. Jahrhundert unterschieden werden muss zwischen gefühlten und realen Sicherheitsbedrohungen.

Inhaltliche Kompetenz

Globales Konfliktgeschehen, das haben in der jüngsten Vergangenheit die Terroranschläge in Paris, in Brüssel, in Ankara oder in Berlin schmerzlich verdeutlicht, kennt keine Grenzen. Die Terroranschläge vergrößern die Unsicherheit des Bürgers/der Bürgerin und führen zu einer Angst vor dem Unbekannten und der Suche nach schnellen Lösungsstrategien. So stellen vermeintlich richtige, weil einfache und ad hoc gelieferte Antworten eine große Versuchung dar. Angst macht auch vor beruflichen Kontexten nicht Halt. Umso wichtiger ist es, sich nicht von der Komplexität globaler Geschehnisse einschüchtern zu lassen. Gefordert sind die Erarbeitung neuer, multilateraler Steuerungs- und Kooperationsformen und die diskursive Vermittlung selbiger.

Politische Bildung steht daher vor der Aufgabe, dieses sich wandelnde internationale System wissenschaftlich zu erfassen, dessen Mechanismen die altbekannten Denk- und Analysemuster gegenwärtig obsolet erscheinen lassen. Zugleich muss sie ihren Erkenntnisgewinn auch für den Diskurs außerhalb ihres eigenen Wirkungskreises zugänglich machen. Es reicht nicht mehr aus, um es mit *Warren Buffets* Worten zu sagen, nur „den Regen vorherzusagen. Wir müssen Archen bauen.“ Die Zivilgesellschaft muss entscheiden, welche Zukunft sie will.

Den Menschen die Vielschichtigkeit der internationalen Beziehungen und den hohen Grad an Interdependenzen zwischen einzelnen globalen Phänomenen zu erklären, ist daher zu einer enormen, doch zukunftsweisenden Herausforderung für die politische Bildungsarbeit geworden: Sie zielt auf einen urteilsfähigen und politisch mündigen Bür-

ger. Die Voraussetzung dafür ist der Transfer wissenschaftlicher Erkenntnis in die gesellschaftspolitische Debatte. Aus diesem Grund sollte politische Bildung gezielt thematische Schwerpunkte setzen, Inhalte kontinuierlich aufgreifen und sich Zeit für ihre Analyse und Diskussion nehmen, um insbesondere Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in der Zivilgesellschaft gezielt anzusprechen, deren tägliche berufliche Praxis die hier genannten Themen umfasst.

Als Beispiel für die Umsetzung dieses Ansatzes an der *Akademie für Politische Bildung* in Tutzing seien Fortbildungsveranstaltungen und Tagungen für Angehörige aus dem Sicherheitssektor genannt. Das Spektrum der Aufgaben und der sicherheitspolitischen Herausforderungen, vor denen diese Multiplikatorinnen/Multiplikatoren stehen, wird immer größer und facettenreicher. Zugleich zeigt sich, wie wichtig solide Kenntnisse der internationalen Beziehungen und der Bedeutung von Demokratieförderung sind. Bewährt hat sich ein interdisziplinärer Zugang, der Praxis und Lebensnähe mit der wissenschaftlichen und bildungspolitischen Fachdebatte verknüpft. Die Akademie



Lernen mit Planspielen in der Akademie für politische Bildung, Tutzing Foto: Akademie für politische Bildung, Tutzing

fungiert hier als Diskussions- und Debattenforum, um beispielsweise Soldatinnen/Soldaten, Polizistinnen/Polizisten oder Juristen/Juristinnen mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft ins Gespräch zu bringen. Der gemeinsame Austausch und dessen wissenschaftliche Begleitung ist gerade in Zeiten sogenannter „alternativer Fakten“ ein von beiden Seiten geschätzter Gewinn.

Einen ähnlichen Ansatz verfolgt die Akademie beispielsweise mit verschiedenen Symposien, in deren Rahmen etablierte Forscher/-innen und Nachwuchswissenschaftler/-innen ihre aktuellen Erkenntnisse einem bunt gemischten Publikum zur Diskussion stellen. Diese Debatte belebt die

oft mühsame Suche nach Erkenntnisgewinn durch einen von außerhalb des Elfenbeinturms kommenden Blick auf das eigene Tun. Sie erzielt überdies einen weiteren Lerneffekt: Ein urteilsfähiger, politisch mündiger Teil der Zivilgesellschaft zu sein bedeutet die Übernahme von Verantwortung für diese. Und sie liegt in der Aufgabe, pauschale und prominente Kritiken zu hinterfragen, anstatt sie unreflektiert zu übernehmen und dadurch der Angst zusätzlichen Raum zu geben.

Ein zentrales Beispiel ist hier der Diskurs über die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union und der Bundesrepublik. Das gängige Pauschalurteil lautet: Die EU ist ein zahnloser Tiger ohne Macht, Deutschland und der EU fehlen eine außenpolitische Strategie und Stärke. Diese Kritik ist einseitig und verkennt bewusst aktuelle Entwicklungen und das erfolgreiche außenpolitische Agieren beider Akteure.

Vielmehr gilt die Bundesrepublik im internationalen System als verlässlicher, solider und kooperativer Partner und etwa im transatlantischen Verhältnis auch als Mittler. Deutschland vertritt gerade nicht nur die Positionen der USA, sondern stellt sich diesen durchaus begründet entgegen – erinnert sei an dieser Stelle an das entschlossene Nein des ehemaligen Bundeskanzlers *Gerhard Schröder* zum Irakkrieg 2003. Auch das Beharren der Bundeskanzlerin *Angela Merkel* auf einen umfassenden und multilateralen Ansatz im Umgang mit aktuellen internationalen Konfliktgeschehen etwa in Afghanistan oder in Syrien ist hier zu nennen. Sie unterstreicht damit die Wichtigkeit des Zusammenwirkens von kurzfristigen, auch militärischen Krisenmanagementmaßnahmen, mit langfristigen Ansätzen, etwa in der Entwicklungspolitik.

Die Betrachtung realer globaler Sicherheitsbedrohungen hat zu dem Ergebnis geführt, dass die größten Gefahren nicht vordergründig von Phänomenen wie Globalisierung, Terrorismus oder Migration ausgehen, sondern gerade auch von der Art und Weise, wie diese als Bedrohung wahrgenommen werden, und von den Reaktionsmustern, die dies nach sich zieht. Damit hat sich jeder von uns kritisch zu fragen, inwieweit er durch ein persönliches Gefühl der Bedrohung letztlich das herbeiführt, was er so sehr fürchtet.

Über technische Defizite zu schimpfen, etwa über das Nichterreichen der 2%-Hürde mit Blick auf militärische Fähigkeiten im NATO-Verbund oder über den schleppenden Aufbau einer Verteidigungskomponente im EU-Rahmen, scheint verlockend. Doch dabei übersieht man Entscheidendes: Es geht nicht mehr darum, einseitig diese Fähig-

keiten zu entwickeln. Der Aufbau dieser Kapazitäten muss Kriterien der Effizienz und Effektivität und globalen Nachhaltigkeit gerecht werden. Zu Recht setzt die Bundesrepublik oder die Europäische Union daher auf den etablierten multilateralen Rahmen. Die Herausforderung liegt nicht darin, diese Erkenntnis zu generieren. Sie liegt darin, sie in der gesellschaftspolitischen Praxis sukzessive auszubauen.

Politische Bildung und gesellschaftspolitische Verunsicherungen

Insgesamt sollte politische Bildung daher multiperspektivisch und umfassend auf diese gefühlte Unsicherheit reagieren. Das fundamentale Ziel muss es sein, gefühlte und reale Wirklichkeit wieder miteinander in Einklang zu bringen. Dies kann auf doppeltem Wege geschehen: Einerseits muss auf die Faktenlage verwiesen werden, indem möglichst umfassend über die Hintergründe und Entwicklungen von Problemen aufgeklärt wird. Andererseits sollte empathisch auf die Gefühlslage der Menschen eingegangen werden, die sich von den Zeitläufen bedroht fühlen. Auf diese Weise können Themen entemotionalisiert werden.

Es geht letztlich darum, den Menschen, die sich von immer schneller verlaufenden Modernisierungsprozessen gefährdet fühlen, eine Stütze zu geben. Rationale Erläuterungen und Hintergrundinformationen werden jedoch als eine solche Stütze nicht ausreichen. Es muss deshalb auf die konkrete Lage von Betroffenen eingegangen und es müssen ihre Sorgen ernstgenommen werden. Es ist in der Tat so, dass nicht alle Menschen in gleicher Weise von der

Dem Phänomen Populismus wohnt das Potenzial inne, grundlegend unsere Freiheit, unseren Wohlstand und indirekt auch unsere Sicherheit zu gefährden.

Globalisierung profitieren, auch wenn die Bundesrepublik insgesamt als einer der großen Gewinner in der modernen globalen Welt gelten kann.

Zu Recht muss deshalb die Forderung an die politischen Entscheider/-innen aufrechterhalten bleiben, die sozialen Verwerfungen, die sich aus der Globalisierung ergeben, durch wohlfahrtstaatliche Maßnahmen abzufedern und →

insbesondere auch die großen Profiteure der Globalisierung, vor allem multinationale Unternehmen, an der Finanzierung dieses sozialpolitisch so bedeutsamen Wohlfahrtsstaats zu beteiligen.

Für die politische Bildung bedeutet dies, dass die sozialen Verwerfungen, die sich aus der Globalisierung ergeben, kritisch diskutiert werden müssen, auch um den Menschen zu signalisieren, dass ihre Sorgen und Ängste gehört werden. Zugleich muss die Frage der Verantwortlichkeit für drei Gruppen umfassend zur Debatte gestellt und adressiert werden: 1.) die wirtschaftlichen Unternehmen, aber auch Gruppen und Einzelpersonen, die von der Globalisierung profitieren, und die ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden müssen; 2.) die Politik, die von der Globalisierung profitieren kann, aber zugleich den Zwängen

Niemand sollte zum Nutznießer der Vorteile der Globalisierung werden, ohne Verantwortung für die Gesellschaft zu übernehmen, dessen Teil er ist.

der Internationalisierung unterworfen ist; 3.) Gruppen, Einzelpersonen, aber auch Teile von Politik und Wirtschaft, die man als „Globalisierungsverlierer/-innen“ bezeichnen könnte. Vereinfacht gesagt sollte politische Bildung darauf verweisen, dass sowohl „Globalisierungsgewinner/-innen“ als auch „Globalisierungsverlierer/-innen“ eine gesellschaftliche Verantwortung haben.

Niemand sollte zum Nutznießer der Vorteile der Globalisierung werden, ohne Verantwortung für die Gesellschaft zu übernehmen, dessen Teil er ist. Andererseits können auch die (gefühlten) „Verlierer/-innen“ der Globalisierung sich nicht der Verantwortung für ihr eigenes Leben entledigen, indem sie sämtliche Missgeschicke externalisieren und Migrantinnen/Migranten, gesellschaftliche Eliten, die Medien oder die „Globalisierung“ für ihr persönliches Schicksal verantwortlich machen. Der Ruf der politischen Bildner/-innen nach der Übernahme von Verantwortung muss deshalb alle Teile der Bevölkerung erreichen, auch jene, die es sich in einer Opferhaltung bequem gemacht haben.

Die politische Bildung sollte also der Versuchung widerstehen, einfachen Schwarz-Weiß-Mustern zu folgen und,

einem manichäischen Weltbild folgend, simple Zuordnungen von Täterinnen/Tätern (z. B. Politiker/-innen, Eliten, Medien) und Opfern (des „Normalbürgers“) vorzunehmen. Vielmehr muss geduldig immer wieder über Fakten und Zusammenhänge aufgeklärt, persönliche Verantwortungsbereiche jedes einzelnen ohne Ausnahme deutlich gemacht und zugleich entemotionalisiert werden: Angst ist wahrlich der schlechteste aller Berater in Sicherheitsfragen.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 3/2018

Zur Autorin



Dr. Anja Opitz ist Referentin für Internationale Beziehungen an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. Sie ist Gründungsmitglied der internationalen Global Health Security Alliance (GloHSA) sowie der Middle East and International Affairs Research Group (MEIA Research, München). Dr. Opitz ist Subject Matter Expert für Global Health Security, EU Security and Defence und Sicherheitssektorreform am European External Action Service in Brüssel und an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg.

a.opitz@apb-tutzing.de

Literatur

Kalina, Andreas / Günther, Miriam (2018): Politik und Öffentlichkeit in einer „postfaktischen“ Ära. In: Akademie Report, Heft 2/2018, S. 3–5

Mayer, Michael (2018): Zahlen mit abgewischten Tränen. Internationaler Dialog über Asyl, Flucht und Migration. In: Akademie Report, Heft 2/2018, S. 6–7

Munich Security Conference (Eds.) (2018): Munich Security Conference Report 2018. To the Brink – and Back?; www.security-conference.de/en/discussion/munich-security-report/munich-security-report-2018 (Zugriff: 23.06.2016)

NATO – North Atlantic Treaty Organization (Eds.) (2017): Strategic Foresight Analysis. 2017 Report. Brussels

Office of the Press Secretary (2015): Remarks by the President in State of the Union Address; <https://obamawhitehouse.archives.gov/the-press-office/2015/01/20/remarks-president-state-union-address-january-20-2015> (Zugriff: 22.06.2018)

Opitz, Anja (2018): Gesundheit braucht Sicherheit – Sicherheit braucht Gesundheit. Die Akademie auf der Münchner Sicherheitskonferenz. In: Akademie Report, Heft 2/2018, S. 26–27

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung (2008): Welt im Wandel. Sicherheitsrisiko Klimawandel. Berlin/Heidelberg: Springer VS

World Economic Forum (Hrsg.) (2018): The Global Risk Report 2018; www.weforum.org/reports/the-global-risks-report-2018 (Zugriff: 22.06.2018)

Orientierung in Zeiten der Unsicherheit?

Herausforderungen für die politische Bildung

Die Wichtigkeit von politischer Bildung und zwar gerade auch von politischer Bildung für Erwachsene wird von niemandem ernsthaft bestritten. Gleichzeitig wissen wir alle, wie schwierig es ist, diejenigen zu erreichen, die diese Bildung eigentlich am nötigsten hätten. Angesichts der aktuellen Herausforderungen in Politik und Gesellschaft sowie der digitalen Transformation wird dieses Dilemma der politischen Bildung besonders in der politischen Erwachsenenbildung sichtbarer denn je. von Ursula Münch

Die Gesellschaft verändert sich I¹

Unsere Gesellschaft unterliegt einer fortschreitenden Ausdifferenzierung. Die Stichworte dafür lauten Individualisierung, Wertewandel und Säkularisation. Als Folge der damit verbundenen Emanzipationsprozesse verlieren die sogenannten intermediären Organisationen, also Großorganisationen wie Kirchen, Gewerkschaften, politische Parteien oder Verbände sowohl Mitglieder als auch Unterstützung. Sie werden für künftige Generationen voraussichtlich weniger Bedeutung besitzen als noch für die Nachkriegsgeneration oder die „Baby-Boomer“. Diese Entwicklung fordert nicht nur diese Organisationen massiv heraus, sondern sie ist schon deshalb auch geeignet, das gesamte gesellschaftliche Gefüge zu verändern, weil diese Institutionen zum Teil auch als politische „Taktgeber“ oder als ethisch-moralische „Leitplanken“ fungieren und den öffentlichen Diskurs mit prägen.

Auch der sogenannte demografische Wandel, also der

Umstand, dass die Gesellschaft bzw. ihre Mitglieder älter, weniger und „bunter“ werden, trägt zum gesellschaftlichen Veränderungsprozess bei. Die deutsche Gesellschaft war zwar noch nie homogen (vor allem nicht so homogen, wie dies die Anhänger diverser Verschwörungstheorien oder der „Identitären Bewegung“ uns gerne glauben machen würden), aber nicht zu übersehen ist, dass die Vielfalt an Lebensformen tatsächlich zunimmt. Diese sogenannte Pluralisierung und Individualisierung macht das Leben „bunter“, aber oft auch anstrengender; **2** vor allem, wenn es darum geht, die unterschiedlichen Gruppen in die Gesellschaft zu integrieren oder zu verbindlichen Entscheidungen zu kommen.

Eine weitere Ursache für diesen Aspekt des gesellschaftlichen Wandels ist die vermeintliche oder tatsächliche Zeitknappheit: Wenn beide Partner erwerbstätig sind, bleibt für das ehrenamtliche Engagement in Parteien, Verbänden, den Kirchen oder Vereinen weniger Zeit. Wer sich nicht aus Pflichtgefühl oder aus z. B. familiärer Tradition engagiert, sondern vor allem aus dem Wunsch heraus, →

1 Einzelne Abschnitte des Beitrags sind dem Aufsatz „Politische Bildung im 21. Jahrhundert“ entnommen, der in der „Festbroschüre“ aus dem Jahr 2017 „Mobilisierung der Demokratie. 60 Jahre Akademie für Politische Bildung“ erschienen ist.

2 Die unter „#MeTwo“ geführte öffentliche Debatte liefert hierzu aufschlussreiche Einblicke.

die eigenen Anliegen umzusetzen, soziale Bestätigung zu erhalten und auch selbst einen Vorteil daraus zu ziehen, der oder die ist in seinem/ihrem Engagement nicht nur „wählerischer“; er oder sie kalkuliert vielmehr auch die Opportunitätskosten ein – bemisst also immer auch den Nutzen der durch das konkrete Engagement entgehenden Alternativen.

Viele tradierte intermediäre Organisationen und deren interne Entscheidungsabläufe erscheinen gerade jungen Leuten unattraktiv: Sie wollen sich nicht auf umständliche Entscheidungsprozesse und überkommene Hierarchien einlassen, sondern sofort Ergebnisse sehen. Und sie erkennen keinen Sinn darin, sich in Organisationen einzubringen, deren Regeln sie nicht aktiv mitbestimmen können.

Diese Veränderungen geschehen ausgerechnet in einer Zeit, in der die weltpolitische Lage unübersichtlicher geworden ist und die Komplexität durch Europäisierung, Globalisierung, Flüchtlingskrise und digitale Transformation zunimmt. Damit geht nicht nur dem Einzelnen etwas verloren, sondern auch der Gesellschaft insgesamt: zum einen die für die Demokratie so wichtige Verbindung zwischen den einzelnen Teilen der Gesellschaft, aber auch die Verbindung zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und ihren Repräsentanten, zum anderen die Fähigkeit dieser Institutionen, die Vielzahl von Informationen auf die relevanten zu reduzieren und das Leben für den Einzelnen damit durchschaubarer zu machen. Das heißt: Ausgerechnet jetzt verlieren die Institutionen an Bedeutung, die bislang den Bürgerinnen und Bürgern die Orientierung erleichterten.

Herausforderungen für die Politik steigen und das Vertrauen in die Eliten sinkt

Aber nicht allein auf der Ebene der Gesellschaft verändert sich vieles. Wir sehen, dass die Demokratie auch durch Veränderungen und sogar Fehlentwicklungen seitens der Politik beeinträchtigt wird. Zum einen verlagert sich der Ort politischer Entscheidungen immer noch mehr hin zu den Regierungen und vor allem zu den Regierungschefs; gleichzeitig spielen Expertengremien und externe Berater/-innen eine zunehmend wichtige Rolle. Beide Trends schwächen die Bedeutung der Parlamente – sie verkommen immer mehr zu Akklamationsorganen. Das zerreißt die Legitimationskette demokratischer Entscheidungsprozesse und es schmälert die Gemeinwohlorientierung. Zu allem Überflus beobachten wir gleichzeitig, dass die klassische staatliche Steuerung mittels Regulierung angesichts der Macht trans- und international agierender Akteure an Wirksamkeit verliert. Dieses „Verschwinden der

Politik“ (Jacques Rancière) gegenüber einer globalisierten Wirtschaft hat massive Folgen für die Demokratien.

In Folge dieser Veränderungen werden wir Zeugen eines massiven Vertrauensverlusts der Eliten in Staat, Medien und Wirtschaft. Davon zeugen nicht nur die Kommentarzeilen vieler Online-Medien, sondern das bestätigte auch das zuletzt anlässlich des Weltwirtschaftsforums 2018 in Davos veröffentlichte „Edelman trustbarometer“, das für 28 Staaten weltweit erhoben wird: In vielen Staaten waren die Vertrauenswerte für die Führungsebene in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft noch nie so niedrig wie derzeit (vgl. Edelman 2018).

Für die Bundesrepublik und viele andere Mitgliedstaaten der *Europäischen Union* kann man feststellen, dass sich ein Teil der Wählerschaft offenbar bereits seit ge-



Wie gestalten wir unsere Demokratie? Foto: Akademie für Politische Bildung, Tutzing

raumer Zeit nicht mehr angemessen von der Politik repräsentiert fühlt. Indizien dafür sind die zurückgehende Wahlbeteiligung einerseits sowie die teilweise guten Wahlergebnisse dezidierter Protestparteien andererseits. Auch wenn das Phänomen scheinbar dasselbe ist, gehen die Ursachen für diese Abkehr von den demokratischen Parteien doch von Staat zu Staat, von Gesellschaft zu Gesellschaft auseinander. In einigen Staaten und besonders in deren strukturschwachen Regionen stagniert die Wirtschaft schon seit Jahren. Hohe Arbeitslosenquoten, aber auch der Anstieg der prekären Beschäftigungsverhältnisse und die damit verbundene Wahrnehmung einer beängstigenden Perspektivlosigkeit nehmen den Betroffenen die Zuversicht und rauben ihnen den Optimismus mit Blick auf die Zukunft. Häufig empfinden diese Menschen die eigene Situation als das Ergebnis von Ungerechtigkeiten, politischen Fehlentscheidungen aber auch einer wahrgenom-

menen Gleichgültigkeit der Parteien gegenüber den Anliegen der eigenen Bürgerinnen und Bürger. Umgekehrt fiel dem „Establishment“ in Staat, Wirtschaft, Medien und Gesellschaft reichlich spät auf, dass in vielen Staaten nicht nur der *Europäischen Union* ein Teil der Bevölkerung inzwischen davon überzeugt ist, die Vor- und Nachteile des globalen Handels, der Europäisierung sowie der Digitalisierung würden ungleich verteilt.

Unsicherheiten in den internationalen Beziehungen

Neben all den Veränderungen in den nationalen Gesellschaften sind wir zudem Zeitzeugen einer globalen Neuvermessung politischer Macht: Während die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts von einer durch den Ost-West-Konflikt bestimmten Bipolarität der internationalen Ordnung geprägt war, sah es nach dem Fall der Mauer und des Ostblocks zunächst aus, als würde sich eine unipolare Weltordnung mit den USA als einziger Supermacht etablieren. Aber inzwischen befinden wir uns mitten in einer neuen geopolitischen Phase der Volatilität (vgl. Masala 2016).

„Postfaktische“ Verhaltensweisen stellen in erster Linie ein Aufbäumen gegen die Umstände und die anonymen Systeme dar, die diese Fakten produzieren: also gegen die Globalisierung, die Digitalisierung, die weltweite Migration oder die Europäisierung.

Es mangelt an anerkannten, verbindlichen und durchsetzungsfähigen globalen Normen und Institutionen bzw. die bestehenden wurden geschwächt. Dieses Vakuum schafft Raum gerade auch für die aggressiven geopolitischen und geoökonomischen Vorhaben einiger Staaten. Hinzu kommt das Phänomen der „Strong Man Politics“: Populistische Strömungen in verschiedenen Staaten bringen „starke“ zumindest geltungsbedürftige Männer an die Macht. Wenn globale Normen erodieren und nicht mehr durchsetzbar scheinen, dann belastet dies die kleinen und eher einflussarmen Staaten am meisten. Sie sind schließlich besonders auf die Verlässlichkeit der normenbasierten Politik

der einflussreichen Staaten und ggf. auf die Unterstützung supranationaler Streitschlichtungsorgane angewiesen. In der Folge nehmen militärische Spannungen zu und entladen sich in manchen Regionen in einer extrem vielschichtigen Gemengelage, die zwangsläufig zu mehr Flüchtlingen und Armutsmigranten führt. Insgesamt herrscht international also eine fragile Multipolarität mit einem labilen Nebeneinander mehrerer mächtiger Staaten, was den Eindruck von Unsicherheiten noch weiter unterstreicht. Diese Konstellation begünstigt die politischen Kräfte, die dem Wiedererstarken einer längst überholt geglaubten staatszentrierten Machtpolitik das Wort reden: Selbst international eingebundene und verpflichtete Mächte wie die USA positionieren sich mit einer politisch und ökonomisch nationalistischen Agenda.

Antipluralistische Motive und Sehnsüchte

In der Bundesrepublik hat man diese Unzufriedenheit eines Teils der Bevölkerung, gerade auch in Ostdeutschland, mit der Politik und den Ergebnissen von Politik zunächst deshalb kaum wahrgenommen, weil diese Unzufriedenheit vor allem durch Nichtwahl artikuliert wurde. Das hat sich erst dadurch verändert, dass es der AfD zumindest vorübergehend gelang, einen Teil dieser Wählerschicht zu mobilisieren. Der erste Anlass für diese Mobilisierung der Unzufriedenen war die Eurorettungs- bzw. die Griechenlandrettungspolitik. Die Empörung über diese Maßnahmen schlug Wellen: Die Menschen ärgerten sich nicht nur darüber, dass diese Maßnahmen als vermeintlich alternativlos verbrämt wurden, sondern warfen den Parlamentariern vor, unbedarft und ohne den erforderlichen Sachverstand weitreichende Eingriffe auf den Weg zu bringen. Der Großteil des damaligen Unmuts dürfte aber auf das Empfinden zurückzuführen sein, Regeln würden nicht für alle gelten, nach dem Motto: „Die, die beim Beitritt zur Währungsunion geschummelt haben, werden jetzt auch noch auf unsere Kosten belohnt.“ Den Politikern wurde also vorgeworfen, Regelverletzungen hinzunehmen (vgl. Bender 2017, S. 186).³ Das Thema Bankenrettung oder Verschuldenskrise hat aber nicht genügend Durchschlagskraft, Anschaulichkeit und vor allem Emotionalität besessen, um tatsächlich eine Mobilisierung der Politikabgewandten und Unzufriedenen zu erreichen. Die Flüchtlingspolitik dagegen schon, und zwar deshalb, weil es →

3 Unter Verweis auf Rudolf Taschner (2015): Die Mathematik des Daseins. Eine kurze Geschichte der Spieltheorie. München: Carl Hanser Verlag

im Streit um die Flüchtlingspolitik um Identität und Gefühle geht. Gerade der eher materialistisch eingestellte Teil der Bevölkerung ist meist ortsgebunden und sicherheitsorientiert. Diese Menschen befürchten, die eigene Qualifikation werde mit den neuen Anforderungen, die sich aus Europäisierung, Globalisierung und Digitalisierung ergeben, ebenso wenig mithalten können wie ihr Einkommen mit der Entwicklung der städtischen Mieten. Dieser Teil der Bevölkerung ist für die Forderung nach mehr kultureller Homogenität und dem Fernhalten „der Anderen“ leichter empfänglich als die Modernisierungsbegünstigten, die sich von der Europäisierung, der Globalisierung oder auch der Digitalisierung eher Vorteile versprechen und sich auch schon deshalb offen gegenüber Migration zeigen können, weil sie die Konkurrenz durch Migranten nicht fürchten müssen.

Der Vorwurf des Populismus ist schnell erhoben; deutlich schwieriger ist es, das Phänomen wissenschaftlich zu erfassen. Politikwissenschaftler/-innen rücken vor allem ein Merkmal des Populismus in den Mittelpunkt, nämlich den Anti-Pluralismus (vgl. Müller 2016). Damit ist das Phänomen gemeint, dass Populisten nicht nur die Vielfalt von Lebensformen ablehnen, sondern gleichzeitig der Idee anhängen, es gebe ein vorgegebenes und objektiv feststellbares Gesamtinteresse „des Volkes“. Während Pluralismus also die Unterschiedlichkeit der Interessen in einer Gesellschaft als wünschenswerte Tatsache voraussetzt (so lange sich die Vertreter/-innen dieser Interessen an die Spielregeln von Rechtsstaat und Demokratie halten), setzt der Anti-Pluralismus auf die objektive Erkennbarkeit des Richti-

Anstelle der bisherigen Strukturierung durch hierarchisch funktionierende Qualitätsmedien erleben wir eine „deterritorialisierte Simultaneität“ in der Wahrnehmung von Ereignissen.

gen – im Zweifelsfall durch das Mittel der Ausgrenzung all derjenigen, die andere Interessen verfolgen oder aufgrund bestimmter Merkmale identifizierbar sind.

Macht man sich auf die Suche nach den Ursachen für den Aufschwung anti-pluralistischen Denkens und damit

der Populisten, trifft man auf weitere Facetten der bereits geschilderten Denk- und Verhaltensweisen: „Postfaktische“ Verhaltensweisen (die eigentlich kontrafaktische Verhaltensweisen sind) stellen in erster Linie ein Aufbäumen gegen die Umstände und die anonymen Systeme dar, die diese Fakten produzieren: also gegen die Globalisierung, die Digitalisierung, die weltweite Migration oder die Europäisierung. Das damit verbundene Misstrauen denjenigen gegenüber, die man für diese Entwicklungen entweder verantwortlich macht oder denen man zumindest zuschreibt, dass sie – anders als man selbst – von diesen Entwicklungen profitieren, kommt in der sich ausbreitenden Anti-Establishment-Haltung zum Ausdruck. Das ist der Boden, auf dem der Populismus mit seiner ihn prägenden Trennung zwischen Freund und Feind den politisch-moralischen Anspruch erhebt, die vermeintlich klar bestimmbaren Interessen des Volkes als der „wahren Nation“ gegenüber den angeblich unmoralischen und korrupten Eliten zu vertreten. Das Auflehnen gegen das Establishment, also der Wunsch, der ökonomischen und medialen (Über-)Macht der Eliten die eigene Wut und einen bewussten Anti-Intellektualismus entgegenzustellen, scheint also maßgeblich der Einschätzung geschuldet, dass die Errungenschaften der liberalen Demokratie nicht allen Bürgerinnen und Bürgern gleichermaßen nützen.

Die Wirkweise digitaler Medien

Die bisher genannten Phänomene treffen nicht nur zeitlich mit den Wirkweisen der sogenannten Sozialen Medien zusammen, also der Ermöglichung von „mass self-communication“ (Manuel Castells). In dem Maße, in dem die journalistischen „Gatekeeper“ ihre Strukturierungs- und Filterungsfunktionen verlieren, verändert sich der Prozess der öffentlichen Meinungsbildung (vgl. Russ-Mohl 2017): Es bilden sich selbstreferentielle Teilöffentlichkeiten, die Diskurse werden emotionaler und damit steigt wiederum die Anfälligkeit einer breiten Öffentlichkeit für Vereinfachung und Populismus. Anstelle der bisherigen Strukturierung durch hierarchisch funktionierende Qualitätsmedien erleben wir eine „deterritorialisierte Simultaneität“ in der Wahrnehmung von Ereignissen (vgl. Pörksen 2018, S. 16). Die Teilnehmer/-innen an dieser Weltkommunikation werden in eine „Nachbarschaft“ hineingezwungen in deren Folge unterschiedlichste Ausprägungen der Weltwahrnehmung und ihrer Deutung ungefiltert und in radikaler Unmittelbarkeit auf uns einprasseln. Da zugleich die Manipulationsmöglichkeiten zunehmen, erleben wir die Autoritätskrise des digitalen Zeitalters (Bernhard Pörksen): So-

genannte Trolle treiben in den sozialen Netzwerken und auf anonymen und unkontrollierten Plattformen ihr Unwesen und beeinträchtigen den öffentlichen Diskurs durch diverse Formen der „Information Operations“.

„Soziale Netzwerke“ sind aber nicht nur aufgrund dieser zusätzlichen Manipulationsmöglichkeiten relevant. Etwas Weiteres kommt hinzu: Sie bieten vielen Nutzerinnen und Nutzern die willkommene Gelegenheit, sich auch kommunikativ von den viel gescholtenen Eliten in Politik und Medien abzuwenden. An die Stelle der bekannten hierarchi-



Bei schönem Wetter wird in der Tutzingener Akademie unter freiem Himmel am See diskutiert. Foto: Akademie für Politische Bildung, Tutzing

schen Kommunikationsformen mittels Massenmedien tritt etwas Neues: die unvermittelte und vermeintlich nicht-hierarchische Kommunikation mit „Leuten wie du und ich“. Deren Informationen und Botschaften bringen viele Menschen inzwischen mehr Vertrauen entgegen als denen der klassischen Medien.

Was ist zu tun?

Aus dem Zusammenwirken aller genannten Punkte könnte sich unter Umständen ein ideales Betätigungsfeld für politische Rattenfänger/-innen und Heilsversprecher ergeben – vor allem dann, wenn wir uns der Illusion hingeben, dass Demokratie und Rechtsstaatlichkeit selbstverständlich seien, und wir weiterhin darauf verzichten, angemessen für die Grundlagen unseres Gemeinwesens, unserer Verfassungsordnung und unserer pluralistischen Demokratie einzutreten.

Um es den Populisten nicht noch einfacher zu machen, ist Verschiedenes erforderlich. An erster Stelle ist vor einer Selbstaufgabe der Repräsentation zu warnen. Wir brauchen politische Repräsentanten und gestaltungsfähige

Parlamentarier/-innen unter anderem schon deshalb, weil es ein Grundbedürfnis in einer Demokratie ist, Verantwortung zu lokalisieren und zuzuschreiben. Die direkte Demokratie schränkt die Möglichkeit zur Zurechnung von politischer Verantwortung ein; schließlich trägt der abstimmende Bürger/die Bürgerin keine Verantwortung für die getroffene Entscheidung. Auch deshalb sollten Politiker/-innen die häufig anzutreffende Fehleinschätzung von der vermeintlichen Höherwertigkeit der direkten Demokratie nicht noch durch den Ruf nach zusätzlicher direktdemokratischer Beteiligung befördern.

Die Stärkung der freiheitlichen Republik und der einerseits wehrhaften und andererseits pluralistischen Demokratie könnte dort beginnen, wo die Demokratie stark war und wo sie bereits in den Aufbaujahren nach dem Krieg zu Recht ihren Ausgangspunkt nahm: auf der kommunalen Ebene, in den Gemeinden und natürlich bei jedem und jeder von uns. Den Schutz der Freiheit und der Republik kann man nicht nur dem Staat und seinen Sicherheitsorganen überlassen: Jede und jeder von uns hat Bürgerpflichten – Wählen gehört selbstverständlich dazu. Für den Zustand unserer freiheitlichen Demokratie hätte es höchst unerquickliche Folgen, wenn die früheren Nichtwähler/-innen und heutigen Protestwähler/-innen ihre Selbstwirksamkeit entdecken und extreme oder populistische Parteien wählen, während gleichzeitig ein Teil der Bürgerschaft der unsinnigen und falschen Auffassung ist, Wählen sei nur dann angebracht, wenn eine Partei antritt, deren Positionen er oder sie zu fast hundert Prozent zustimmen kann.

Die wachsende Bedeutung politischer sowie „algorithmischer“ Bildung

Nachdem die Strukturierungsfähigkeit der intermediären Institutionen weniger nachgefragt wird, sind die Bürger/-innen bei der Suche nach Einordnung und Orientierung stärker als bisher auf sich selbst gestellt. Wer nicht will, dass hier ein Vakuum entsteht, in dem sich digital verbreitete Botschaften und Falschmeldungen der Anti-Pluralisten unterschiedlicher Couleur festsetzen und ausbreiten, muss die vorpolitischen Grundlagen der freiheitlichen Demokratie und damit vor allem die Bevölkerung in ihrer Rolle als gemeinsinnorientierte und verantwortungsbewusste Bürger/-innen stärken. Dieses Postulat baut auf der Überlegung auf, dass die Demokratie und die Beachtung rechtsstaatlicher Grundsätze keinesfalls allein von der Qualität der Mandats- und Amtsinhaber/-innen und nicht einmal von gesetzlichen oder verfassungsrechtlichen Gewährleistungen abhängen. Wenn die Diagnose zutrifft, →

dass der Gesellschaftsvertrag der Nachkriegszeit, also der gesellschaftliche und politische Konsens über die Notwendigkeit, globale Macht durch internationale Verträge und nationale Macht durch gewaltenteilende Mechanismen zu bändigen, an Bedeutung verliert, dann hat dies auch auf die politische Bildung massive Auswirkungen: Die Elemente des materiellen Rechtsstaates bzw. der „checks and balances“ waren denjenigen, die „durchregieren“ wollen, immer schon ein lästiges Hemmnis – das ist nichts Neues. Neu ist aber, dass diese anti-liberale Haltung zum Auf-

In einer Zeit, in der die Sehnsucht nach den radikalen Lösungen um sich zu greifen scheint, ist es angebracht, dieses Grundverständnis für den freiheitsschützenden Wert dieser Mechanismen des Interessenausgleichs zu schulen.

stand gegen das Establishment, gegen die Eliten verbrämt wird. Und neu ist auch, dass das auch biografisch geprägte Verständnis für die demokratie- und menschengefährdenden Wirkungen von Machtkonzentration gerade in den jüngeren Generationen weniger stark ausgeprägt zu sein scheint. In einer Zeit, in der die Sehnsucht nach den radikalen Lösungen um sich zu greifen scheint, ist es angebracht, dieses Grundverständnis für den freiheitsschützenden Wert dieser Mechanismen des Interessenausgleichs zu schulen. Dieses Verständnis ist keinesfalls nur den jungen Leuten abzufordern. Das geht alle an.

Das zur politischen Urteilsbildung unabdingbare Orientierungs- und vor allem Deutungswissen wird jedoch gerade nicht durch die bloße Verfügbarkeit von Informationen erreicht. Um politische Inhalte verstehen, konkurrierende politische Lösungen sowie die Geeignetheit des politischen Personals beurteilen zu können, reichen Recherchefähigkeiten nicht aus: Grundkenntnisse über das parlamentarische Regierungssystem, die Aufgabenverteilung zwischen den staatlichen Ebenen sowie die Arbeitsweise und Organisation der Medien in einer freiheitlichen Demokratie sind Mindestanforderungen. Nachdem das Internet und die „Sozialen Medien“ gerade für junge Leute immer häufiger den einzigen Zugang zu politischen Themen darstel-

len und die Vereinfachung, Beschleunigung und Emotionalisierung von Politik an der Tagesordnung sind, muss politische Bildung mehr denn je das Struktur- und Orientierungswissen vermitteln, ohne das wir in der digitalen Welt drohen verloren zu gehen. Aber: Politische Bildung ist auch mehr als nur Wissensvermittlung auf der kognitiven Ebene. Andere grundlegende Inhalte müssen dazu kommen: Und zwar nicht in Form von Spiegelstrichen, sondern als gelebte Prinzipien. Wir beobachten, dass trotz aller Appelle, eine „weitere Spaltung der Gesellschaft“ zu vermeiden, die öffentliche Stimmung konfrontativer wird. In einer Zeit, in der viele Konflikte aufgrund ihrer Nähe zu Identitätsfragen sehr leicht ideologisch und emotional aufgeladen werden, besteht die Gefahr, dass politische Zuspitzungen durch bloßes Moralisieren beantwortet werden. Das dürfte jeweils damit zu tun haben, dass uns die Fähigkeit abhanden zu kommen scheint, neben unseren eigenen individuellen wie staatlichen Interessen auch die wohlbe-gründeten Interessen und Haltungen unserer jeweiligen Gegenüber zu berücksichtigen. Politische Bildung kann einen Beitrag leisten, dem entgegenzuwirken. So führt die Beobachtung, dass Egoismus und Nationalismus hochansteckend sind, zunächst zur Mahnung des damaligen französischen Staatspräsidenten *François Mitterrand* vom Januar 1995: „Nationalismus heißt Krieg. Krieg, das ist nicht nur Vergangenheit. Er kann auch unsere Zukunft sein.“ Historisch-politische Bildung mahnt aber nicht nur, sondern sie veranschaulicht auch und macht erlebbar: Zum Beispiel die Erkenntnis, dass wir zwar eine Verfassung mit einer starken Betonung der individuellen Grundrechte haben, aber unsere Demokratie natürlich auch darauf beruht, dass jedes Individuum gleichzeitig Teil einer Gemeinschaft ist. Und die politische Bildung besitzt dafür geeignete Methoden: So verlangen Politiksimulationen den Teilnehmern und Teilnehmerinnen ab, sich gezielt und aktiv mit den Interessen anderer Akteure auseinanderzusetzen und so zu erleben, dass zum Beispiel Ressourcenkonflikte nur unter einer Voraussetzung unblutig gelöst werden können: Wenn nämlich das gegenseitige Einverständnis besteht, die Interessen des Anderen nicht zu ignorieren.

Politische Bildung allein wird aber nicht genügen: Die Bürgerinnen und Bürger müssen auch befähigt sein, die Mechanismen der digitalen Kommunikation und der digitalen Wirtschaft zu durchschauen. Im Zeitalter der Digitalisierung sollten mündige Bürger/-innen auch die Prozesse verstehen, die dazu führen, dass „Nutzer“ nicht Kunden, sondern eher Produkte von Internetkonzernen sind, die aus unseren Daten die für das Maschinenlernen bzw. die

Künstliche Intelligenz benötigten Informationen gewinnen. Selbst Profis fällt es in Zeiten der Bild- und Videofälschung („deepfake“) oder der gekauften *Trolle* und *Social Bots* schwer, wahr und falsch angemessen schnell zu unterscheiden. Und auch ein reflektierter Nutzer/eine Nutzerin scheitert angesichts der vermeintlichen Gleichwertigkeit der Informationsquellen und der herrschenden Diskursanarchie durch den Verlust zivilisierender Filter an der eigentlich so dringlichen Prüfung der Identität und Integrität des Kommunikators. Und nur die wenigsten von uns sind gerade dann, wenn uns Extremereignisse zu angsterfüllten Voyeuren machen, zu einem verantwortungsbewussten Informations- und Kommunikationsverhalten in der Lage. Diese Überforderung fördert ebenso die Nachfrage nach den Botschaften der Vereinfacher/-innen und Populisten wie übertriebenes Bestätigungsdenken in „gatekeeperfreien Zonen“.

Vielfältige Regulierungsansätze werden erforderlich sein, um der sich abzeichnenden Machtkonzentration bei den Giganten des Internets etwas Wirksames entgegenzusetzen können: Auf jeden Fall dazu gehören wird der politische und algorithmische Sachverstand und das entsprechende Urteilsvermögen der Bürgerschaft.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 3/2018

Zur Autorin



Dr. Ursula Münch ist Professorin für Politikwissenschaft an der Universität der Bundeswehr München (derzeit beurlaubt) und Direktorin der Akademie für Politische Bildung in Tutzing – einer wissenschaftlichen Einrichtung, die unabhängig und überparteilich die politische Bildung fördert. Ihre Forschungsschwerpunkte sind u.a. Föderalismus- und Parteienforschung, Politikfeldanalysen sowie Fragen der gesellschaftlichen Integration. Sie ist u. a. Mitglied des Wissenschaftsrates, des Hochschulrats der Ludwig-Maximilians-Universität München sowie des Bavarian Research Institute for Digital Transformation an der Bayerischen Akademie der Wissenschaften.

U.Muench@apb-tutzing.de

Literatur

Bender, Justus (2017): Was will die AfD? Eine Partei verändert Deutschland. München: Pantheon Verlag

Edelman (2018): Edelman Trust Barometer. Global Report 2018; http://cms.edelman.com/sites/default/files/2018-02/2018_Edelman_Trust_Barometer_Global_Report_FEB.pdf (Zugriff: 07.08.2018)

Masala, Carlo (2016): Die neue Weltordnung. Die globalen Krisen und das Versagen des Westens. München: C.H. Beck

Müller, Jan-Werner (2016): Was ist Populismus? Ein Essay. Frankfurt am Main: Suhrkamp

Pörksen, Bernhard (2018): Die große Gereiztheit. Wege aus der kollektiven Erregung. München: Hanser Verlag

Russ-Mohl, Stephan (2017): Die informierte Gesellschaft und ihre Feinde. Warum die Digitalisierung unsere Demokratie gefährdet. Köln: Herbert von Halem Verlag

Demokratieförderung als sicherheitspolitischer Arbeitsbereich

Im Spannungsfeld zwischen Staat und Zivilgesellschaft

Zivilgesellschaftliche Träger in Hessen im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention sind in Aufruhr. Ausgangspunkt ist die Sicherheitsüberprüfung und Suspendierung von Mitarbeitenden des Violence Prevention Network e. V. aufgrund von haltlosen Vorwürfen. Die Sicherheitsüberprüfung von Mitarbeitenden, die durch das Landesprogramm Hessen aktiv für Demokratie und gegen Extremismus gefördert werden, sind seit 2017 Gegenstand der Zuwendungsbedingungen und seit 2018 im Hessischen Verfassungsschutzgesetz rechtlich abgesichert. Das neu entflammte Misstrauen gegenüber zivilgesellschaftlichen Trägern ist Ausdruck politischer und gesellschaftlicher Verhältnisse und stellt die Akteur*innen vor große Herausforderungen.

von Maria Grüning und Philipp Meyer

Gesellschaftliches Klima und politische Bildung

Im Kontext der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008, der sogenannten Flüchtlingskrise 2015, der weiterhin steigenden Kluft zwischen Arm und Reich, der fortschreitenden Prekarisierung der Arbeitswelt und fehlender, beispielsweise sozialpolitischer Kurskorrektur, werden – das lässt sich für einen nicht geringen Teil der Gesellschaft sogar statistisch belegen (vgl. Decker/Kiess/Brähler 2016) – rückwärtsgewandte Forderungen laut: Abschiebung und Abschottung statt Solidarität; Autoritarismus statt Demokratie; polizeilich und militärisch gerahmte Innere Sicherheit statt sozialer Sicherheit (vgl. Butterwegge/Hentges/Lösch 2018). Mit Blick auf zunehmenden (Rechts-)Populismus formuliert *Thomas Krüger*, Präsident der *Bundeszentrale für politische Bildung/bpb*, folgerichtig: „Was tun, wenn demokratische Prinzipien von einem wachsenden Teil der Gesellschaft nicht mehr als Grundlage für ein gelingendes Miteinander erkannt, nicht mehr verstanden oder sogar abgelehnt werden?“ (Krüger 2018, S. 157) Politische Bildung wird hier häufig als die Lösung genannt. Dass politische Bildung als Feuerwehr in Krisenzeiten nicht funktioniert hat, funktioniert oder funktionieren wird, soll angemerkt, hier aber nicht diskutiert werden. Als eine

Handlungsperspektive primärer Extremismusprävention und Demokratieförderung ist politische Bildung jedoch ein zentrales Instrument. Zivilgesellschaftliche Träger werden dafür mit öffentlichen Mitteln gefördert.

Zivilgesellschaft und Staat gemeinsam für Demokratie

Zivilgesellschaft gestaltet Gesellschaft: Beispielsweise durch konkret handelnde Personen, zusammengeschlossen in Gruppen und Organisationen, werden im Eigeninteresse gemeinwohlorientierte Aufgaben übernommen. So setzt sich beispielsweise *PRO ASYL* für den Schutz und die Rechte asylsuchender Menschen in Deutschland und Europa ein, der *Förderverein Schwimmbad Bad Wilhelmshöhe e. V.* kämpfte viele Jahre um die Erhaltung eines Freibads und der Verein *Die Kopiloten e. V.* engagiert sich auf kommunaler Ebene im Bereich Bildung gegen Menschenfeindlichkeit. Auf unterschiedlichen Ebenen agieren diese Organisationen auf der Input-Seite des politischen Systems, als Agenda-Setter, Mitgestalter von politischen Entscheidungsprozessen und durch Bildungsinterventionen. Einige zivilgesellschaftliche Organisationen fungieren – nicht zuletzt aufgrund ihrer Erfahrungen – öffentlich gefördert

auf der Output-Seite des politischen Systems (vgl. Zimmer 2017, S. 5). Unter den Stichwörtern Demokratieförderung und Extremismusprävention unterstützt beispielsweise das Bundesprogramm *Demokratie leben!* Initiativen, Vereine und engagierte Bürger*innen bei ihrem Einsatz für ein „vielfältiges, gewaltfreies und demokratisches Miteinander“ (www.demokratie-leben.de/bundesprogramm/ueber-demokratie-leben.html).¹ Mit dem Ziel, „verstärkt Präventionsmaßnahmen durchzuführen, um junge Menschen nicht in den Extremismus abdriften zu lassen“, werden durch das hessische Landesprogramm bewährte Maßnahmen zur Prävention und Intervention gegen Extremismus gefördert (www.hessen.de/pressearchiv/pressemitteilung/neues-landesprogramm-hessen-aktiv-fuer-demokratie-und-gegen-extremismus-0).

Grundsätzliche Bedingung für die Förderung ist, dass die geförderten Maßnahmen den Zielen des Grundgesetzes (GG) dienlich sind. Schließlich ist die normative Grundlage für ein Engagement gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit und für ein demokratisches Miteinander das



Diskussion über die Definition von Hate Speech bei einem Fachtag für 200 Multiplikator*innen im November 2017

Foto: Die Kopiloten e. V.

GG (beispielsweise Art. 1, 3 und 5 GG). Die Vergabe der Fördermittel an zivilgesellschaftliche Träger beurteilen Expert*innen aus Fachministerien von Bund und Ländern oder von fachkompetenten Trägern, die mit der Koordination der Programme beauftragt wurden. Zusätzlich prüfen und prüfen Verfassungsschutzbehörden die Träger im Hinblick auf das Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung (fdGO) und nehmen so ebenfalls Einfluss

¹ Zugriff auf diesen und alle weiteren in diesem Beitrag genannten Links: 17.07.2018

auf die Vergabe von öffentlichen Mitteln (s. u.). Probleme, die aus dieser Praxis resultieren, kennzeichnen ein schwieriges Verhältnis von Zivilgesellschaft und Staat.

Vom konkreten Fall zum neuen Verfassungsschutzgesetz in Hessen

Im Februar 2017 stand *Violence Prevention Network e. V.* (VPN) im Fokus medialer und politischer Aufmerksamkeit. Der Verein ist im Bereich Präventions- und Deradikalisierungsarbeit gegen religiösen Extremismus tätig und wird u. a. aus Mitteln des hessischen Landesprogramms gefördert. Die Vorwürfe, zwei Mitarbeitende seien in der salafistischen Szene aktiv, ließ das *Hessische Landesamt für Verfassungsschutz* (LfV) tätig werden. Über diesen Vorgang wurde in regionalen und überregionalen Medien berichtet (vgl. z. B. die Frankfurter Rundschau vom 15.07.2017: www.fr.de/rhein-main/extremisten-in-hessen-verdacht-erhaertet-sich-nicht-a-1313974). Die Vorwürfe erwiesen sich als haltlos (vgl. die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.02.2017: www.faz.net/aktuell/rhein-main/mitarbeiter-von-beratungsstelle-gegen-salafismus-entlastet-14935915.html). Dennoch wurden die Mitarbeitenden auf Geheiß des *Hessischen Ministeriums des Inneren und für Sport* (HMIS) vorübergehend suspendiert und eine Sicherheitsüberprüfung durch das LfV angeordnet. Dies war aufgrund der Nebenbestimmungen zum Zuwendungsbescheid vom HMIS möglich. Zwar können Mitarbeitende eine Überprüfung ablehnen, eine Weiterbeschäftigung oder Finanzierung kann dann jedoch ausgeschlossen werden. Das galt für alle Träger im besagten Programm.

Begründete Einzelfälle: Sicherheitsüberprüfung zivilgesellschaftlicher Träger

Für die Sicherheitsüberprüfung durch das LfV gibt es einen rechtlichen Rahmen. Im *Hessischen Sicherheitsüberprüfungsgesetz* (HSÜG) ist festgelegt, wer sicherheitsüberprüft wird. Mitarbeitende freier Träger im Bereich Demokratieförderung werden dort nicht erwähnt (§ 1; § 3 HSÜG). Wieso dennoch alle Träger, bzw. deren Mitarbeitende der Prozedur der Sicherheitsüberprüfung unterzogen werden sollten, ist seit dem Bekanntwerden des Falls um das VPN kritisch hinterfragt worden (vgl. Bundesverband Mobile Beratung 2018). In der Neufassung des *Hessischen Verfassungsschutzgesetzes* (HVSG) wurde festgelegt, dass die Sicherheitsüberprüfung nur bei neu geförderten Trägern durchzuführen ist. In *begründeten Einzelfällen* ist eine Sicherheitsüberprüfung bei allen Trägern weiterhin möglich. Es ist nicht definiert, was ein begründeter Einzelfall ist →

**Ausschnitt (§1 und §3) des Hessischen
Sicherheitsüberprüfungsgesetzes (HSÜG)
vom 19. Dezember 2014**

Erster Teil

Allgemeine Vorschriften

§ 1

Zweck und Anwendungsbereich des Gesetzes

(1) Dieses Gesetz regelt die Voraussetzungen und das Verfahren zur Überprüfung von Personen, die in einer Behörde oder sonstigen öffentlichen Stellen des Landes, einer Gemeinde, eines Landkreises sowie einer sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden juristischen Person des öffentlichen Rechts (öffentliche Stelle), einer politischen Partei nach Art. 21 des Grundgesetzes oder einer nicht öffentlichen Stelle sicherheitsempfindliche Tätigkeiten nach Abs. 2 ausüben sollen (Sicherheitsüberprüfung) oder bereits ausüben (Wiederholungsüberprüfung). Das Gesetz findet auch Anwendung auf Personen, die in einer nicht öffentlichen Stelle tätig sind und von einer öffentlichen Stelle zu einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit ermächtigt werden. Zweck der Überprüfung ist es, den Zugang zu einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit auf Personen zu beschränken, bei denen kein Sicherheitsrisiko vorliegt.

(2) Eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit übt aus, wer

- Zugang zu Verschlusssachen hat oder ihn sich verschaffen kann, die als STRENG GEHEIM, GEHEIM oder VS-VERTRAULICH eingestuft sind,
- Zugang zu Verschlusssachen über- oder zwischenstaatlicher Einrichtungen und Stellen hat oder ihn sich verschaffen kann, wenn die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet ist, nur sicherheitsüberprüfte Personen hierzu zuzulassen,
- in einer Behörde oder einer sonstigen öffentlichen Stelle oder in einem Teil von ihr tätig ist, die aufgrund des Umfangs und der Bedeutung dort anfallender Verschlusssachen von der jeweils zuständigen obersten Landesbehörde im Einvernehmen mit dem für Grundsatzfragen der allgemeinen Verwaltungs- und Behördenorganisation

zuständigen Ministerium zum Sicherheitsbereich erklärt worden ist,

- an einer sicherheitsempfindlichen Stelle innerhalb einer lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtung beschäftigt ist oder werden soll (vorbeugender personeller Sabotageschutz).

(...)

§3

Zu überprüfende Personen, einbezogene Personen

(1) Eine Person, der eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit übertragen werden soll (betroffene Person), ist vorher einer Sicherheitsüberprüfung zu unterziehen. Eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit darf erst nach Vollendung des 16. Lebensjahres übertragen werden. Auf eine Sicherheitsüberprüfung nach diesem Gesetz kann verzichtet werden, wenn für die betroffene Person vor weniger als fünf Jahren eine Sicherheitsüberprüfung gleicher oder höherer Art durchgeführt worden ist.

(2) Die zuständige Stelle kann in Ausnahmefällen abweichend von Abs. 1 Satz 1 die sicherheitsempfindliche Tätigkeit der betroffenen Person vor Abschluss der Sicherheitsüberprüfung erlauben, wenn die mitwirkende Behörde

- bei der einfachen Sicherheitsüberprüfung nach § 7 (Ü1) die Angaben in der Sicherheitserklärung unter Berücksichtigung der eigenen Erkenntnisse bewertet hat oder
- bei der erweiterten Sicherheitsüberprüfung nach § 8 (Ü2) und bei der erweiterten Sicherheitsüberprüfung mit Sicherheitsermittlungen nach § 9 (Ü3) die Maßnahmen der nächstniedrigeren Art der Sicherheitsüberprüfung abgeschlossen hat

und sich daraus keine tatsächlichen Anhaltspunkte für ein Sicherheitsrisiko ergeben haben.

(3) In die Sicherheitsüberprüfung nach den §§ 8 und 9 (Ü2 und 3) sollen einbezogen werden:

- die volljährige Ehegattin oder der volljährige Ehegatte der betroffenen Person oder

- die volljährige Lebenspartnerin oder der volljährige Lebenspartner der betroffenen Person und
- die volljährige Person, mit der die betroffene Person in einer auf Dauer angelegten eheähnlichen oder gleichgeschlechtlichen Gemeinschaft lebt (Lebensgemeinschaft).

Über Ausnahmen entscheidet die zuständige Stelle. Geht die betroffene Person die Ehe während oder erst nach erfolgter Sicherheitsüberprüfung ein oder begründet sie in diesem Zeitraum eine Lebenspartnerschaft oder Lebensgemeinschaft, so hat sie die zuständige Stelle hiervon zu unterrichten. Das Gleiche gilt bei später eintretender Volljährigkeit der in Satz 1 genannten Person. In den in Satz 3 und 4 genannten Fällen ist die Einbeziehung der Person in die Sicherheitsüberprüfung nachzuholen.

(4) Dieses Gesetz gilt nicht für

- die Mitglieder des Hessischen Landtages, der Hessischen Landesregierung und des Staatsgerichtshofes,
- die Hessische Datenschutzbeauftragte oder den Hessischen Datenschutzbeauftragten,
- Richterinnen und Richter, soweit sie Aufgaben der Rechtsprechung wahrnehmen,
- ausländische Staatsangehörige, die in der Bundesrepublik Deutschland im Interesse über oder zwischenstaatlicher Einrichtungen und Stellen eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit nach § 1 Abs. 2 Nr. 2 ausüben sollen.

(...)

Quelle: Nr. 25 – Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen – 30. Dezember 2014

und welche Kriterien zur Sicherheitsüberprüfung erfüllt sein müssen (§ 20 HVSG). Diese Unschärfe führt zu Rechtsunsicherheit und beeinträchtigt die Arbeit der Träger. Daraus resultieren bspw. unabschätzbare arbeitsrechtliche

Politische Bildung, die kontrovers ist, nicht indoktriniert und an den Anliegen und Interessen ihrer Zielgruppe anknüpft – auch mit dem Ziel Demokratie weiterentwickeln zu wollen – muss in einer pluralen, offenen Gesellschaft einen weiter gefassten Blick auf gesellschaftliche Phänomene erlauben.

Folgen wie die Implementierung von Sicherheitsüberprüfungen in Arbeitsverträge oder die Kündigung auf Geheiß des HMIS.

Projekte, die mit öffentlichen Mitteln gefördert werden und im Schwerpunkt Demokratieförderung agieren, werden z. B. als linksextremistisch diffamiert. In mehreren Bun-

desländern stellte die Partei *Alternative für Deutschland* (AfD) Projekte gegen Rechtsextremismus unter Verdacht und fordert eine Überprüfung der Vergabe von Landesmitteln, wie beispielsweise in Sachsen-Anhalt (vgl. Landtag Sachsen-Anhalt 2017). In hessischen Kommunalparlamenten kam es bereits zu ähnlichen parlamentarischen Anträgen der AfD, bezogen auf Organisationen wie den *Kasseler Jugendring e. V.* oder die *DGB-Jugend* (vgl. Stadtverordnetenversammlung Kassel 2017). Sollte es, was im Falle eines Einzugs der AfD in den hessischen Landtag zu erwarten ist, zu ähnlichen Anträgen kommen, herrscht bei den Trägern Unsicherheit darüber, ob solche Anträge „begründete Einzelfälle“ sein können.

Probleme der sicherheitspolitischen Perspektive auf Demokratieförderung

Problematisch ist die sicherheitspolitische Beurteilung der Eignung von Trägern außerdem in Bezug auf folgende drei Aspekte: Verhältnis zur *freiheitlich demokratischen Grundordnung* (fdGO), Unschärfe des Extremismusbegriffs und die unterschiedlichen Perspektiven pädagogischen und sicherheitspolitischen Handelns.

Die fdGO ist eng mit dem Extremismusbegriff verknüpft (vgl. u.a. Grumke/van Hüllen 2016, S. 27), der in der Politikwissenschaft nicht unumstritten ist (vgl. Neugebauer 2010; Backes/Jesse 2005). Die Basis des Handelns der Verfassungsschutzbehörden ist eine (aus wissenschaft-→

licher Perspektive) zu kurz gefasste Definition. Diese sieht eine demokratische Mitte der Gesellschaft vor, flankiert von Extremismus rechts und links. Extremistische Bestrebungen aus der „Mitte der Gesellschaft“ oder religiöser Extremismus sind in diesem Modell nicht bedacht (vgl. Grumke/van Hüllen 2016, S. 28). Die Auslegung des Extremismusbegriffs ist in dieser Form nicht geeignet, politische Bildung nach gültigen Qualitätskriterien zu realisieren: Politische Bildung, die kontrovers ist, nicht indoktriniert und an den Anliegen und Interessen ihrer Zielgruppe an-



Ergebnis eines Workshops gegen Hass für demokratische Debattenkultur im Netz Foto: Die Kopiloten e. V.

knüpft – auch mit dem Ziel Demokratie weiterentwickeln zu wollen – muss in einer pluralen, offenen Gesellschaft einen weiter gefassten Blick auf gesellschaftliche Phänomene erlauben (vgl. Widmaier 2017).

Die Ziele zivilgesellschaftlicher Träger unterscheiden sich von denen staatlicher Sicherheitsbehörden: Konfliktpädagogische und gesellschaftskritische Ansätze auf der einen Seite und affirmative, staatsbejahende, an der fdGO orientierte „Werteerziehung und Institutionenkunde“ auf der anderen, wie sie keine modernen didaktischen Konzepte mehr vorsehen (ebd., S. 6). Zugespitzt lässt sich feststellen: Verfassungsschutzbehörden und Träger aus der Zivilgesellschaft haben unterschiedliche Vorstellungen, wie Demokratieförderung für und in einer demokratischen Gesellschaft aussehen muss. Hier treffen sicherheitspolitische Handlungslogiken auf pädagogische, mit unterschiedlichen Funktionslogiken und Methoden: Während der sicherheitspolitische Ansatz auf Gefahrenabwehr abzielt und Erfolg durch Ausbleiben von Straftaten gemessen wird, beinhaltet ein pädagogischer Ansatz von Demokratieförderung bspw. die Sensibilisierung von Individuen für die Problematik von Ungleichheitsideologien und das

Aufzeigen von Engagementmöglichkeiten für ein demokratisches Miteinander. Die Akzeptanz der jeweils unterschiedlichen Perspektiven ist für eine gelingende Zusammenarbeit zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Trägern unerlässlich. Pauschalisierende Vorverurteilungen als potenzielle Extremist*innen aus rein sicherheitsorientierter Perspektive, nach dem Motto „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“, sind dabei nicht förderlich.

Zivilgesellschaft und Staat im Spiegel gesellschaftlicher Verhältnisse

Das nun im *Hessischen Verfassungsschutzgesetz* (HVSG) von der schwarz-grünen Landesregierung manifestierte Vorgehen, welches Träger unter eine Art Generalverdacht stellt, kann als Ausdruck sich verändernder gesellschaftlicher und politischer Kräfteverhältnisse interpretiert werden. In einer sich polarisierenden Gesellschaft mit einer erstarkenden neuen Rechten ist es umso notwendiger für demokratische Werte zu streiten, statt dem Ruf nach einem autoritären Staat und vermeintlich einfachen Lösungen, wie der Sicherheitsüberprüfung von Demokratieprojekten durch das LfV, Folge zu leisten. Gerade diejenigen, die sich professionell für Demokratie einsetzen, geraten unter Verdacht, gegen diese zu arbeiten. Der Staat unterstützt hier Zivilgesellschaft, schafft aber gleichzeitig eine Situation, in der Diffamierungen und Vorwürfen Vorschub geleistet werden kann. Die Förderung von landesweiten Beratungsnetzwerken und Koordinierungsstellen durch das BMFSFJ mit den Ländern, die vor Ort vorhandene Beratungs- und Unterstützungsangebote verknüpfen und die Kompetenzen der Fachkräfte in ihrer Arbeit bündeln, ist ein guter Ansatz. Ob bei fachkompetenten Trägern oder in Landesministerien angesiedelt, zivilgesellschaftliche und staatliche Träger werden hier gut unterstützt und beraten. Die Verantwortlichkeit für Demokratieprojekte in Innenministerien anzusiedeln (Hessen und Schleswig-Holstein) wird aufgrund der Vorkommnisse scharf kritisiert, denn „Menschen und Einrichtungen, die sich für demokratische Grundüberzeugungen einsetzen – in Opferberatungseinrichtungen, Präventionsprojekten und politischer Bildungsarbeit –, sind kein Sicherheitsrisiko. Es ist vielmehr ein Risiko für eine lebendige und kritikfähige Demokratie, sie einem derartigen Generalverdacht auszusetzen.“ (Forum kritische politische Bildung et al. 2017).

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 3/2018

Zur Autorin / zum Autor



Maria Grüning ist seit 2013 Geschäftskordinatorin bei Die Kopiloten e. V. – gemeinsam.politisch.bilden. Sie arbeitet außerdem als Projektmitarbeiterin im Projekt #hatebreach – Hass im Netz begegnen. Sie ist Lehrbeauftragte im Fachgebiet Didaktik der Politischen Bildung der Universität Kassel.

gruening@diekopiloten.de



Philipp Meyer ist seit 2017 Projektmitarbeitender im Projekt #hatebreach – Hass im Netz begegnen bei Die Kopiloten e. V. – gemeinsam.politisch.bilden. Er ist außerdem Lehrbeauftragter im Fachgebiet Didaktik der Politischen Bildung der Universität Kassel und Honorarlehrer.

meyer@diekopiloten.de

Die in diesem Beitrag verwandte geschlechtersensible, inklusive Schreibweise weicht auf Wunsch der Autorin und des Autors von den in dieser Zeitschrift üblichen Regeln ab.

Literatur

Backes, Uwe / Jesse, Eckhard (Hrsg.) (2005): Vergleichende Extremismusforschung. Baden-Baden: Nomos

Bundesverband Mobile Beratung (2018): Juristisches Gutachten belegt: Überprüfung von Demokratieprojekten ist verfassungsrechtlich bedenklich und nicht verhältnismäßig; www.bundesverband-mobile-beratung.de/2018/06/14/juristisches-gutachten-belegt%e2%80%a8-ueberpruefung-von-demokratieprojekten-ist-%e2%80%a8-verfassungsrechtlich-bedenklich-und-nicht-verhaeltnismaessig

Butterwegge, Christoph / Hentges, Gudrun / Lösch, Bettina (2018): Auf dem Weg in eine andere Republik? Neoliberalismus, Standortnationalismus und Rechtspopulismus. Weinheim: Beltz Juventa

Decker, Oliver / Kiess, Johannes / Brähler, Elmar (2016): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Gießen: Psychosozial-Verlag

Forum kritische politische Bildung et al. (2017): Appell an den hessischen Landtag: Entziehen Sie dem Innenministerium die Zuständigkeit für die Förderung von Demokratieprojekten!; <http://akg-online.org/aktuelles/appell-verfassungsschutzgesetz-hessen-ablehnen>

Grumke, Thomas / Hüllen, Rudolf van (2016): Der Verfassungsschutz. Grundlagen. Gegenwart. Zukunft? Berlin: Budrich Verlag

Krüger, Thomas (2018): Die Zukunft der politischen Bildung in einer repolitisierten Gesellschaft. In: Butterwegge, Christoph / Hentges, Gudrun / Lösch, Bettina (2018): Auf dem Weg in eine andere Republik? Neoliberalismus, Standortnationalismus und Rechtspopulismus. Weinheim: Beltz Juventa, S. 157–164

Landtag von Sachsen-Anhalt (2017): Drucksache 7/2247 vom 20.12.2017: Große Anfrage: Fördermittelvergabe an den Verein „Miteinander e. V.“ und angeschlossene Projekte im Rahmen der sogenannten „Demokratieförderung“ des Landes Sachsen-Anhalt; www.landtag.sachsen-anhalt.de/fileadmin/files/drs/wp7/drs/d2247aga.pdf

Neugebauer, Gero (2010): Der Fächer des Bösen. Was wir mit Extremismus alles zu meinen meinen. Eine kurze Befassung mit Begriffen und Thesen. In: Heinrich Böll Stiftung Sachsen et al. (Hrsg.): Gibt es Extremismus? Dresden: Heinrich Böll Stiftung Sachsen, S. 13–18

Stadtverordnetenversammlung Kassel (2017): Protokoll Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen vom 29.11.2017; www.svc1.stadt-kassel.de/sdnet4/sdnetrim/UGhVM0hpd2NXNFdFcExjZW_KUAVgOpWLSksv4pxeyNVGb_N-UAbGOkAnbYfejGKz/Beschlusstext_101.18.601_4._Aenderungsantrag_-oeffentlich-_Ausschuss_fuer_Finzen-_Wirtschaft_und_Grundsatzfragen_29.11.2017.pdf

Widmaier, Benedikt (2017): Sollte die fdGO-Formel Kern eines Demokratieförderungsgesetzes sein? In: Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland. Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, 10/2017; www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2017/05/newsletter-10-widmaier.pdf

Zimmer, Annette (2017): Zivilgesellschaft und Demokratie. Die Zivilgesellschaft als Spiegelbild gesellschaftlicher und politischer Leitbilder. In: Außerschulische Bildung. Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Zivilgesellschaft und politische Bildung, Ausgabe 4/2017, S. 4–11

STEPS – Survival Toolkit for EDC in Post-factual Societies

Herausforderungen für die politische Jugendbildung in Europa

Was bedeuten der rechtspopulistische Ruck und das Aufkommen autoritärer Regierungen für die politische Jugendbildung in Europa? – Dies war eine der zentralen Fragen des einhalbjährigen Projekts, das der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten im Verbund mit 16 internationalen Partnern zu Fragen von politischer Jugendbildung in Europa zwischen Präventionsarbeit und Rechtspopulismus durchgeführt hat. von Georg Pirker

Über Populismus und antidemokratische, autoritäre Regierungen und Bewegungen braucht man selbst – so könnte man denken – eigentlich nicht mehr viel Worte zu verlieren: Die Medien sind voll mit Berichten, die Forschung und auch die Politik beschäftigen sich damit. Deutlich werden Verwerfungen, Risse, unvereinbare Einstellungen, pathologische Ablehnung von „denen da oben/drüben/draußen/drinnen“. Was gibt es da also noch groß zu erörtern?

Im Kontext der Zusammenarbeit im DARE-Netzwerk (Democracy and Human Rights Education in Europe, www.dare-network.eu) sind bereits seit 2008 vielfach Stimmen zu hören, die über massiven politischen Druck und einen fundamentalen Einstellungswandel immer größerer Teile der Bevölkerung gegenüber der Demokratie sprechen. Auf einer internationalen Sommerschule in der *Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein* wurden bei DARE 2009 erstmals die Themen Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und das Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit ausführlich aufgegriffen – damals noch in Abwesenheit einer rechtspopulistischen Partei in Deutschland.

Im Rahmen eines Hearings im Europaparlament, ebenfalls im Jahr 2009, zu welchem die damalige Europaabge-

ordnete *Doris Pack* DARE eingeladen hatte, wurde die Forderung gestellt, Menschenrechte in der EU einem stärkeren Monitoring zu unterziehen und v. a. das Commitment der EU für politische Bildung und Menschenrechtsbildung im Rahmen der EU-Programme deutlich auszugestalten. Die Vertreter/-innen von DARE stießen auf Anerkennung, pragmatisches Wohlwollen – und sehr großes Unverständnis. Auch heute ist noch die sinngemäße Anmerkung mehrerer Parlamentarier präsent: „Wir sind hier in der EU – hier zählen Menschenrechte!“

Zehn Jahre später steht Europa am Scheideweg. In Bezug auf Demokratie und Menschenrechte ziehen sich Gräben durch alle Gesellschaften: komplexe innergesellschaftliche Verwerfungen, aus denen heraus der Populismus seine Kraft gewinnt, aber auch Gräben zwischen Regierungen, die sich alle auf die Fahne schreiben, als Verteidiger Europas zu handeln.

Bedeutungserweiterung von Jugendarbeit in Europa

In der EU markieren die *Charlie Hebdo*-Anschläge und die Attacken von Kopenhagen 2014/15 eine Trendwende.

Mit der *Pariser Erklärung*¹ leiteten die europäischen Bildungsminister eine Schubumkehr hauptsächlich der europäischen Bildungs-, aber auch der Jugendpolitik ein, die zu einer Erweiterung der Programmziele von *Erasmus+* (aber auch weiterer Bereiche) führten: Neben das Allgemeinziel beruflicher Verwertbarkeit und Beschäftigungsfähigkeit trat das konkrete Anliegen der Demokratiestärkung, der Grundrechte und der der Europäischen Union zugrundeliegenden Werte in den Vordergrund.

In weiterer Konsequenz erfolgte ein systematisches Ausleuchten des Feldes der Jugendarbeit, dem v. a. auf der Ebene der EU die Aufgaben der Radikalisierungsprävention mit auf den Weg gegeben wurde. Jugendbildungsarbeit erfährt damit auf der europäischen Ebene seit 2015/16 eine Bedeutungserweiterung. Sie soll junge Menschen grundlegend unterstützen, zur demokratischen Teilhabe befähigen, aber auch Resilienz gegenüber anti-demokratischer Vereinnahmung befördern.

Freilich muss man mitbedenken, dass sich zwischen 2008 und 2018 zentrale Koordinaten in der europäischen Politik verschoben haben. 2008 herrschte eine – trotz einiger Rückschläge – noch anhaltende optimistische Einstellung gegenüber dem Projekt Europa. 10 Jahre später ist vieles in Frage gestellt. Gründe sind z. B. die Finanzkrise, die Austeritätspolitik, hohe Jugendarbeitslosigkeit in Teilen Europas, Hoffnung und Enttäuschung des *Arabischen Frühlings*, Kriege außerhalb und innerhalb Europas, Flucht, Aufrüstung, vorschreitende Digitalisierung, Globalisierung und die Rückkehr multipolarer Machtpolitik, der Brexit als europäisches Fanal und fortschreitende soziale Ungleichheit ...

Das Jahr 2015 markiert – auch in Folge der anwachsenden Fluchtbewegungen – den Aufbruch populistischer, in der Mehrheit rechtspopulistischer bis rechtsextremer Bewegungen/Parteien und zudem eine Wende von (sozial) demokratischer und sozialkonservativer Politik hin zu national bis offen nationalistisch orientierter Politiken in vielen Ländern Europas, die nunmehr 2018 in Europa den Ton angeben.

STEPS – Bestandsaufnahme und Stärkung

Von diesen Entwicklungen wurde das Projekt *STEPS – Survival Toolkit for EDC in Postfactual Societies* geprägt. Das eineinhalbjährige Projekt hat der *Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten* mit Unterstützung des EU-Pro-

gramms *Erasmus+* durchgeführt. Es waren insgesamt 16 Partnerorganisationen aus 13 europäischen Ländern in das Vorhaben eingebunden.

Sah der Antrag noch vor zu fragen, wie sich Jugendbildung im Kontext von post-faktischer Demokratie gestaltet, waren die Akteure im Laufe der eineinhalb Jahre mit einer Kompletterschiebung der zugrundeliegenden gesellschaftspolitischen Koordinaten konfrontiert. Plötzlich sitzen die Rechtspopulisten in den Regierungen und bestimmen täglich die europäische Politik mit, entscheiden mit über die nationalen Radikalisierungspräventionsprogramme und verändern die Koordinaten politischer Jugendbildung bspw. unter dem Vorzeichen „patriotischer“ Erziehung. Selbst dort, wo sie nicht regieren, findet eine systematische Infragestellung sowie ein zunehmender Druck auf bzw. die Anfeindung von Trägern demokratischer Bildungsangebote statt. Aber nicht nur auf der politischen Ebene sind Veränderungen zu beobachten. Die Teilnehmenden im Projekt berichteten, dass in vielen Ländern demokratische Einstellungen nicht mehr die Grundlage des Miteinanders sind. Teilnehmende in der Bildungsarbeit haben oftmals rassistische und undemokratische Einstellungen, sind desillusioniert und/oder verfügen über wenig positive demokratische Alltagserfahrungen.



Teilnehmende des 4. STEPS-Workshops in Nafplio, Griechenland

Foto: AdB

Trotz aller Widrigkeiten: STEPS hat die Debatte gesucht! Es entstanden 14 subjektive Bestandsaufnahmen, in denen NGOs die jugendpolitischen Auswirkungen des Einzugs von Rechtspopulisten, der postfaktischen Stimmungsmache und der Radikalisierungen auf ihr Arbeitsfeld untersuchten – in Bezug auf die nationalen Jugendpolitiken und die Umsetzung europäischer Jugendpolitiken sowie auf die konkrete pädagogische Praxis der Träger. Was ist zu tun, →

¹ http://ec.europa.eu/dgs/education_culture/repository/education/news/2015/documents/citizenship-education-declaration_en.pdf
(Zugriff: 24.07.2018)

wenn Bildungsarbeit mit anti-demokratischen Einstellungen konfrontiert ist? Welche Konzepte und Programme stehen zur Verfügung und sind diese skalierbar?

Es ist faszinierend zu sehen, welches Spektrum an Konzepten und Herangehensweisen die Träger in ihren unter-

Das Projekt hat den Akteuren im DARE-Netzwerk (und darüber hinaus) geholfen, ihr Arbeitsfeld jugendpolitisch neu zu erschließen und sich im nationalen wie europäischen Kontext besser zu vernetzen.

schiedlichen Kontexten nutzen und entwickeln. Das zeigt: Es mangelt nicht an Ideen! Gerade im Bereich der Medienbildung im Umgang mit *Fake News*, *chain emails* und Desinformation hat die Szene außerschulischer Jugendbildung in Europa eindrücklich ihre Kompetenz unter Beweis gestellt, zielorientiert und vor allem rasch adäquate Bearbeitungskonzepte zu entwickeln.

Man muss sich die Frage stellen, ob die Vereinnahmung des Arbeitsfeldes für die Radikalisierungsprävention vor dem Hintergrund oft mangelhaft ausdifferenzierter und ausgestatteter Strukturen von Jugendarbeit, die in den meisten europäischen Ländern die politische Bildung nicht beinhaltet, nicht eine klare Überforderung ist. Hierfür bei den Trägern ein politisches Bewusstsein zu schaffen, welches das eigene Feld nicht als defizitär begreift, sondern als konzeptionell gut aufgestellt und in der Lage, komplexe und herausfordernde Bildungsarbeit zu leisten, ist im Kontext von STEPS gelungen.

Die Akteure im Projekt STEPS standen vor der Frage, ob politische Bildung mit der Befassung anti-demokratischer Einstellungen nicht vielleicht an den falschen Symptomen arbeitet, sind doch die Verunsicherungen, die oft in eine Ablehnung von Politik und Demokratie münden, oftmals durch gravierende Verschiebungen in unterschiedlichen Bereichen, wie z. B. Ökonomisierung, Digitalisierung und Globalisierung (um es mit wenigen plakativen Worten zu fassen), entstanden.

Wie man es dreht und wendet: Politische Bildung im Sinne einer *Education for Democratic Citizenship* und *Human Rights Education* muss in ihren Angeboten auf diese

Verschiebungen eingehen, sich im Diskurs und der Fachlichkeit fitmachen und muss sich als demokratiepolitischer Akteur politisch einmischen und positionieren.

Die Herausforderungen durch Rechtspopulismus, durch die Verachtung der Menschenrechte und der rechtsstaatlichen Standards scheinen gerade erst Fahrt aufzunehmen. Daher kann der Abschluss des Projekts nicht das Ende der Beschäftigung mit diesen Herausforderungen sein. Für die Arbeit des DARE-Netzwerks bot das Projekt aber die Gelegenheit eines umfassenden Analyseprozesses zum *State of the Art* non-formaler Bildungsarbeit im Bereich EDC/HRE. Dieser hat zugleich den fachlichen Dialog vertieft und DARE und seine Akteure in einen Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern europäischer Forschung und Jugendpolitik gebracht. Das Projekt hat den Akteuren im DARE-Netzwerk (und darüber hinaus) geholfen, ihr Arbeitsfeld jugendpolitisch neu zu erschließen und sich im nationalen wie europäischen Kontext besser zu vernetzen. Die vielfach benötigte Solidarität und Unterstützung kann nur durch Kooperation und ständige Zusammenarbeit aller Ebenen bewerkstelligt werden. Last but not least hat das Projekt STEPS gezeigt, dass ein auf mehrere Workshops angelegtes europäisches E+Mobilitätsprojekt, welches komplett auf die Kraft non-formaler Methodik setzt, in der Lage ist, Forschung und Praxis, Akteure der Jugendbildung, des non-formalen und formalen Lernens zu begeistern und zum Lernen zu inspirieren. ¹²

Als direkte Folge von STEPS ist DARE in der Projektlaufzeit um acht neue Mitgliedsorganisationen gewachsen. Ab Herbst 2018 starten der auf die STEPS-Erfahrungen aufbauende Projektzyklus „SemiFIT in HRE – Seminar for Intercultural Trainers in Human Rights Education“ sowie eine zweijährige Fokusgruppe zur Erprobung des „COE Reference Framework on Competences for Democratic Culture“, die der AdB im Verbund mit *Zentrum Polis* über das *NECE-Netzwerk* der bpb betreut.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 3/2018

Zum Autor



Georg Pirker, Historiker und Politologe (M. A.), arbeitet seit 2007 als Referent für internationale Bildungsarbeit im AdB. Ebenfalls seit 2007 koordiniert er das europäische Netzwerk DARE – Democracy and Human Rights Education in Europe.

pirker@adb.de

- 2 Projektergebnisse wie STEPS Toolkits und die Policy Recommendations sind seit August 2018 auf der DARE-webseite abrufbar: www.dare-network.eu

Jugendmarken 2018

Pilze: Echter Pfifferling, Echter Steinpilz, Maronen-Röhrling



Mit dem Zuschlagserlös der Briefmarkenserie „FÜR DIE JUGEND“ fördert die Stiftung Deutsche Jugendmarke seit 1965 Projekte und Bauvorhaben für Kinder und Jugendliche. Jugendmarken tragen so auf vielfältige Weise zu guten Perspektiven für junge Menschen bei.

Verlangen Sie am Postschalter ausdrücklich **Jugendmarken**

Die Jugendmarken 2018 sind vom 9. August bis zum 31. Oktober 2018 an allen Postschaltern und danach bis auf Weiteres bei der Deutschen Post AG, Niederlassung Philatelie in 92628 Weiden sowie unter www.jugendmarke.de erhältlich.

Danke an alle, die mit dem Erwerb der Jugendmarken Projekte der Kinder- und Jugendhilfe unterstützen!

Gestaltung Postwertzeichen: Sibylle Haase und Professor Fritz Haase, Bremen
Illustrationen Briefmarkenmotive: Albin Schmalfuß aus dem Buch „Führer für Pilzfreunde“ von Edmund Michael 1895, erschienen im Verlag Förster & Borries, Zwickau



Stiftung Deutsche Jugendmarke e. V., Rochusstraße 8-10, 53123 Bonn, www.jugendmarke.de

Die Bestellung erfolgt ausschließlich per Vorkasse.

Bankverbindung: Sparkasse KölnBonn • IBAN: DE49 3705 0198 1901 1170 83 • BIC: COLSDE33

BESTELLUNG

Lieferanschrift
Name
Anschrift
Telefon
E-Mail

PRODUKT	ANZAHL	PREIS
ERSTTAGSBRIEF 2018		
Ersttagsstempel: Bonn	<input type="text"/>	7,00 €
Ersttagsstempel: Berlin	<input type="text"/>	7,00 €
ERINNERUNGSKARTE 2018		
Ersttagsstempel: Bonn	<input type="text"/>	7,00 €
Ersttagsstempel: Berlin	<input type="text"/>	7,00 €
MARKENSATZ 2018	<input type="text"/>	4,25 €
ZEHNERBÖGEN 2018		
Echter Pfifferling	<input type="text"/>	10,00 €
Echter Steinpilz	<input type="text"/>	12,50 €
Maronen-Röhrling	<input type="text"/>	20,00 €

VERSANDKOSTEN: Deutschland Brief 1,50 €

Gutes tun Mit Briefmarken helfen



STIFTUNG DEUTSCHE JUGENDMARKE e.V.

Fördern – Kooperieren – Gestalten

Interview mit Wilfried Klein, Leiter des Fachbereichs Förderung der Bundeszentrale für politische Bildung / bpb

Außerschulische Bildung:

Auch wenn Sie nun schon einige Monate in Ihrem neuen Amt sind: Herzlichen Glückwunsch zu Ihrer neuen Position!

Wilfried Klein:

Danke. Gute Wünsche kann man immer gebrauchen; daher nehme ich die auch jetzt noch gerne an.

Die Träger politischer Jugend- und Erwachsenenbildung haben sich sehr über die Bekanntgabe Ihrer Berufung gefreut, denn Sie sind bei den AdB-Mitgliedseinrichtungen und natürlich darüber hinaus kein Unbekannter. Ihr langjähriges Engagement in der politischen Bildung ist eine hervorragende Basis für Ihre jetzige Tätigkeit. Was liegt Ihnen für die Gestaltung Ihres Arbeitsbereiches besonders am Herzen?

Die Bedeutung der politischen Bildung war immer erheblich; in den letzten Jahren hat sie darüber hinaus an Wertschätzung gewonnen, die sich auch in Finanzmitteln ausdrückt. Die politische Bildung, so wie wir sie verstehen, lebt konstitutiv von der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit freien Trägern der politischen Bildung. Die uns zur Verfügung gestellten Finanzmittel fließen in einem möglichst unaufwändigen Verfahren in die konkrete Bildungsarbeit. Zuwendungsrecht und Förder-Richtlinien geben dabei die zu beachtende Leitplanken vor; sie grenzen ein, ja. Aber sie weisen auch den Weg zum Ziel: gute politische Bildung.

Der Runde Tisch Trägerförderung ist ein wichtiges Instrument für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit der Träger mit der bpb. Welche Bedeutung messen Sie diesem Instrument bei?

Die bpb hat in ihrem Leitbild den Kooperationsgedanken stark hervorgehoben. Die freien Träger der politischen

Bildung werden als einzige neben den Landeszentralen als „ständige Kooperationspartner“ ausdrücklich erwähnt. Der Runde Tisch ist Ausdruck dieses Selbstverständnisses. Die Vereinbarungen am Runden Tisch erlangen Geltung für die gesamte Richtlinienförderung. Damit wird deutlich – es geht nicht nur um losen Austausch, sondern auch um verbindliche Planung. Die auf Konsens ausgerichtete Vereinbarung der Schwerpunktthemen der Trägerförderung erfolgt auf Augenhöhe, die Vorschläge der Träger werden ernstgenommen und fließen in die gemeinsame Entscheidungsfindung ein. Kurzum – dem Runden Tisch messen wir eine erhebliche Bedeutung bei.

Welches Engagement, welche Initiative wünschen Sie sich von den Trägern?

Die Trägerlandschaft ist zunächst mal in all ihrem Tun autonom. Reizvoll fände ich aber, wenn die Trägerlandschaft das Mitwirken am Runden Tisch noch aktiver gestalten würde. Das sollte sich nicht in Wünschen für die Tagesordnung erschöpfen, sondern Ausdruck finden in der lebendigen Ausgestaltung der Treffen. Der Informationsaustausch ist eine wichtige Funktion; aber dafür alleine muss man sich ja nicht treffen. Dafür gibt es andere Möglichkeiten. Angesichts der Vielzahl der in der Landschaft diskutierten Herausforderungen sollte der Runde Tisch daher mehr als Chance verstanden werden, darüber auch vor dem Hintergrund der Förderarbeit zu diskutieren und zu versuchen, gemeinsame Positionen zu entwickeln.

Darüber hinaus würde ich es begrüßen, wenn die anerkannten Träger noch stärker daran mitwirken, dass die Landschaft der geförderten Träger die wachsende Vielfalt in unserem Land abbildet, sei es in Form von Kooperationen oder durch Unterstützung von neuen Trägern auf ihrem Weg. Das Thema (Neu-)Anerkennung von Trägern wird mit Blick auf limitierte Ressourcen nicht ganz konfliktfrei in der Trägerlandschaft diskutiert; aber ich werbe dafür, hier mehr die Chancen als die Risiken zu sehen.

Schließlich möchte ich die Träger ermuntern, ihre Rolle als Akteure in strukturschwachen Räumen noch offensiver zu gestalten. Die Bildungseinrichtungen sind gerade dort zentrale Andockpunkte für gesellschaftliche Diskurse und können sie so mitgestalten. Die geförderten Bildungsträger können hier als Experten einen ganz wichtigen Beitrag zur Hebung und Stärkung vorhandener Potenziale leisten.

Wir beobachten eine starke Veränderung der Landschaft politischer Bildung. Viele neue Akteure, Initiativen und Vereine engagieren sich im Bereich der politischen Bildung. Das ist erfreulich, birgt aber auch eine Gefahr, wenn es keinen Konsens mehr darüber gibt, welchen Standards und Prinzipien politische Bildung folgen sollte. Wie reagieren die Bundeszentrale und insbesondere Ihr Fachbereich auf diese Entwicklungen?

Schwerpunkt der Arbeit im Fachbereich ist die Förderung anerkannter Träger der politischen Bildung. Wir beobachten mit Freude, dass das Logo „bpb: Anerkannter Bildungsträger“ ein begehrtes Zertifikat ist. Es kann aber erst nach einem festgelegten Verfahren erworben werden, das an bestimmte Voraussetzungen geknüpft ist, von denen die Qualität der politischen Bildungsarbeit nicht die



Foto: Ulf Dahl

unwichtigste ist. Das ist eine unserer Antworten auf die Frage: Dass wir also die Basis – die Träger als Experten der politischen Bildung – stärken und durch das Prädikat „anerkannter Träger“ profilieren. Auf der anderen Seite muss aber auch der Austausch zwischen den anerkannten Bildungsträgern und der bunten neuen Landschaft der nicht anerkannten Träger lebendig gestaltet werden. Da helfen Abgrenzungsdebatten dann aber nicht weiter. Im Gegen-

teil sind wir sehr bemüht, den Wissenstransfer zwischen den Bereichen, in denen die unterschiedlichen Akteure unterwegs sind, zu verbessern. Im Übrigen formulieren wir an die von uns geförderten Modellprojekte hohe Anforderungen, gerade im Hinblick auf die Standards und Prinzipien der politischen Bildung.

Klar ist dabei aber auch – die politische Bildung hat Teilhabe und Haltung im Blick. Sie macht demokratische Grundwerte und menschenrechtliche Normen verständlich und zielt auf eine zivile demokratische Grundhaltung. Sie geht damit weit über die Zielsetzung von Projekten der Extremismusprävention hinaus. Das wollen wir deutlich machen.

Eine weitere Veränderung betrifft die politische Bildung selbst. Die Formate, Methoden und Konzepte entwickeln sich – nicht zuletzt bedingt durch die Digitalisierung – weiter: Politische Bildung findet nicht in jedem Fall mehr in einer festen Gruppe an einem festen Ort statt. Wie kann die bpb mit ihren Förderinstrumenten auf diese Veränderungen reagieren?

Förderinstrumente sind zum einen juristisch begründet; sie sind aber auch immer Kinder ihrer Zeit. Und wenn sich Rahmenbedingungen ändern, können sich auch die Instrumente ändern. Zunächst muss man aber schauen, ob die Instrumente nicht doch mehr ermöglichen als man ihnen zunächst „zutraut“. Es ist ja im Übrigen nicht nur die Digitalisierung, die die Arbeit der politischen Bildung fundamental erfasst und möglicherweise verändern wird. Mit den „Sondermittel-Töpfchen“ stellen wir Zusatzmittel für anerkannte Träger bereit, um zu Innovationen zu ermutigen. Neben der „Richtlinien-Förderung“ steht darüber hinaus die „Modellförderung“ zur Verfügung, mit der neue Formate ausprobiert, neue Räume erschlossen und neue Lernende angesprochen werden können.

Wenn wir in die Zukunft schauen: Die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen werden sich weiter verändern – nicht unbedingt nur zum Besseren. Wo liegen für Sie die größten gesellschaftlichen Herausforderungen, auf die die politische Bildung reagieren kann und muss?

Viele Untersuchungen der letzten Zeit zeigen, dass viele Menschen deshalb mit Ängsten und Ablehnungen auf Veränderungen reagieren, weil sie sich zurückgelassen fühlen oder sie sich mit Entwicklungen konfrontiert sehen, die →

sie vermeintlich nicht beeinflussen können. Das Gefühl der Ohnmacht und Angst schlägt dann oft in Wut um. Es ist wichtig, dass gerade die politische Bildung über das Zustandekommen von Entwicklungen und Veränderungen mit Menschen ins Gespräch kommt. Dabei müssen unterschiedliche Sichtweisen und auch Entscheidungsmöglichkeiten aufgezeigt werden, um Zuversicht in die Sinnhaftigkeit des eigenen Handelns zu gewinnen. Warum werden Entscheidungen so und nicht anders getroffen? Weil es die Sache erforderlich macht oder weil bestimmte Interessen dahinter stehen? Wie stehen diese Interessen zueinander? Was hat Macht mit der Durchsetzung der Interessen zu tun? Wie kann ich Einfluss nehmen, wie kann ich teilhaben?

Das muss zum Teil sehr niederschwellig angegangen werden, aber es muss angegangen werden. Die politische Bildung sollte – basierend auf einer klaren, durch das Grundgesetz definierten Werte-Haltung – Gespräche gerade dort organisieren, wo die Gespräche über das Zusammenleben nicht (mehr) zustande kommen. Sozialraum- oder Quartiersorientierung sind hier als Stichworte ebenso zu nennen wie aufsuchende Bildungsarbeit.

Hilfe beim Einordnen der gesellschaftlichen Entwicklungen, Mitarbeit beim Brückenbauen, Ermutigung und Befähigung zur Teilhabe – die Expertise der Träger der politischen Bildung ist gefragt.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 3/2018

Zum Interviewpartner



Wilfried Klein, Jahrgang 1964, aufgewachsen in Bonn, Lehramtsstudium in Marburg und Köln, 2. Staatsexamen für Geschichte und Sozialwissenschaften im Studienseminar Siegburg, seit 1993 hauptamtliche Tätigkeit in der politischen Bildung, Leitung eines anerkannten Trägers, Geschäftsführung eines Dachverbandes, 2013–2017 Arbeit im Grundsatzreferat bei der Landeszentrale für politische Bildung NRW, seit 1. Januar 2018 Leitung des Fachbereiches Förderung der bpb.

wilfried.klein@bpb.de



Planspiele in der Friedensarbeit

Zivilgesellschaftliche Akteure in der Friedensarbeit brauchen einen strategischen Ansatz und Kompetenzen im Umgang mit Unsicherheiten

Um die Arbeit zivilgesellschaftlicher Akteure in der Friedensarbeit effektiver zu gestalten, bedarf es einer generellen Professionalisierung des Feldes. Dazu zählt die Erarbeitung eines strategischen Ansatzes bei der Planung wie auch bei der Umsetzung friedenssichernder Maßnahmen. Die Methode Planspiel unterstützt eine vertiefte Konfliktanalyse, macht Konfliktdynamiken erlebbar und ermöglicht es, Zukunftsszenarien zu erstellen. Dadurch wird die Methode zu einem nützlichen Instrument bei der Entwicklung strategischer Ansätze. von Andreas Muckenfuß

Wie sicher ist die Welt in der wir leben? Bei vielen Menschen sorgt diese Frage für Unwohlsein. Sowohl wirtschaftliche, als auch politische Faktoren sind in Bewegung geraten und verändern selbst unumstößlich geglaubte Größen der Weltordnung. Internationale Institutionen verlieren zusehends an Bedeutung, da sie immer weniger in der Lage sind, für Sicherheit zu sorgen und gewalttätige Konflikte zu stoppen oder gar zu verhindern. Die *Vereinten Nationen* zum Beispiel verfügen nicht über ausreichend Mittel und Wege um ihren originären Zweck, die Einhaltung des internationalen Rechts und der Sicherung des Weltfriedens, zu erfüllen. Ihr machtvollstes Organ, der *Weltsicherheitsrat* mit seinen ständigen Mitgliedern und deren Vetorecht, hat sich über Jahrzehnte hinweg nicht weiterentwickelt und scheint heute wie ein Relikt aus einem anderen Jahrhundert. Damit unterliegt er einem Legitimationsverlust, u. a. weil seine eigenen Mitglieder wiederholt internationales Recht gebrochen haben, während sie ursprünglich für dessen Einhaltung eingesetzt wurden. Selbst informelle Formate wie G7/8 schaffen es nicht einmal mehr, eine gemeinsame Abschlusserklärung zu verabschieden. Stattdessen werden zunehmend einzelstaatliche Lösungen gesucht, wodurch die Berechenbarkeit politi-

scher Entscheidungen ab- und die Unsicherheit über künftige Entwicklungen zunimmt. Wichtiger denn je ist es also, die eigenen Fähigkeiten im Umgang mit Unsicherheiten auszubauen. Dies kann erreicht werden, indem die eigenen Handlungskompetenzen gestärkt werden, also die Fertigkeiten, sich verändernde Situationen zu analysieren und zu bewerten und anschließend kurzfristige Entscheidungen zu treffen, die das Erreichen langfristiger Ziele unterstützen.

Der Bedeutungsverlust internationaler Institutionen bei der Sicherung des Weltfriedens bedeutet für die Friedensarbeit außerdem, dass es noch wichtiger geworden ist, dass zivilgesellschaftliche Akteure Verantwortung übernehmen und sich mit konkreten und kreativen Maßnahmen in die lokale Konfliktbearbeitung nicht nur einbringen, sondern deren Wirkungsgrad substanziell ausbauen. Dafür ist es dringend notwendig, die auf verschiedenen Ebenen stattfindenden friedenssichernden Maßnahmen viel stärker aufeinander abzustimmen. Um dies zu erreichen bedarf es neben den erwähnten Handlungskompetenzen eines stärkeren strategischen Ansatzes innerhalb der Zivilgesellschaft. Dadurch sollen die zivilgesellschaftlichen Akteure in die Lage versetzt werden, sich gezielter mit Akteuren aus anderen Sektoren zu vernetzen und zu kooperieren, damit →

ihr eigenes Innovationspotenzial stärker genutzt werden kann. Außerdem können sie durch einen strategischen Ansatz ihre begrenzten Ressourcen effizienter einsetzen.

Die Ziele eines strategischen Ansatzes zivilgesellschaftlicher Akteure in der Friedensarbeit sind demnach, (1) den Wirkungsgrad der friedenssichernden Maßnahmen zu erhöhen, indem (alternative) Lösungsansätze stärker als bislang auf die eigentlichen Konfliktursachen abzielen und (2) die entsprechenden Maßnahmen mit Partnern aus anderen Sektoren und unterschiedlicher Ebenen (Multi-Track-Diplomacy) in Kooperation durchgeführt werden (vgl. <http://imtd.org/about/what-is-multi-track-diplomacy>).

Die Methode Planspiel in der Friedensarbeit

Viele Zivilgesellschaften, wie zum Beispiel im post-sowjetischen Raum, auf dem Balkan oder auch in der MENA-Region (Middle East & North Africa), befinden sich weiterhin im Aufbau, sind weniger untereinander oder mit Akteuren anderer Sektoren vernetzt und haben einen (stark) begrenzten Einfluss auf politische Entscheidungsträger/-innen. Wie oben ausgeführt, bedarf es einer stärkeren strategischen Ausrichtung ihrer Arbeit, sowie die Aneignung der notwendigen Handlungskompetenzen. Zivilgesellschaftliche Akteure sollen eine umfassende und treffende Konfliktanalyse leisten und sich darauf aufbauend langfristige Ziele setzen können und dabei die Fähigkeit erlangen, gerade in sich schnell verändernden Rahmenbedingungen kurzfristige Entscheidungen treffen zu können. Außerdem brauchen sie die Kompetenzen, Ursachen und Dynamiken genauer zu verstehen, um zeitnah und effektiv reagieren zu können. Diese Kompetenzen und ein praxisnaher strategischer Ansatz können durch die Methode Planspiel vermittelt bzw. entwickelt werden.

Der Einsatz der Methode in der Friedensarbeit ist trotz des großen Potenzials bislang sehr begrenzt. Die folgenden Beispiele und Erfahrungen entstammen der Arbeit des gemeinnützigen Vereins CRISP, der die Methode seit 2007 in enger Zusammenarbeit mit lokalen Partnerorganisationen einsetzt und dabei z. B. folgende Fragen bearbeitet: Wie kann der bewaffnete Konflikt in der Ostukraine beendet werden und wie könnte ein Postkonfliktszenario aussehen? Wie kann religiösem Extremismus in Kirgisien und Kenia vorgebeugt werden? Wie könnte ein freiheitliches und demokratisches Ägypten im Jahr 2025 aussehen?

Kurzcharakterisierung der Methode

Ein Teilnehmer aus Aserbaidschan hat die Methode einmal als politisches Labor bezeichnet. Definitiv ist ein Plan-

spiel ein Modell der Realität, an dem sich experimentieren lässt und wodurch sich Rückschlüsse für die eigene konkrete Lebens- bzw. Arbeitswelt ziehen lassen. Die Methode fördert das Verständnis komplexer Zusammenhänge und die Fähigkeit zum kritischen Denken. Die Teilnehmenden sind gefordert, neue Perspektiven einzunehmen und sind dadurch veranlasst, Positionen, auch die eigene, zu hinterfragen. Außerdem können durch Planspiele Zukunftsszenarien erarbeitet werden, in denen mittel- bis langfristige Folgen erkennbar und folglich antizipierbar werden. Durch Planspiele werden Konfliktodynamiken erfahrbar und konfliktfördernde Faktoren ersichtlich (vgl. Lantis 1998, S. 1).

Im Zentrum eines Planspiels steht ein zu lösendes Problem. Es herrscht Handlungsdruck für die Teilnehmenden, die zur Lösungsfindung in die Rollen relevanter Akteure

Insbesondere durch den ermöglichten Perspektivwechsel und durch das Erfahren von Konfliktodynamiken wird die Methode aber auch zu einem wirkungsvollen Instrument in der Konfliktbearbeitung.

und/oder Interessensgruppen schlüpfen und im Rahmen von Verhandlungen, aber auch durch Aktionen versuchen, ihre jeweiligen Positionen und Interessen durchzusetzen. Planspiele sind also „eine relativ offene politische oder ökonomische Problemsituation, die pädagogisch-didaktisch vereinfacht ist und nach einer irgendwie gearteten Lösung verlangt“ (Klippert 2002, S. 20). Dazu kommt eine von der Spielleitung simulierte Umwelt, die auf die Entwicklungen im Planspiel reagiert und die Entscheidungen für die Akteure noch komplexer macht.

Ein Planspiel besteht aus drei Phasen. ¹ Auf die Einführungsphase, während der die Teilnehmenden mit der

¹ Diese Phasen ließen sich noch weiter untergliedern. Unter anderem Klippert (2002, S. 24) geht von sieben Etappen aus: Spieleinführung, Lese- und Informationsphase, Meinungsbildungs- und Strategieplanung, Interaktion zwischen den Gruppen, Vorbereitung der Konferenz, Durchführung der Konferenz sowie Spielauswertung. Diese Feingliederung bezieht sich jedoch auf bestimmte Planspieltypen und ist nicht universell auf alle anderen zu übertragen.

Problemstellung vertraut gemacht werden, folgt die Interaktionsphase, in der sie versuchen, die im Planspiel angelegten Konflikte zu bearbeiten. In der Auswertungsphase werden der Verlauf des Planspiels in der Gruppe reflektiert und Rückschlüsse auf die Realität gezogen. Die zuvor bestimmten Lernziele werden hier methodisch herausgearbeitet (vgl. Capaul/Ulrich 2003, S. 39 ff.; Krain/Lantis 2006, S. 399).

Um die Lernziele zu erreichen, lassen sich verschiedene Typen von Planspielen nutzen. Neben computergestützten und nicht-computergestützten Planspielen muss zwischen fiktiven und realitätsnahen Planspielen unterschieden werden. Um konkrete Zukunftsszenarien zu entwickeln eignen sich Szenarien, die sich stark an den realen Fakten orientieren. Konfliktursachen und -dynamiken können unter Umständen einfacher an einem fiktiven Modell erfahrbar gemacht werden, da es hier einen neutraleren und weniger emotionalen Zugang zu den im Planspiel vertretenen Akteuren geben kann.

Außerdem spricht die Methode verschiedene Lerntypen an (vgl. Brock/Cameron 1999) und sorgt für einen nachhaltigen Wissenszuwachs (vgl. Belloni 2008, S. 222; Ramsden 1992, S. 114). Durch das aktive und erfahrungsbasierte Lernen im und am Planspiel sind die Teilnehmenden aufgefordert, Informationen zu sammeln, zu interpretieren, zu bewerten und eine Entscheidung zu treffen. Im Planspiel entsteht Wissen durch die direkte Rückkopplung zwischen Aktion des Teilnehmenden und Reaktion der anderen bzw. der Planspielumwelt.

Planspiele als Instrument zur Konfliktanalyse und Szenarioentwicklung

Klassischerweise werden Planspiele heute in der Wirtschaft und in der politischen Bildung angewendet.

Insbesondere durch den ermöglichten Perspektivwechsel und durch das Erfahren von Konflikt dynamiken wird die Methode aber auch zu einem wirkungsvollen Instrument in der Konfliktbearbeitung. Allerdings wird die Methode hier bislang kaum gezielt eingesetzt. ² Wie eingangs dargelegt, benötigen die zivilgesellschaftlichen Akteure der Friedensarbeit eine generelle Professionalisierung und einen strategischen Ansatz, um ihre Aktivitäten mit anderen Akteuren zu koordinieren und so deren Wirksamkeit zu erhöhen.

² Seit 2007 nutzt der gemeinnützige Verein CRISP die Methode in der Konfliktbearbeitung und Friedensbildung. Andere Organisationen, die die Methode an die Bedürfnisse der Konfliktbearbeitung angepasst haben, sind uns nicht bekannt.

Das in der Auswertungsphase der Planspiele generierte (neue) Wissen über den jeweiligen Konflikt dient als ausgezeichnete Grundlage, um die beiden übergeordneten Resultate zu erarbeiten:

1. *Konfliktanalyse*: Durch den Perspektivwechsel im Planspiel erhalten die Teilnehmenden ein ganzheitlicheres Konfliktverständnis. Zudem hilft das Planspiel, Konfliktursachen und -dynamiken besser zu verstehen. Dadurch lassen sich Interventionen in der Friedensarbeit bedarfsgerechter und nachhaltiger planen.
2. *Szenarioentwicklung*: Durch das Erarbeiten von möglichen künftigen Entwicklungen eines Konflikts und der darin enthaltenen Chancen und Risiken für die eigene Arbeit werden zivilgesellschaftliche Akteure reaktionsschneller und erreichen durch eine effektivere Umsetzung ihrer Aktivitäten eine höhere Wirksamkeit.

Es hat sich gezeigt, dass sich Planspiele hervorragend eignen, um gegenseitiges Vertrauen zu fördern. Spätestens während der Auswertungsphase beginnt ein durch die Spielleitung angeleiteter Reflexionsprozess, bei dem auch das eigene Verhalten kritisch hinterfragt wird: Wie wurden meine Handlungen im Planspiel von den anderen wahrgenommen? Warum habe ich mich so entschieden,



Planspiel zur Erstellung einer Zukunftsvision für Ägypten 2025
Foto: CRISP

den, wie ich mich entschieden habe? Was wäre gewesen wenn? Dieser Prozess wird noch verstärkt durch den inhärenten Perspektivwechsel, durch den die Teilnehmenden andere Sichtweisen auf den Konflikt kennenlernen und darüber hinaus ihre Empathiefähigkeit schärfen (vgl. Dougherty 2003). Die Empathiefähigkeit ist Grundvoraussetzung für einen konstruktiven Dialog und der erste wich- →

tige Schritt bei der angestrebten strategischen Vernetzung der Teilnehmenden.

In der Einführungsphase des Planspiels wird das Szenario einer Konfliktsanalyse unterzogen. Dabei arbeiten die Teilnehmenden die Konfliktsursachen heraus und entwickeln darauf basierend eine eigene Strategie für das Planspiel. In der Auswertungsphase wird die Analyse der Konfliktsursachen überprüft und anschließend ergänzt und präzisiert. Die Methode eignet sich deshalb so gut für die Ursachenanalyse, weil die Annahmen nicht nur theoretisch getroffen werden, sondern durch die dynamische Entwicklung im Verlauf des Planspiels zusätzlich bewertet werden können. Die Teilnehmenden können außerdem mit den angenommenen Ursachen experimentieren, indem sie alternative Lösungsansätze ausprobieren und verschiedene Aktionen durchführen. Ein zentraler Aspekt der Methode ist hier, dass sie den Teilnehmenden einen risikofreien Raum bietet, der es erlaubt, auch unorthodoxe oder tabuisierte Ideen anzuwenden. Der schützende Rahmen des Planspiels verleitet die Teilnehmenden, sich aus ihrer Komfortzone herauszubewegen und über bisherige Grenzen hinaus zu denken – querzudenken. Das Planspiel generiert also modellhafte Erfahrungswerte, die eine genauere Validierung der zuvor identifizierten Konfliktsursachen zulassen (vgl. Susskind/Corburn 2000, S. 71 ff.).

Ein zentraler Aspekt der Methode ist hier, dass sie den Teilnehmenden einen risikofreien Raum bietet, der es erlaubt, auch unorthodoxe oder tabuisierte Ideen anzuwenden.

Die Dynamiken im Rahmen von Planspielen sind für viele Teilnehmende beeindruckend. Durch eine umfassende Einführung, sowie durch präzise formulierte Rollenprofile, können die Teilnehmenden in ihre jeweilige Rolle im Planspiel eintauchen. Hier spielt der Zeitfaktor eine Rolle, denn je mehr sich die Teilnehmenden mit der Rolle auseinandersetzen, desto intensiver können sie deren Positionen und Interessen verstehen.

In der Auswertungsphase wird von den Teilnehmenden immer wieder der Mehrwert der Methode beim Erkennen nicht intendierter Folgen gelobt. Nur selten schaffen es die Teilnehmenden, die Konsequenzen ihres eigenen Han-

delns exakt vorherzusehen. Der komplexe und dynamische Aufbau des Planspiels ermöglicht es den Teilnehmenden, die Auswirkungen ihrer Herangehensweisen zu erfahren. Die Methode ermöglicht es auch, längere Zeiträume zu simulieren und kann so auch mittel- bis langfristige Effekte sichtbar werden lassen.

Durch die Erstellung von Zukunftsszenarien mittels Planspielen kann die Umsetzung geplanter Maßnahmen effizienter gestaltet werden. Während der Auswertungsphase im Anschluss an das Planspiel werden die entscheidenden konfliktverschärfenden Faktoren gemeinsam definiert. Auf dieser Grundlage und in einem angeleiteten Prozess bewerten die Teilnehmenden mögliche Entwicklungen der identifizierten Faktoren und entwerfen so mögliche Zukunftsszenarien. Dadurch werden die zivilgesellschaftlichen Akteure in die Lage versetzt, künftige Veränderungen zu antizipieren und ihre Interventionen anzupassen, wodurch sich eine störungsfreiere Umsetzung gewährleisten lässt.

Anwendungsmöglichkeiten – Praxisbeispiele aus Kirgisistan und Ägypten

Im Folgenden werden Beispiele vorgestellt, wie die Methode im Rahmen von Projektzeilen eingesetzt werden kann.

Im Rahmen der Projektreihe *Peaceful Dialogue in Kyrgyzstan* wurde u. a. ein Planspiel zu den zunehmenden Spannungen zwischen religiösen und säkularen Gruppen in der Gesellschaft konzipiert. Basierend auf den persönlichen Erfahrungen der Teilnehmenden wurde gemeinsam ein Szenario in einer fiktiven Kleinstadt entwickelt, in der prototypische Konfliktthemen über die Rolle der Religion in der Gesellschaft auftreten. Dieses wurde anschließend über eine Multiplikatorenschulung in allen Regionen des Landes durchgeführt. Als Teil der Auswertung diskutierten die Teilnehmenden die Situation in ihrer eigenen Umgebung und überlegten sich Initiativen, um Spannungen zwischen den Gruppen abzubauen. So wurde u. a. ein interaktives Theaterstück über das Tragen des *Hijab* in einer Schule erarbeitet und aufgeführt oder ein Begegnungstreffen zwischen jungen religiösen und nicht-religiösen Frauen initiiert. Begleitet wurden alle Maßnahmen von einem Austauschformat zwischen Staat und Zivilgesellschaft, bei dem die jungen Leute in Dialog mit Vertretern von relevanten Ministerien traten und zukünftige Kooperationen diskutierten.

Die Projektreihe *Simulating Egyptian Transition* begann 2012, als viele in Ägypten glaubten, das Land hätte den Weg hin zu einer freien und demokratischen Gesellschaft eingeschlagen. In Zusammenarbeit mit lokalen

Partnern wurde ein Planspiel zur Gestaltung von demokratischen Entscheidungsprozessen entwickelt. Mit dem Militärputsch (2014) änderten sich die Rahmenbedingungen der Arbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren erheblich. Es war mittlerweile nicht mehr gefahrlos möglich, den politischen Status Quo zu bearbeiten, weswegen sich die Projektpartner darauf verständigten „sich in die Zukunft zu flüchten“. Gemeinsam mit zuvor ausgebildeten lokalen Trainerinnen und Trainern, entwickelten wir ein fiktives Planspiel, angelehnt an die Konfliktlinien innerhalb der



Planspiel zur Erarbeitung von Initiativen zur Konfliktprävention in Kirgisistan Foto: CRISP

ägyptischen Gesellschaft: „El Wasa3ya“ (<http://crisp-berlin.org/activities/2015/set-3-a-vision-for-egypt>).

Ziel des Planspiels war es, Beteiligungsverfahren auszuprobieren, die ein friedliches Zusammenleben der unterschiedlichen ökonomischen, ethnischen und religiösen Gruppen fördern. Dieses Planspiel wurde in den zehn verschiedenen Gouvernements in Ägypten durchgeführt. Die Zusammenführung der Ergebnisse ergaben eine Vision, wie eine ägyptische Gesellschaft mit starkem sozialem Zusammenhalt aussehen könnte. Daraus entstanden Handlungsempfehlungen für die Zivilgesellschaft selbst, aber auch für die Wirtschaft, die Medien, staatliche Stellen und den religiösen Sektor, wie diese die Realisierung der Vision unterstützen können. Mit der gemeinsam erstellten Vision für Ägypten als Referenzpunkt, wurden in der Folge Initiativen für die lokale Ebene entwickelt, die die Handlungsempfehlungen aufnehmen und umsetzen.

Eine konkrete Initiative, die sich aus einem der weiteren Planspiele („Nidal’s Struggle“; <http://crisp-berlin.org/activities/2017/simulating-egyptian-transition-iv>) entwickelt hat, setzte sich zum Ziel, Räume für Begegnung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen zu schaffen. Die durch-

führenden lokalen Trainer/-innen analysierten anhand des Planspiels die Handlungslogik staatlicher Akteure, entwickelten daraufhin ihre Initiative und konnten so deren Risiken deutlich reduzieren. Im Rahmen der Initiative *Drop of Blood* (Minya Governorate) wurde eine nach außen hin völlig unscheinbare Blutspendenaktion organisiert. Dabei wurden die Zeiten in der Warteschlange und im bereitgestellten Ruhezelt genutzt, um die Menschen unterschiedlicher Hintergründe gezielt in Kontakt miteinander zu bringen. Sicherlich begrenzt in ihrem Wirkungskreis, hat die Initiative aber einen hohen Kreativitätsgrad.

Stärken und Grenzen der Methode

Bei der Anwendung der Methode Planspiel ist ein größerer logistischer Aufwand notwendig, was die Koordination der Teilnehmenden, die Räumlichkeiten und insbesondere die Dauer angeht. Um zu gewährleisten, dass sich innerhalb des Planspiels eine gewisse Dynamik entwickeln kann, brauchen die Teilnehmenden Zeit, um in ihre Rollen „hineinzuwachsen“. Für ein Planspiel sollten inklusive Einführungs- und Auswertungsphase mindestens vier Zeitstunden eingeplant werden.

Jedes Planspiel versucht, die Realität zu vereinfachen und in ein Modell zu überführen. Dieser Prozess ist eine große Herausforderung für Planspielentwickler, kann doch hier durch eine zu starke Vereinfachung der spätere Transfer zur Realität erschwert und damit das Erreichen der Lernziele gefährdet werden. Ferner ist das Planspiel gezwungenermaßen nur ein begrenzter Ausschnitt der Realität, weswegen nicht alle relevanten Faktoren abgebildet werden und die Methode dadurch Konflikte lediglich unterkomplex darstellt (vgl. Portele 1977, S. 17 f.; Preston/Cottam 1997, S. 229). Dadurch wird die Aussagekraft der in und am Planspiel entstandenen Rückschlüsse reduziert.

Aufgrund der während der Überführung des Konflikts in ein Modell zu treffenden Entscheidungen, sind Planspielentwickler/-innen der Gefahr ausgeliefert, dass die eigene Voreingenommenheit zu stark in die Planspielentwicklung einfließt und dadurch eventuell andere Sichtweisen unterrepräsentiert sind und auf diese Weise die Bandbreite an möglichen Lösungsansätzen reduziert wird. Um dieses Risiko zu minimieren ist es hilfreich, bei der Erstellung der Planspieldokumente in heterogenen Gruppen zu arbeiten, unter Einbeziehung lokaler Experten des jeweiligen Themas. Dies gilt im Weiteren auch für die Durchführung der Planspiele, wenn die Spielleitung die Planspielumwelt und die Auswirkungen der Handlungen der Teilnehmenden simuliert. →

Allerdings gibt es kaum eine andere Methode, die so kompakt wichtige Handlungskompetenzen vermittelt, die den Umgang mit Unsicherheiten erleichtern. Ein gesteigertes Verständnis der Konfliktursachen und -dynamiken macht es den zivilgesellschaftlichen Akteuren einfacher, auf Veränderungen zu reagieren. Außerdem lassen sich durch die Szenarioentwicklung mittels eines Planspiels politische, soziale aber auch wirtschaftliche Veränderungen besser antizipieren, wodurch sich die zivilgesellschaftlichen Akteure auf Veränderungen einstellen und dementspre-

Ein gesteigertes Verständnis der Konfliktursachen und -dynamiken macht es den zivilgesellschaftlichen Akteuren einfacher, auf Veränderungen zu reagieren.

chend anpassen können und nicht von diesen überrascht werden. Die Kunst eines jeden strategischen Ansatzes ist es, die Ziele klar zu definieren, aber bei deren Erreichung ausreichend flexibel zu sein: kurzfristig Entscheidungen treffen zu können, die das Erreichen der übergeordneten, langfristigen Ziele unterstützen.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 3/2018

Zum Autor



Andreas Muckenfuß hat Verwaltungswissenschaften an der Universität Potsdam studiert, mit Schwerpunkt auf internationale Beziehungen. Noch zu Studienzeiten hat er den gemeinnützigen Verein CRISP mitgegründet. Seit 2007 arbeitet CRISP in der zivilen Konfliktbearbeitung und hat sich hier auf die Entwicklung und Anwendung von Planspielen spezialisiert. Heute ist Andreas Muckenfuß geschäftsführender Vorstand von CRISP und leitet die Projekte in Ägypten und Südkaukasus/Ukraine. Künftig will er die Methode Planspiel weiterentwickeln und diese noch handhabbarer für die Erstellung von Zukunftsszenarien machen.

muckenfuss@crisp-berlin.org

Mehr über die Arbeit von CRISP erfahren Sie auf der Webseite des Vereins: www.crisp-berlin.org



Literatur

- Belloni, Roberto (2008):** Role-Playing International Intervention in Conflict Areas: Lessons from Bosnia for Northern Ireland Education. In: *International Studies Perspectives*, 9, 2, pp. 220–234
- Brock, Kathy L. / Cameron, Beverly J. (1999):** Enlivening Political Science Courses with Kolb's Learning Preferences Model. In: *PS: Political Science and Politics*, 32, 2, pp. 251–256
- Capaul, Roman / Ulrich, Markus (2003):** Planspiele. Simulationsspiele für Unterricht und Training. Mit Kurztheorie: Simulations- und Planspielmethodik. Altstätten: Tobler
- Dougherty, Beth K. (2003):** "Byzantine Politics: Using Simulations to Make Sense of the Middle East". In: *PS: Political Science and Politics*, 36, 2, pp. 239–244
- Klippert, Heinz, (2002):** Methoden-Training. Weinheim/Basel: Beltz
- Krain, Matthew / Lantis, Jeffrey S. (2006):** Building Knowledge? Evaluating the Effectiveness of the Global Problems Summit Simulation. In: *International Studies Perspectives*, 7, 4, pp. 395–407
- Lantis, Jeffrey S. (1998):** Simulations and Experiential Learning in the International Relations Classroom. In: *International Negotiation*, 3, 1, pp. 39–57
- Portele, Gerhard (1977):** Zur Theorie des Simulationsspiels. In: Lehmann, Jürgen (Hrsg.): *Simulations- und Planspiele in der Schule*. Bad Heilbronn: Klinkhardt, S. 9–18
- Preston, Thomas / Cottam, Martha (1997):** Simulating US Foreign Policy Crises: Uses and Limits in Education and Training. In: *Journal of Contingencies and Crisis Management*, 5, 4, pp. 224–230
- Ramsden, Paul (1992):** Learning to Teach in Higher Education. London / New York: Routledge
- Susskind, Lawrence / Corburn, Jason (2000):** Using Simulations to Teach Negotiation: Pedagogical Theory and Practice. In: Herz, Dietmar / Blätte, Andreas (Hrsg.): *Simulation und Planspiel in den Sozialwissenschaften*. Münster u. a.: LIT, S. 63–89

„Von Information bis Manipulation – Die Macht der Medien“

Ein Beispiel aus der politischen Bildungspraxis an der Georg-von-Vollmar-Akademie

Das Jahresthema des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten im Jahr 2018 lautet: Wer bildet Meinung? Gesellschaftspolitischer Diskurs zwischen Medienfreiheit und „alternativen Fakten“. In den vier Ausgaben der „Außerschulischen Bildung“ in 2018 wird jeweils ein Beitrag aufgenommen, in dem theoretische und praktische Zugänge zum Jahresthema vorgestellt werden. Im dritten Beitrag wird gezeigt, in welcher Weise das Jahresthema in der Praxis politischer Bildung aufgegriffen werden kann.

von Niklas Fischer und Bára Procházková

Mit der Digitalisierung veränderten sich der Zugang und die Verbreitung von Informationen fundamental. Während durch die sozialen Netzwerke jeder selbst als Sender Nachrichten erzeugen, teilen oder verbreiten kann, wächst das Misstrauen gegenüber den traditionellen Medien. Was bedeutet das für uns und unsere Gesellschaft und wie kann ein reflektierter Medienkonsum gelingen? Mit diesen Fragen setzten sich die Teilnehmenden des fünftägigen Seminars „Von Information bis Manipulation – Die Macht der Medien“ der *Georg-von-Vollmar Akademie* zu Beginn des Jahres 2018 auseinander.

Mediales Konsumverhalten im Wandel

Am 26. Dezember 1952 wurde die erste *Tagesschau* ausgestrahlt. Seitdem versorgen uns pünktlich um 20.00 Uhr Sprecher/-innen wie *Dagmar Berghoff* oder *Jan Hofer* mit Informationen über die tagespolitischen Entwicklungen im In- und Ausland. Während sich, abgesehen von kleineren Umgestaltungen, das Format der Sendung in knapp 65 Jahren kaum verändert hat, befindet sich unser mediales Konsumverhalten durch die Digitalisierung im Wandel: War es noch bis vor wenigen Jahren ausschließlich Staaten und großen Medienkonzernen möglich, Nach-

richten zu verbreiten, so hat sich diese Gewichtung durch die Etablierung sozialer Netzwerke deutlich verschoben (vgl. Mounk 2018). In seinem viel beachteten Buch über den „Zerfall der Demokratie“ bringt es der deutsch-amerikanische Politikwissenschaftler *Yasha Mounk* wie folgt auf den Punkt: „Mit dem Aufkommen der sozialen Medien hat sich der technologische Vorteil der politischen Elite immer stärker verflüchtigt. In autoritären Ländern hat die demokratische Opposition nunmehr viel bessere Mittel zur Verfügung, um eine Diktatur zu stürzen. Gleichzeitig ist es in liberalen Demokratien aber auch viel leichter, Hass und Lügen zu verbreiten – und das System auf diese Weise zu untergraben.“ (Ebd., S. 172)

Ohne Überprüfung auf ihren Wahrheitsgehalt verbreiten sich *Fake-News* dabei in sogenannten *Echokammern*, die unsere Neigung beschreiben, sich ausschließlich mit Gleichgesinnten zu vernetzen und wechselseitig die eigenen Standpunkte zu verstärken (vgl. Reinemann 2017).

„Du bist meiner Meinung, ich bin Deiner“ – nach dieser Logik bekomme ich mein eigenes Weltbild in Dauerschleife bestätigt. Sei der Ton noch so schräg, in der digitalen Welt wird gerade das „salonfähig“, was sonst hinter vorgehaltener Hand gehetzt wurde. Twitter, Facebook und Co. →

wirken dabei wie ein riesiger virtueller Stammtisch. Jeder Kommentar, völlig gleichgültig, ob die darin enthaltenen Behauptungen belegbar sind, wird dabei umso *unkritischer* betrachtet, je mehr Menschen in ihren abgeschotteten Echokammern miteinander kommunizieren (vgl. Mounk 2018). Dabei ist der vermeintliche Einfluss der Einzelnen in der subjektiven Wahrnehmung wortmächtiger denn je, schließlich steht dahinter eine scheinbar riesige Gruppe von Gesinnungsgenossinnen und -genossen. Gleichzeitig schwindet das Vertrauen in die traditionellen Nachrichtenkanäle. ¹ Darauf zu reagieren, ist eine der größten Herausforderungen für die Bildung unserer Zeit (vgl. Pörksen 2018).

Wie aber verhält es sich mit dem eigenen Medienkonsum, woher beziehen wir selbst unsere Informationen und wie steht es um unser Vertrauen in die traditionellen Nachrichtenkanäle der staatlichen, öffentlich-rechtlichen Sender? Diese Fragen standen im Fokus des Seminars „Von Information bis Manipulation – Die Macht der Medien“, das vom 19. bis 23. März 2018 an der *Georg-von-Vollmar-Akademie* in Kochel am See durchgeführt wurde und allen Interessierten offen stand.

Einzelne Einheiten dieser Veranstaltung werden im Folgenden vorgestellt.

**„Information, Emotion, Sensation!“ –
Über die Schwierigkeit der Informationsbeurteilung**

In der Seminareinführung wurde darauf hingewiesen, warum es ganz grundsätzlich schwierig ist, die Qualität eines journalistischen Textes zu bewerten. Wir konsumieren jeden Tag Medien unterschiedlicher Art, doch häufig fehlt uns die Kompetenz, die Seriosität dieser Quellen zu beurteilen, was das Misstrauen und die Vorurteile gegenüber den traditionellen Informationskanälen verstärkt.

Dieser Eindruck zeigte sich auch in der Abfrage der Teilnehmenden – so gab der Großteil an, „die Medien“ würden die Bevölkerung gezielt manipulieren.

Um einen Überblick zu schaffen wurde gemeinsam herausgearbeitet, welche unterschiedlichen Informationsquellen bekannt sind, wie die Teilnehmenden den Einfluss dieser Kanäle bewerten und wann diese vermeintlich zu einem Instrument einseitiger Berichterstattung werden. Dabei wurde auch deutlich gemacht, dass sich insbesondere Privatmedien stark am Konsumverhalten der breiten Masse orientieren. Skandale, Krieg und Terror bringen Aufmerk-

¹ Umfrage Infratest dimap 2015: 42 % der Befragten vertreten die Ansicht, dass Staat und Regierung den Medien die Berichterstattung vorschreiben.

samkeit und steigern die Auflage, weshalb diese als absatzsteigernde Nachrichtenfaktoren entscheidenden Einfluss auf den Entstehungsprozess von Nachrichten haben (vgl. Wilke 2012).

Ziel des Seminars war eine Reflexion der Teilnehmenden auf zwei Ebenen: Mit welchem Bedürfnis konsumiere ich Informationen und wie aufmerksam hinterfrage ich mein eigenes Mediennutzungsverhalten? Dafür wurden die Arbeitsweisen klassischer Medien ausführlich dargestellt und den Teilnehmenden Handreichungen für einen kritischen Umgang mit diesen bereitgestellt.

Selbstreflexion des Medienkonsums

Die *Tagesschau* ist bis heute die wohl bekannteste Nachrichtensendung im deutschen Fernsehen. Gerade weil jeder der Seminarteilnehmenden sie regelmäßig als Informationskanal nutzt, eignete sie sich besonders gut, um das eigene mediale Konsumverhalten zu reflektieren.

Infolgedessen wurde zunächst gemeinschaftlich die Sendung des Vortages angesehen, was eine kontroverse



Skype Gespräch mit dem ARD-Hörfunkkorrespondenten aus Indien, Afghanistan und Pakistan, Jürgen Webermann
Foto: Bára Procházková

Debatte über die Auswahl der ausgestrahlten Themen, die Reihenfolge der Beiträge und die inhaltliche Bearbeitung der eingebundenen Nachrichten entfachte. So wurde etwa die unzureichende Relevanz bestimmter Themen oder die völlige Bedeutungslosigkeit einzelner Beiträge im Allgemeinen kritisiert.

Am Folgetag durften die Teilnehmenden selbst zu Redakteuren der *Tagesschau* werden. Mit Bezug auf die Vortagessendung wurde eine Themenliste der beinhalteten Beiträge ausgeteilt. Jedes Thema befand sich dabei auf einem eigenen Blatt, sodass die Reihenfolge nicht erkennbar

war. Diese Beiträge wurden zudem um weitere tagesaktuelle Ereignisse, die allerdings nicht in die Sendung aufgenommen worden waren, ergänzt. Für den Wiedererkennungswert wurden dabei Nachrichten des Webauftritts der Nachrichtensendung herangezogen (www.tagesschau.de).

Aufgabe der einzelnen Gruppen war es, die Reihenfolge der jeweiligen Meldungen nach Wichtigkeit und Relevanz zu ordnen und sich darauf festzulegen, welche der Nachrichten ihrer Meinung nach in der *Tagesschau* gesendet wurden. In der Rolle von Redakteuren, die für das deutsche Fernsehpublikum eine eigene Sendung vorbereiten sollen, bekam die Seminargruppe einen Einblick in die Schwierigkeit und Komplexität der Beschränkung auf eine festgelegte Anzahl von Beiträgen und die komprimierte Raffung von Informationen auf eine bestimmte Länge.

Gleichwohl sich in der Gruppenarbeit nur zwei Personen auf eine bestimmte Auswahl festlegen mussten, fiel es den Teilnehmenden äußerst schwer, sich zu einigen. Überraschenderweise legten die einzelnen Gruppen letztlich völlig unterschiedliche Ergebnisse vor. Allen Beteiligten wurde dadurch deutlich gemacht, wie subjektiv das Bewerten von Informationen am Ende ist. Um einen möglichst hohen Grad an Objektivität zu erreichen, folgt das seriöse journalistische Arbeiten deshalb klaren Regeln, wie jedes andere berufliche „Handwerk“ auch.

Aus diesem Grund wurde die Übung durch die Bearbeitung des Artikels „Wer Journalisten sind und wie diese arbeiten“ (Behmer et al. 2011) abgeschlossen. Es ging dabei darum, nach welchen Kriterien eine klassische Redaktion Informationen und Meldungen auswertet und weiterverarbeitet.

Wahl des Mediums = Wahl der Information

Für die Vertiefung dieser Einheit wurden verschiedene Gespräche mit Journalistinnen und Journalisten durchgeführt. Hier zeigte sich zu Beginn des Dialogs die grundsätzlich skeptische Haltung der Teilnehmenden: Zunächst wurden immer die gleichen Fragen an die jeweiligen Gastredner/-innen gestellt, die lediglich darauf abzielten, die eigene, bereits vorher gefertigte Meinung bestätigt zu bekommen, was die Schwierigkeit der Prägung durch Vorurteile gegenüber der Berichterstattung im Allgemeinen verdeutlichte.

Diese Haltung wurde aber nach und aufgelöst. Als äußerst konstruktiv entpuppte sich dabei die Bandbreite an unterschiedlichen „Meinungsmacher/-innen“, mit denen die Teilnehmenden in Kontakt treten konnten: Von der Lokaljournalistin/dem -journalisten, der Redakteurin/dem

Redakteur für ein landesweit agierendes Medium bis hin zur Auslandskorrespondentin/zum -korrespondenten bot sich die Möglichkeit, direkt (oder über Skype) den unterschiedlichen Arbeitsalltag kennenzulernen. Dabei wurden verschiedene Methoden der journalistischen Arbeit vorge-

Mit welchem Bedürfnis konsumiere ich Informationen und wie aufmerksam hinterfrage ich mein eigenes Mediennutzungsverhalten?

stellt und es war festzustellen, dass sich auch der Umgang mit den gleichen Informationsquellen je nach Zielgruppe signifikant unterscheiden kann. Die verschiedenen Blickwinkel verstärkten das Gefühl von der Heterogenität der Medienlandschaft genauso wie die Sensibilität dafür, dass die Frage der Wahl eines bestimmten Mediums darüber entscheidet, welche Informationen ich letztlich erhalte.

Vergleich der Medien

Hinzu kommt, dass die wenigsten Menschen in der Hektik des Alltags die Zeit haben, mehrere Kanäle und Medien miteinander zu vergleichen, gefilterte Informationen gegenüberzustellen und am Ende abzuwägen, welche Berichterstattung den tatsächlichen Ereignissen besonders nahekommt.

Die genauere Betrachtung dieser Grundproblematik im Konsumverhalten des Einzelnen war Bestandteil folgender Übung: Nach der Einteilung in Gruppen wurden den Teilnehmenden die Hauptabendnachrichten von mehreren Sendeanstalten vom Vortag sowie mehrere aktuelle Tageszeitungen bereitgestellt. Dabei war auch hier die Palette der eingebrachten Medien äußerst breit: Sogenannte „Qualitätsmedien“ waren genauso vertreten wie die Regenbogenpresse; lokale Zeitungen fanden sich in demselben Maße wie landesweite Blätter. Ergänzt wurde diese Auswahl um verschiedene Nachrichtenwebseiten. Wichtig war lediglich, dass alle Medien das identische Erscheinungsdatum hatten.

Die Aufgabenstellung war es, die jeweiligen Medien u. a. unter folgenden Kriterien miteinander zu vergleichen: Auswahl der Themen, Reihenfolge der Beiträge, Wichtigkeit des Themas nach Platzierung und Länge des Artikels, Aufmachung der Artikel inklusive eines Vergleichs der →

ausgewählten Bildbeiträge. Des Weiteren sollten folgende Fragen beantwortet werden: Wird im Text oder im Beitrag eine Meinung transportiert? Wie gut wird das Thema erklärt bzw. nach welchen Kriterien bewerten wir einen Beitrag? Welche Quellen wurden beim Verfassen des Artikels herangezogen? Wie wird der TV-Beitrag anmoderiert?

Durch die Übung wurden die Teilnehmenden für ein reflektiertes und bewusstes Konsumieren von unterschiedlichen Informationskanälen sensibilisiert. Mithilfe des genannten Fragenkatalogs wurde dabei deutlich, wie viele



Vergleich der Tageszeitungen an einem Erscheinungsdatum
Foto: Bára Procházková

Faktoren letztlich darüber entscheiden, welche Nachrichten wir wie aufnehmen.

Fake News – Eine Erscheinung der Moderne?

Intensiv wurde sich auch mit dem vorhergehend schon erwähnten Phänomen der *Fake News* auseinandergesetzt. Dabei wurde herausgestellt, dass es sich entgegen der verbreiteten Meinung um *kein* neues Phänomen des digitalen Zeitalters handelt, bei dem per Mausklick Meldungen wie Falschmeldungen innerhalb von Sekunden publiziert werden können. Sagen, Stadtlegenden, Gerüchte und Verschwörungstheorien bis hin zur Hexenjagd gab es schon immer.

Die Teilnehmenden erfuhren in diesem Kontext etwa von der Gottheit *Pheme*, die als verkörpertes Gerücht bei dem antiken Dichter *Hesiod* als der „Natur nach böse, leicht, oh so leicht aufzulesen, aber schwer zu tragen und kaum mehr abzulegen“ beschrieben wird. „Sie verschwindet nie völlig, sobald sie großgeredet ist von der Menge.“ (Schirnding 2012)

Ausführlich wurde der geschichtliche Diskurs der *Fake News* bis in die jüngste Vergangenheit des 20. und 21.

Jahrhunderts analysiert. Von besonderer Relevanz war dabei auch das Aufzeigen der Wirkung gezielt verbreiteter Fehlinformationen, etwa die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gegen Afroamerikaner in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in den Vereinigten Staaten.

Mit Blick auf die Gegenwart wurden darüber hinaus die wiederkehrenden Muster in der Verbreitung von *Fake News* untersucht: Welche Parameter zur Identifizierung von Falschmeldungen gibt es? Wie kann ich mich persönlich dagegen wehren?

Als Handreichung lernten die Teilnehmenden dabei eine ganze Reihe unterschiedlicher Webseiten kennen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, *Fake News* zu entlarven, die einseitige Darstellung von Inhalten durch eine fundierte Recherche aufzulösen und damit sachlich auf die emotional aufgeladenen „Hasskommentare“ einzelner Nutzer/innen zu reagieren.²

Die Einheit über *Fake News* wurde durch eine interaktive Übung abgeschlossen. Dabei erhielten die Teilnehmenden verschiedene „Headlines“ ohne eine Kenntlichma-

Wer andere über das Phänomen von Echokammern aufklären will, darf es sich nicht in der eigenen Blase gemütlich machen.

chung, welcher Quelle diese Überschriften entstammten, ob „seriöse“ Webseite, „Regenbogenpresse“ oder „*Fake News*-Portal“. In der direkten Gegenüberstellung wurde den Teilnehmenden schnell klar, wie letztere aufgebaut sind und welche Intention sie verfolgen: Das bewusste Schüren von Angst und das Bedienen bekannter Ressentiments, immer durch das einseitige Berufen auf mehr oder weniger unseriöse Informationen, welche einem fundierten Faktencheck nicht standhalten würden.

² Hier eine Auswahl dieser Webseiten mit unterschiedlichem Sprachangebot: Deutschsprachig: mimikama.de; corretiv.org; factcheck.org; Englischsprachig: hoaxorfact.com; snopes.com; hoaxes.org; Französischsprachig: hoaxbuster.org; Mehrsprachig: stopfake.org

Resümee

Durch die voranschreitende Digitalisierung und das Aufkommen sozialer Netzwerke sind Informationen heute uneingeschränkt und flexibel zugänglich. Für unser freiheitlich-demokratisches Zusammenleben birgt das Risiken und Chancen zugleich. Damit wir alle von einer vernetzten Welt profitieren, braucht es umfassende Medienkompetenzen. Einen Teil davon konnten wir in dem Seminar vermitteln.

Gleichzeitig haben wir versucht deutlich zu machen, dass in einer pluralistisch-demokratischen Gesellschaft niemand im Besitz der „absoluten Wahrheit“ ist (vgl. Pappenberger 2017). Dies gilt für den Populismus genauso wenig wie für die traditionellen Medien oder uns selbst. Politische Bildung kann Menschen dabei unterstützen, neugierig zu bleiben, unsere Gesellschaft und ihre Entwicklung kritisch zu hinterfragen.

Dies aber gelingt nur dann, wenn wir uns selbst nicht zu Moralaposteln der „reinen Lehre“ aufschwingen, wie der Medienwissenschaftler *Bernhard Pörksen* mit Blick auf das Wutbürgertum von *Donald Trump*-Wähler/-innen bis hin zu Brexit-Befürworter/-innen treffend zusammengefasst hat: „Es reicht nicht, wenn die Protagonisten einer Deutungselite nur angewidert auf die Schmutzkinde des Diskurses zeigen und ansonsten in den eigenen Sinnprovinzen verharren (...).“ (Pörksen 2016) Kurzum: Wer andere über das Phänomen von Echokammern aufklären will, darf es sich nicht in der eigenen Blase gemütlich machen.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 3/2018

Zum Autor / zur Autorin



Niklas Fischer, studierter Historiker (M. A.), ist seit über 5 Jahren in der politischen Bildung an der SPD-nahen Georg-von-Vollmar-Akademie tätig und seit 2017 deren Geschäftsführer.

niklas.fischer@vollmar-akademie.de



Bára Procházková, studierte Politikwissenschaft und Osteuropastudien an der Universität Hamburg. Als Journalistin ist sie als Chefin vom Dienst beim Nachrichtenportal ČT24.cz im öffentlich-rechtlichen tschechischen Fernsehen tätig. Im Auftrag der Georg-von-Vollmar-Akademie übernahm sie die Leitung des Seminars „Von Information bis Manipulation – Die Macht der Medien“.

info@baraprochazkova.cz

Literatur

Behmer, Markus / Blöbaum, Bernd / Donsbach, Wolfgang / Kramp, Leif / Lünenborg, Margreth / Malik, Maja / Meier, Klaus / Raupp, Juliana / Weischenberg, Siegfried (2011): Wer Journalisten sind und wie sie arbeiten; www.bpb.de/izpb/7527/wer-journalisten-sind-und-wie-sie-arbeiten?p=all (Zugriff: 08.06.2018)

Infratest dimap (Hrsg.) (2015): „Vorgaben der Politik für die Berichterstattung der Medien“; www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/glaubwuerdigkeit-der-medien (Zugriff: 18.06.2018)

Mouk, Yascha (2018): Der Zerfall der Demokratie. Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht. München: Droemer Verlag

Pappenberger, Manfred (2017): Falschmeldungen, Hasskommentare, Social Bots – Die Rolle von Staat und Medien. In: *Journal für politische Bildung*, 7. Jahrgang (4), 2017, S. 34–41

Pörksen, Bernhard (2016): Die Postfaktische Universität; www.zeit.de/2016/52/wissenschaft-postfaktisch-rationalitaet-ohnmacht-universitaeten (Zugriff: 08.06.2018)

Pörksen, Bernhard (2018): Alle müssen Journalisten sein. Gastbeitrag; www.zeit.de/2018/08/umgang-medien-fake-news-propaganda-journalismus (Zugriff: 08.06.2018)

Reinemann, Carsten (2017): Fake News. Anfällig für unsinnige Behauptungen; www.uni-muenchen.de/forschung/news/2017/reinemann_fake_news.html (Zugriff: 11.06.2018)

Schirnding, Albert von (Hrsg.) (2012): Hesiod, Theogonie. Werke und Tage. Griechisch-Deutsch. Berlin: De Gruyter

Wilke, Jürgen (2012): Funktionen und Probleme der Medien; www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/139163/funktionen-und-probleme?p=all (Zugriff: 08.06.2018)

Rezensionen

Benno Hafeneger / Hannah Jestädt / Lisa-Marie Klose / Philine Lewek: **AfD in Parlamenten**

Themen, Strategien, Akteure



Frankfurt am Main 2018
Wochenschau Verlag, 164 Seiten

VON BORIS BROKMEIER „Zum großen Bösen kamen die Menschen nie mit einem Schritt. Nie. Sondern mit vielen kleinen. Von denen jeder zu klein schien für eine große Empörung. Erst wird gesagt, dann wird getan.“ Das formulierte der österreichische Schriftsteller Michael Köhlmeier in seiner Rede vor österreichischen Parlamentariern in Wien anlässlich des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 5. Mai 2018. Diese wie auch andere Äußerungen bezogen sich auf die Regierungsbeteiligung der rechtsnationalen FPÖ.

Soweit sind wir in Deutschland zum Glück (noch) nicht, dass wir die deutsche Ausgabe in Form der AfD in Landesregierungen oder als Teil einer Bundesregierung zur Kenntnis nehmen müssten.

Eine Autorengruppe um den Marburger Erziehungswissenschaftler Benno Hafeneger untersuchte nunmehr die Arbeit der AfD in verschiedenen Landes- und Kommunalparlamenten und lieferte damit eine umfassende Analyse eines Zeitausschnitts der letzten drei Jahre, der bereits die jüngste Bundestagswahl und den Einzug der AfD ins Parlament mit über 90 Abgeordneten beinhaltet. Ein Ausschnitt deshalb, weil naturgemäß der Lauf der Dinge weiter voranschreitet und seit dem Erscheinen des Buches immer neue weitere kleine Schritte und Empörungen, so wie

Köhlmeier es für Österreich attestiert hat, dazukamen: Die kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion, die einen Zusammenhang zwischen Behinderung, Inzest und Migration herstellt (BT-Ds 19/1444) oder die fremdenfeindliche Haushaltsrede von Alice Weidel, die nicht nur Tumulte im Parlament auslöste, sondern für die sie richtigerweise einen Ordnungsruf kassierte.

Die Autoren haben in ihrem 164 Seiten umfassenden Band in kompakter Weise „all about AfD“ zusammengefasst und deren Wahlergebnisse der zurückliegenden Wahlen akribisch aufgelistet. Hier lässt sich das ganze Elend nochmal dezidiert nachlesen; und wer mag kann auch gleich (zur Steigerung des eigenen Empörungspotenzials) die Anzahl an AfD-Mandatsträgern bis dato zusammenaddieren. Ein Beispiel: Bei der Kommunalwahl 2016 in Hessen ergatterte die AfD insgesamt 183 Sitze in Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen und glänzte mit einem unglaublichen Ergebnis von 15,9% in der eher unverdächtigen Region Bergstrasse in Hessen.

Ganz konkret geht es aber auch um die Arbeit der AfD-Landtagsfraktion und deren Einlassungen auf ein breites Band an Themen, auch jenseits von Flucht und Migration. Aber auch in unverdächtigen Politikfeldern wie Familien- oder Haushaltspolitik geht es häufig nur um das Eine – die Flüchtlinge und Migranten. Auf die Arbeit in den Kommunalparlamenten in Hessen und Niedersachsen wirft dieser Band zurecht ein besonderes Augenmerk, da die AfD inzwischen über eine sehr große Anzahl an Kommunalpolitikern verfügt und die Kommunalpolitik am nächsten das Lebensumfeld der Menschen zum Inhalt hat.

Der erste Eindruck, das alles über die AfD schon mehrmals in deutschen Qualitätszeitungen gelesen zu haben, wird schnell hinweggefegt durch die Befassung mit der konkreten Parlamentsarbeit der Rechtsnationalen in den nachfolgenden Kapiteln. Logisch, dass Themen wie Migration, Asyl und Flüchtlinge eine herausgehobene Rolle spielen und sich in Anfragen an Landesregierungen widerspiegeln. Eine Große Anfrage zu diesem Themenfeld startete die AfD-Fraktion im Rheinland-Pfälzischen Landtag mit über 103 Fragen, flankiert durch weitere Anträge und Debattenbeiträge, auch zu anderen Themenfeldern. Ganze Arbeitsstäbe, die den AfD-Fraktionen in den Berufsparlamenten zur Verfügung stehen, tüfteln immer neue parla-

mentarische Initiativen aus, um ihre Themen und Botschaften möglichst öffentlichkeitswirksam zu platzieren. Das ist natürlich das Wesen der parlamentarischen Demokratie und insbesondere einer Opposition, aber um zu verstehen, was die AfD damit im Schilde führt, bedarf es dieses Kompendiums von der Autorengruppe um den ausgewiesenen Experten Benno Hafeneeger.

Wer darüber hinaus wissen will, warum die AfD in Rheinland-Pfalz die Jugendarbeit und die politische Bildung deutlich kürzen oder gar abschaffen will, findet im Band entsprechende Ausführungen und im Anhang sogar Faksimiles von AfD-Anträgen im Landtag und in Hessischen Kommunalparlamenten. Begründungen zu Anträgen, warum an allen Tagen vor deutschen Schulen „unabhängig vom Sonnenaufgang um 8 Uhr“ geflaggt werden soll oder warum der Landrat des Rhein-Taunus-Kreises ein Vollverschleierungsverbot verhängen soll und warum der Magistrat in Offenbach prüfen soll, ob das Singen von Weihnachtsliedern und „das Brauchtum des Hl. Nikolaus“ in städtischen Erziehungseinrichtungen eingeschränkt oder darauf ganz verzichtet wird, lassen einen kopfschüttelnd und erzürnt zurück.

Diese Dokumentation der „vielen kleinen Schritte“ ließe sich wahrscheinlich als Lose-Blatt-Sammlung von AfD-Anträgen immer weiter fortsetzen. Vielleicht müsste man das auch tun. Mit diesem Band leisten die Autoren auf jeden Fall einen wichtigen Beitrag, um den Unsinn, den die AfD in den Parlamenten anstellt, konkret zu benennen und die Dokumente für sich sprechen zu lassen. Das macht alles noch erschreckender als jede Befassung mit dieser Partei auf Politik- oder Feuilletonseiten. Wir werden wohl noch viele kleine Schritte in Köhlmeiers Sinne zur Kenntnis nehmen müssen. Der vorliegende Band leistet auf jeden Fall eine notwendige Hilfestellung, um das Ticken der AfD in den Parlamenten deutlicher wahrnehmen zu können.

Björn Allmendinger / Joachim Fährmann / Klaudia Tietze (Hrsg.): Von Biedermännern und Brandstiftern Rechtspopulismus in Betrieb und Gesellschaft



Hamburg 2017 (Hustedter Beiträge
zur politischen Bildung, Bd. 6.)
VSA Verlag, 229 Seiten

VON JULIAN SCHÄRDEL Mit der Gründung der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) im Jahr 2013 und deren erfolgreichem Abschneiden in Bund und Ländern hat sich nun auch in der Bundesrepublik eine rechtspopulistische Partei fest im Parteiensystem etabliert. Ähnlich wie in anderen europäischen Ländern zielt diese rechtspopulistische Partei zudem, in gewissem Widerspruch zu ihrer ursprünglich eher neoliberalen Ausrichtung, in letzter Zeit vermehrt auf Wähler/-innen aus der Arbeiterschaft. Entsprechend konnte die – zu Beginn noch als „Professorenpartei“ verschriene AfD – bei der Bundestagswahl 2017 im Arbeitermilieu überdurchschnittlich viele Stimmen erwerben (vgl. Wahlreport Infratest dimap 2017). Mittlerweile präsentiert sich die AfD gerne als neue Stimme des „kleinen Mannes“ und somit auch als direkte Konkurrenz zu linken Parteien und den etablierten Arbeitnehmervertretungen, den Gewerkschaften. Nicht zuletzt aus diesem Grund, widmet das Bildungszentrum HVHS Hustedt mit Unterstützung durch die IG Metall in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt sowie dem Verein „Mach’ meinen Kumpel nicht an!“ ihren sechsten Band der Hustedter Beiträge zur politischen Bildung dem Thema „Rechtspopulismus in Betrieb und Gesellschaft“.

Nach dem Wunsch der Herausgeber soll der Sammelband mit 19 Beiträgen von Autoren aus Wissenschaft, Gewerkschaftsverbänden und Bildungseinrichtungen, Anregung und Hilfestellung sein, um Rechtspopulismus in Betrieb und Gesellschaft Paroli zu bieten. Dafür ist das →

Buch in drei, vom Umfang her etwa gleich große Bereiche aufgeteilt: Im ersten Teil werden Grundlagen des Rechtspopulismus in Deutschland dargestellt, der zweite Teil befasst sich mit Rechtspopulismus in Betrieb und Gesellschaft und das dritte Kapitel soll gewerkschaftliche Handlungsmöglichkeiten aufzeigen. Auch wenn die AfD im Titel des Buches nicht explizit genannt wird, befasst sich erwartungsgemäß der Großteil der Artikel mit der neuen rechtspopulistischen Partei. Dabei wird auf die allgemeine Entwicklung der AfD ebenso eingegangen, wie auf ihre sozialpopulistische Neuausrichtung, die Versuche der Partei, durch Gründungen von neuen Vertretungen in der Arbeiterschaft Fuß zu fassen, sowie auf regionale Analysen und Praxisbeispiele der Ausbreitung rechtspopulistischer Agitation bzw. entsprechender Gegenbewegungen.

Besonders positiv hervorzuheben ist der Fokus des Sammelbandes auf das Verhältnis des Rechtspopulismus zu Themen der Arbeitswelt und Sozialpolitik. In dieser Hinsicht schließt das Buch eine wichtige Lücke in der Literatur, die sich dem Thema Rechtspopulismus in Deutschland bislang zumeist in Bezug auf seine ausländer-, islam- oder elitenfeindliche Einstellung näherte. Dabei bringen gerade die Themenfelder Wirtschafts- und Sozialpolitik die AfD aufgrund ihrer ambivalenten Ausrichtung schnell in Erklärungsnot, weshalb diese Themen bereits in einem internen AfD-Strategiepapier von 2017 für besonders heikel erklärt wurden (vgl. AfD-Manifest 2017, S. 8).

Ebenfalls gewinnbringend ist die breite Auswahl der Autorinnen und Autoren mit entsprechend unterschiedlichen Perspektiven auf die Thematik. So finden sich im Sammelband explizit wissenschaftliche Beiträge genauso wieder, wie politische Essays und praktische Erfahrungsberichte. Dabei ist lediglich anzumerken, dass in einzelnen Beiträgen, etwas mehr Quellennachweise wünschenswert gewesen wären, um auch der Leserschaft weitere Hilfestellung bei der Argumentation gegen rechtspopulistische Parolen zu liefern. In einer Zeit, in der Fakten von rechtspopulistischer Seite gerne mal als „alternativ“ relativiert werden, sind klare Nachweise von besonderer Bedeutung. Enttäuscht könnten zudem Leser/-innen sein, die sich durch die Lektüre des Buches klare praktische Handlungsanweisungen im Umgang mit Rechtspopulisten erhoffen. Zwar sind sich die Autorinnen und Autoren dahingehend einig, dass man entsprechenden Einstellungen offensiv entgegenzutreten sollte, konkrete Hilfestellungen zum Umgang mit rechtspopulistischen Parolen sind aber eher rar gesät. In dieser Hinsicht liefert der Band letztlich selbst einen Nachweis, wie schwierig es für demokratische

Akteure ist, einfache Antworten auf das Phänomen des Rechtspopulismus zu finden. Dies schmälert jedoch nicht den Wert des Sammelbands in Bezug auf die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Thematik „Rechtspopulismus in Betrieb und Gesellschaft“. In dieser Hinsicht stellt das Buch ein umfassendes Hintergrundwissen bereit, das als solide Argumentationsgrundlage gegen Rechtspopulismus dienen kann.

Torsten Groß / Susanne Huth / Birgit Jagusch / Ansgar Klein / Siglinde Naumann (Hrsg): Engagierte Migranten Teilhabe in der Bürgergesellschaft



Schwalbach/Ts. 2017
Wochenschau Verlag, 254 Seiten

VON KLAUS WALDMANN 22,5 % der Menschen, die Ende 2016 in Deutschland leben, hatten nach Angaben des Statistischen Bundesamts einen Migrationshintergrund. Es ist naheliegend zu fragen, in welcher Weise sich diese Bevölkerungsgruppe in der Zivilgesellschaft engagiert. Nach den Ergebnissen des Freiwilligensurvey 2014 engagieren sich 31,5 % der Menschen mit Migrationshintergrund in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen. Bei den Menschen mit Migrationshintergrund und deutscher Staatsangehörigkeit beträgt diese Quote 43,2 % und unterscheidet sich nur unwesentlich von der Quote der Menschen ohne Migrationshintergrund mit 46,8 % (vgl. den Deutschen Freiwilligensurvey 2014, S. 593).

Der Band ist im Umfeld des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) entstanden. Er enthält insgesamt 35 Beiträge (mit Grußwort und der jeweiligen Einführung in die fünf Kapitel). Die Kapitel widmen sich

folgenden Themen: a) Zuwanderungs- und Integrationspolitik der vergangenen 20 Jahre; b) Migrant*innenorganisationen; c) Interkulturelle Öffnung; d) Engagementbereiche; e) Engagementformen und -förderung. Die Beiträge zeigen, dass das Engagement von Migrant*innen ein breites Betätigungsspektrum umfasst: Sport, Kultur, Schule und Kindergarten, weitere soziale Dienstleistungen, Glaubensgemeinschaft und Religion, außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung, Interessenvertretung, Feuerwehr sowie Unfall- und Rettungsdienst, betriebliche Interessenvertretung und als migrantischer Unternehmerverband.

In den Beiträgen ist die Überzeugung grundlegend, dass Partizipation und Teilhabe „Zeichen von Zugehörigkeit und positiver Bezugnahme auf die Gesellschaft“ (S. 12) sind. Das bürgerschaftliche Engagement „von und mit Menschen mit Migrationshintergrund (erfüllt) sozialintegrative Funktionen“ (ebd.). In den Blick genommen werden jedoch auch die Hindernisse, die in „Formen struktureller Diskriminierung, Alltagsrassismus (und) der Konfrontation mit Stereotypen und Vorurteilen“ (ebd.) bestehen, die nach wie vor zum gesellschaftlichen Alltag gehören.

An einigen ausgewählten Beispielen sollen die Inhalte des Bandes aufgezeigt werden. Dietrich Thränhardt skizziert die Geschichte der Zuwanderungsbewegungen nach Deutschland seit dem II. Weltkrieg. Er weist auf die Geschichte der Heimatvertriebenen, die Anwerbung von „Gastarbeitern“, die Zuwanderung von Flüchtlingen, von Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem Balkan oder von Umsiedlern aus der Sowjetunion und Osteuropa hin, um dann auf die besondere Situation in 2015 einzugehen. Marissa B. Turac beschäftigt sich mit der Entwicklung der Asylgesetzgebung und den mehrfachen Veränderungen. Sebastian Beck bezieht sich auf die Studie des SINUS-Instituts zu den Migrant*innenmilieus und deren Relevanz für die künftige Stadtgesellschaft. Roland Roth analysiert die Möglichkeiten der politischen Partizipation von Migrant*innen und weist darauf hin, dass zwar „assoziative, zivilgesellschaftliche und deliberative Formen“ (S. 61) große Aufmerksamkeit genießen, während die Beteiligung an „Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen bei allgemeinen Wahlen, in Parlamenten und Parteien deutlich geringer ausfällt“ (S. 71). So haben zwar 22,5 % der Bevölkerung einen Migrationshintergrund, jedoch nur 9 % der Wahlberechtigten (S. 64).

Cemalettin Özer und Katharina Neubert weisen darauf hin, dass es in Deutschland ca. 20.000 Migrant*innenorganisationen und etwa 60 Migrant*innendachverbände gibt. Das sind Organisationen, die a) von Menschen mit Migrati-

onshintergrund gegründet sind, b) deren Vorstand, Mitarbeiterschaft und Mitglieder mehrheitlich aus Personen mit Migrationshintergrund bestehen und die soziale Arbeit leisten oder Selbsthilfe organisieren. Diese sind meist den Weg über das Motiv der Traditionspflege bis hin zu Interessenvertretung gegenüber Politik und Zivilgesellschaft gegangen und sind aktuell wichtige Kooperationspartner von Organisationen der Mehrheitsgesellschaft.

Die Beiträge im Kapitel „Interkulturelle Öffnung“ verdeutlichen, wie sich die Organisationen der Mehrheitsgesellschaft verändern müssen, um Migrant*innen und Migrant*innen eine gleichberechtigte Teilhabe am kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Leben zu ermöglichen.

Die Beiträge in diesem Band verdeutlichen, dass Menschen mit Migrationshintergrund und ihre Organisationen eigenständige und relevante Akteure der Bürgergesellschaft sind. Der Band vermittelt einen breiten Einblick in das weite Spektrum zivilgesellschaftlichen Engagements von Migrant*innen. Zwei Aspekte fallen auf: Zum einen werden vor dem Hintergrund der starken Zuwanderung in den Jahren 2015/2016 die besonderen Fähigkeiten und Aufgaben von Migrant*innenorganisationen bei der Integration von Geflüchteten (funktional) hervorgehoben und zum anderen sind einige Beiträge von einem vormundschaftlichen Ton gegenüber Zugewanderten und Migrant*innen gekennzeichnet. Auffällig ist außerdem, dass die Leistungen von migrantischen Religionsgemeinschaften in dem Band kaum gewürdigt werden. Dennoch ist der Band allen zur Lektüre empfohlen, die sich für eine inkludierende Gesellschaft der Vielfalt engagieren.

**K. Peter Fritzsche / Peter G.
Kirchschräger / Thomas
Kirchschräger: Grundlagen der
Menschenrechtsbildung**
Theoretische Überlegungen und
Praxisorientierungen



Schwalbach/Ts. 2017
Wochenschau Verlag, 230 Seiten

VON KATJA WEIERSTALL In Saudi-Arabien erhalten Frauen nach langer Zeit endlich das Recht, Auto zu fahren und Fußball spielen zu gehen – wenn auch nur in Begleitung von Familienmitgliedern. Gleichzeitig versuchen europäische Staaten, das Menschenrecht auf Asyl über Flüchtlingsquoten auszuhöhlen, oder sie weigern sich ganz, geflüchtete Menschen bei sich aufzunehmen. Diese divergenten Entwicklungen belegen anschaulich, dass die von den Vereinten Nationen verfasste *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* noch immer nicht in allen Facetten Realität geworden ist. Es scheint als hätten die 193 Mitgliedsstaaten mit der Unterzeichnung der Erklärung ein hehres Versprechen abgegeben, das sie nicht halten können oder wollen. Vor diesem Hintergrund stellt das vorliegende Werk einen guten Ausgangspunkt für all jene dar, die sich mit der Thematik Menschenrechte intensiver auseinandersetzen und ihr Gehör verschaffen wollen.

Zu Beginn des Buches werden Menschenrechte und die Menschenrechtsbildung (MRB) aus verschiedenen (theoriegeleiteten) Perspektiven beleuchtet. Hier steht vor allem das Verständnis für die Verzahnung beider Aspekte im Fokus. So geht es bei der MRB darum, über die Inhalte der Menschenrechte aufzuklären und zu vermitteln, wie sie in der Praxis wahrgenommen werden können. Diese Bildung *über* die Menschenrechte stellt zugleich auch eine Bildung *für* die Menschenrechte dar. In ihnen geschulte

Menschen sind eher bereit, sich auch aktiv für die eigenen Menschenrechte oder die von Dritten einzusetzen. Daran anschließend befassen sich die Autoren mit der Notwendigkeit einer Kultur der Menschenrechte, d. h. einer Kultur der gelebten Toleranz und Diversität, und sie beleuchten, welchen Einfluss Kinderrechtsbildung und Inklusive Bildung auf diese haben können. Sie sehen in der Menschenrechtskultur „eine unverzichtbare kollektive Ressource erstens der gesellschaftlichen Anerkennung und Unterstützung, zweitens der moralischen wie emotionalen Verankerung, drittens einer kritischen Kontrolle der Umsetzung und viertens der Entwicklung der Menschenrechte“ (S. 85 f.). Der folgende Abschnitt widmet sich verschiedenen benachbarten Bildungsansätzen (z. B. politische Bildung oder interkulturelle Bildung) und deren Verhältnis zur Menschenrechtsbildung. Diesen Bildungsansätzen ist mit der MRB gemein, dass sie über das jeweils vermittelte Wissen die Werte und Verhaltensweisen der Menschen nachhaltig verändern wollen, um so „eine ‚bessere Welt‘ bei Individuen und in der Gesellschaft zu ermöglichen“ (S. 141 f.). Daran anschließend befassen sich die Autoren mit den Vor- und Nachteilen impliziter und expliziter MRB und kommen zu dem Ergebnis, dass implizite MRB vor allem dort zum Einsatz kommen muss, wo die explizite an ihre Grenzen stößt, beispielsweise weil sie sich aufgrund der vorherrschenden Kultur den Zugang zu den entsprechenden Zielgruppen selbst verschließen würde. Das Buch schließt mit zwölf Thesen zur Menschenrechtsbildung im Wandel und für den Wandel.

Die Publikation verfolgt einen interdisziplinären Ansatz, welcher in der fachlichen Herkunft der Autoren begründet ist. K. Peter Fritzsche kommt aus dem Bereich der Politikwissenschaft und Menschenrechtsbildung und Peter G. Kirchschräger von der Theologischen Fakultät der Universität Luzern; Thomas Kirchschräger schließlich ist Rechtsanwalt, wenngleich auch er in der MRB arbeitet. Dieser interdisziplinäre Ansatz spiegelt sich in mitunter divergierenden Positionen wider, welche die Autoren nach eigenen Angaben – und das richtigerweise – beibehalten haben, da Menschenrechtsbildung ein kontroverses Thema ist. Die Autoren verfolgen nach eigenen Angaben den Anspruch, in der Bildung Tätige dabei zu unterstützen, in ihrer Arbeit den Bezug zu den Menschenrechten herzustellen. Dazu wollen sie „eine theoretische Perspektive auf die MRB (einnehmen), um zu einer verbesserten Praxis zu gelangen“ (S. 6 f.). Der Einstieg in das Buch fällt aufgrund des hohen Anteils (fachspezifischer) Theorie stellenweise etwas schwer und der praktische Nutzen für Bildnerinnen

und Bildner erschließt sich nicht sofort. Aber spätestens bei den Kapiteln zur Menschenrechtskultur wird deutlich, wie sinnvoll ein theoretisches Fundament bei der Thematik ist. Es gilt zu verstehen, inwieweit Menschenrechte, MRB und Menschenrechtskultur aufeinander einwirken und voneinander abhängen. Dies eröffnet dem Leser bzw. der Leserin die verschiedenen Ansatzpunkte für mögliche Bildungsmaßnahmen, welche im Kapitel zu den benachbarten Bildungsansätzen noch erweitert werden. Insgesamt bietet das Buch eine sinnvolle theoretische Fundierung der Thematik Menschenrechtsbildung und daran anknüpfend vielfältige Ansatzpunkte für die praktische Arbeit.

Bernd Reef: Konstruktivismus in der Didaktik der politischen Bildung Eine Kritik



Opladen u. a. 2018
Verlag Barbara Budrich, 283 Seiten

VON JOHANNES SCHILLO Der Politikdidaktiker Bernd Reef stellt am Ende seiner Kritik konstruktivistischer Didaktik in der Danksagung fest, dass er die Zeit, die er zur Abfassung des Buches aufgewandt hat, besser seiner Frau gewidmet hätte (S. 283). Ähnlich spitz formuliert er in der Einleitung: Eigentlich hätte er nach dem ersten Kapitel, das die Absurdität und Irrelevanz konstruktivistischer Erkenntnistheorie darlegt, Schluss machen können (S. 9). Es folgen dann aber doch noch rund 200 Seiten, die in vier Kapiteln auf die einschlägigen erkenntnistheoretisch inspirierten Bemühungen der Didaktik, auf damit verbundene Lerntheorien sowie auf die Schlussfolgerungen für die politische Bildungsarbeit eingehen.

Die fast schon ironische Distanz zum verhandelten Gegenstand hat ihren Grund. Wie Reef im ersten Kapitel darlegt, wird im Rahmen derartiger Erkenntniskritik, an Kant

anschließend oder ihn überbietend, allen Ernstes darüber diskutiert, ob es die Wirklichkeit gibt, ob eine Außen- und Innenwelt existiert und in welchem Ausmaß sie möglicher Weise erkennbar ist – nur ihre Strukturen oder auch ihre Eigenschaften, ganz oder nur teilweise? Didaktiker wie Rolf Arnold, Horst Siebert oder Wolfgang Sander befinden solche Debatten jedenfalls für hochinteressant und sehen in der philosophischen Prämisse, dass der Mensch (oder neuerdings: sein Gehirn) sich seine (soziale) Welt konstruiert, einen entscheidenden wissenschaftlichen Fortschritt. Vor allem Sander will eine solche erkenntnistheoretische Reflexion, so sein Standardwerk „Handbuch politische Bildung“ (4. Auflage, 2014), das den Anstoß zu Reefs Studie gab (S. 7), für die pädagogische Debatte obligatorisch machen.

Der zentrale Einwand gegen die Kantsche Erkenntniskritik und ihre Nachfolger, den die Welt im Grunde seit Hegel kennt, findet sich auch in Reefs Ausführungen (S. 25): Konstruktivistische und ähnliche Erkenntnistheoretiker nehmen für sich in Anspruch, das Verhältnis von objektiver Welt und ihr gegenüberstehendem, erkennendem Subjekt zu erforschen, um daraus – wie auch immer, mal mehr apodiktisch, mal mehr hypothetisch – den Schluss zu ziehen, dass Erstere von den subjektiven Zutaten oder Konstrukten des Letzteren zu trennen ist und dass in der damit identifizierten unüberbrückbaren Subjekt-Objekt-Differenz das eigentliche Erkenntnisproblem besteht. Sie selber betätigen also, bezogen auf diesen Gegenstand, ganz souverän ihr Erkenntnisvermögen, um Letzterem dann seine prinzipielle Beschränktheit, jedenfalls seine Unfähigkeit zu objektiver Erkenntnis zu bescheinigen und aus dieser tiefen Einsicht eine Vorschrift für den restlichen Wissenschaftsbetrieb zu verfertigen.

Die Unhaltbarkeit einer solchen Position thematisiert Reefs Buch in ganz eigener Weise. Der Autor geht die Vielzahl erkenntnistheoretischer Ansätze idealistischer, konstruktivistischer, relativistischer, solipsistischer etc. Bauart durch und zeigt, wie sie sich teils selbst, teils untereinander widersprechen, wie sie heute Anschluss an die Neurowissenschaften suchen und wie sich die einschlägige didaktische Diskussion je nach Gusto bei dieser Gemengelage bedient, um ein pädagogisches Problem zu konstruieren. Dafür muss dann nur noch das Phantom eines realistischen Antagonisten in Szene gesetzt werden – also eine philosophische Gegenposition, die Erkenntnisvorgänge als einen Abdruck der Außenwelt im menschlichen Bewusstsein versteht, gewissermaßen als mechanischen Vorgang, der ohne Zutun des Subjekts zustande kommen soll. →

Reef stellt dazu klar: Wenn konstruktivistisch inspirierte Lerntheorien die Banalität betonen, dass Erkenntnis eine Leistung des Subjekts ist, kann man sie gelten lassen. Wenn Lernende allerdings, wie Arnold formuliert, als „Unternehmer ihres eigenen Lernens“ (S. 152) verstanden werden, zeigen sich die ideologischen Implikationen: Selbstgesteuerte Individuen sollen die kapitalistische Konkurrenzgesellschaft als einen Markt der unbegrenzten Möglichkeiten begrüßen, auf dem sie sich mit ihrem Humankapital durchsetzen. Solche ideologiekritischen Überlegungen bringt Reef in den Schlussüberlegungen seines Buchs zur Sprache (S. 259 ff.). In der Hauptsache geht es ihm aber um eine immanente Kritik, nämlich um den Nachweis, dass die konstruktivistische Problematisierung zur Aufklärung politischer Lernprozesse nichts beiträgt, dass sie vielmehr ins „politik-didaktische Nirwana“ (S. 257) führt. Fazit: Auf weite Strecken eine gelungene Wissenschaftssatire!

**Michael Görtler / Mathias Lotz /
Marc Partetzke / Sara Poma Poma /
Marie Winckler (Hrsg.): Kritische
politische Bildung Standpunkte und
Perspektiven**



Schwalbach/Ts. 2017
Wochenschau Verlag, 192 Seiten

VON MARIE KNÄPPER Die aktuelle politische Lage in Deutschland offenbart die verschiedenen und komplexen gesellschaftlichen Herausforderungen, die auch die Dringlichkeit einer selbst-reflektierten und differenzierten politischen Bildung in den Fokus rückt. Im Angesicht dieser Herausforderung erschien das Buch „Kritische politische Bildung: Standpunkte und Perspektiven“, welches auf Bei-

trägen der Nachwuchstagung der Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GJPE) im Frühjahr 2016 an der Universität Bremen basiert. Obgleich das Buch nicht das Ziel verfolgt, eine Definition der kritischen Bildung vorzulegen, werden verschiedene Standpunkte und Perspektiven in den Fokus gerückt. Das Buch widmet sich in Beiträgen von verschiedenen Autorinnen und Autoren den offenen Fragen, was man überhaupt unter kritischer politischer Bildung – außerschulisch und schulisch – verstehen mag und inwiefern eine Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis besteht. Die Publikation stellt das weite Diskurs- und Verständnissfeld der kritischen Bildung überzeugend dar und bietet verschiedenste methodische und empirische Einblicke in die Thematik der kritischen politischen Bildung. Es bietet dem Leser/der Leserin die Möglichkeit, kontroverse und konträre Meinungen zur kritischen politischen Bildung einzuholen und fördert zeitgleich den eigenen Meinungsbildungsprozess auf verschiedenen Ebenen.

Das Buch lässt sich in drei Teile gliedern. Zu Beginn werden theoretische und konzeptionelle Perspektiven veranschaulicht, die die konträren Meinungen der Notwendigkeit der kritischen politischen Bildung offenlegt. Marc Partetzke eröffnet die Diskussion mit einem interessanten Beitrag, der die Problematiken in Bezug auf den Begriff „kritisch“ analysiert. So wird dargelegt, dass kritische politische Bildung oft eine subjektive Sicht auf das politische Geschehen repräsentiert und dies die Zielsetzung für mögliche politische Bildungsarbeit beeinflussen kann. Jedoch bietet die Publikation auch befürwortende Beiträge an, die die Notwendigkeit der kritischen politischen Bildung verdeutlicht. Sara Poma Poma und Daniel Krenz-Dewe illustrieren zum Beispiel, dass Impulse aus den Cultural Studies als theoretischer Hintergrund für kritische Bildungsarbeit funktionieren könnten und dadurch zu einer Sensibilisierung für gesellschaftliche Machtverhältnisse und zur Förderung von herrschaftskritischer Handlungsfähigkeit führen.

Auch die weiteren Beiträge beleuchten die theoretischen Ansätze der kritischen politischen Bildung aus unterschiedlichen Blickwinkeln, sodass eine gute Grundlage für den zweiten Teil geschaffen wurde. Er befasst sich mit empirischen Forschungsansätzen der kritischen politischen Bildung. Die Beiträge stellen Forschungsergebnisse aus dem schulischen sowie außerschulischen Bereich vor und präsentieren verschiedene Ansätze, die illustrieren, wie sich eine kritische politische Bildung entwickeln und verfestigen könnte. Der zweite Teil offenbart einige blinde Flecken und regt zu Denkanstößen an. Differenzie-

rungen der kritischen politischen Bildung werden anhand interessanter Beispiele dargestellt und zeigen auf, dass der Umgang mit dem Spannungsfeld zwischen Konsens und Dissens im politischen Kontext und daraus resultierender Legimitationsargumente, noch mehr pädagogischer Aufmerksamkeit bedarf.

Im letzten und dritten Teil des Buches werden abschließend politisch-bildnerische Praxisbeispiele vorgestellt und reflektiert. Auch hier werden verschiedene Standpunkte und Perspektiven aufgegriffen, die Bezug zu aktuellen Themen wie Inklusion und Resozialisierung von Straftätigen einnehmen. Auch in den abschließenden Beiträgen wird der Bezug zur Verwirklichung von politdidaktischen Lernzielen sowie zu aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen hergestellt und von den Autoren kritisch analysiert.

Die Publikation reflektiert insgesamt einen guten thematischen Querschnitt der verschiedenen Sichtweisen in der kritischen politischen Bildung. Die Aufteilung in drei Hauptteile – theoretisch, empirisch, praktisch – ermöglicht einen guten Überblick und Aufbau. Das Buch bietet für die politische Bildung relevante und interessante Hinweise und Anknüpfungspunkte.

JFF – Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis (Hrsg.): Medien – Pädagogik – Gesellschaft

Der politische Mensch in der Medienpädagogik



München 2017
kopaed, 296 Seiten

VON KLAUS WALDMANN Medien haben für die politische Jugendbildung einen hohen Stellenwert. Sie sind elementarer Bestandteil der Lebenswelten Jugendlicher und aus der alltäglichen Kommunikation Jugendlicher sind Medien kaum wegzudenken. In der politischen Jugendbildung sind sie u. a. Instrumente zur Erschließung von Umwelt, zur Dokumentation von Erfahrungen, zur Simulation gesellschaftlicher Prozesse, zur Vermittlung von Wissen und zur Verarbeitung von Lernerfahrungen. Sie dienen zudem dazu, eigene Interessen und Vorstellungen in die Öffentlichkeit zu transportieren.

Das Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis in München (JFF) hat sich in seiner Arbeit mit der theoretischen Begründung des Konzepts einer subjekt- und handlungsorientierten Medienpädagogik, mit der wissenschaftlichen Reflexion medienpädagogischer Praxis sowie der Realisierung und Begleitung innovativer Modellprojekte gewidmet. Mit dieser Ausrichtung des Instituts ist Bernd Schorb als langjähriger Direktor des Instituts und anschließend als Vorsitzender des Trägervereins unauflösbar verbunden. Anlässlich des Abschieds von Bernd Schorb aus der aktiven Arbeit des Instituts wurde 2017 der zu besprechende Sammelband herausgegeben.

Die drei Teile des Bands sind überschrieben mit 1) Medienpädagogik als politische Disziplin; 2) Gesellschaft im Umbruch. Aktuelle Herausforderungen und 3) Das Politische im medienpädagogischen Handeln. Markieren schon allein diese drei Überschriften den medienpädagogigi-→

schen Standort des Instituts, so wird dies im einleitenden Beitrag von Helga Theunert und Fred Schnell mit der Formulierung, „Menschen für ein souveränes Leben mit Medien stark machen“ (S. 16) als Ziel von Medienpädagogik unterstrichen. Ein souveränes Leben ist nach Meinung von Theunert/Schnell von geistiger Autonomie und der Fähigkeit, Zusammenhänge zu erkennen, wesentlich charakterisiert. Begründet wird dieser Ansatz in Anlehnung an Oskar Negts Studien zum politischen Menschen (2010). Aus dieser Perspektive ist es naheliegend, die politische Bildung „traditionell (als) ein möglicher Partner für die Medienpädagogik“ (S. 15) zu bezeichnen. Das Konzept des politischen Menschen müsse Dimensionen von Medienkompetenz in sich aufnehmen. Medien seien ein in das alltägliche Leben „integrierter, emotional besetzter und für Weltaneignung, Orientierung und Identitätsarbeit höchst relevanter Gegenstand der Umwelt“ (S. 17). Der Begriff von Medienkompetenz umfasse ein Bündel an Fähigkeiten: a) instrumentelles, analytisches und strukturelles Wissen; b) die Medienwelt selbst-, medien- und gesellschaftsbezogen zu reflektieren; c) Medien für kommunikatives und partizipativen Handeln aktiv anzuwenden. Eingebettet sind diese Fähigkeiten in die gesellschaftlichen Schlüsselqualifikationen nach Negt. Menschen die Medienpädagogik betreiben, müssten sich nach Theunert/Schell als politisch Denkende und Handelnde begreifen, politische und ökonomische Hintergründe analysieren, gesellschaftliche Zusammenhänge herstellen, politisches Urteilsvermögen bilden und sich im öffentlichen Diskurs für ein souveränes Leben in der mediatisierten Gesellschaft engagieren.

Für Ingrid Paul-Hasebrink und Uwe Hasebrink sind Medien integrierter Bestandteil gesellschaftlicher Realität, sie sind Sozialisationsfaktoren, Mittler der Sozialisation und selbstbestimmt in der Kommunikation eingesetzte Instrumente. Sie nehmen den Begriff der Medienkonvergenz auf, des Zusammenwachsens z. B. von PC, Internet, Fernsehen, mobiler Kommunikation und der Integration von alten und neuen Medien, um den konzeptionellen Rahmen medienpädagogischen Handelns präziser zu bestimmen. Manuela Pietraß fragt nach der politischen Dimension von Medienkompetenz und vertritt die These, dass politische Partizipation Öffentlichkeit erfordert. Es gehe um die Herstellung von Öffentlichkeit für unterschiedliche Anliegen und Positionen, ein einfacher Klick würde diesem Anspruch nicht genügen.

Weitere Beiträge beschäftigen sich mit der Rolle von Medien in gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsstrukturen, mit dem Konzept der Aneignung als einem

zentralen Begriff von Medienpädagogik, mit Kreativität und Phantasie als grundlegende Aspekte von Medienpädagogik, mit der angeblichen Medienverdrossenheit (Lügenpresse), mit Neuromarketing, Framing und Nudging als manipulative Strategien von Medien und mit dem unvorstellbaren Datensammeln der großen Internetkonzerne. Als aktuelle Herausforderungen für Medienpädagogik werden die Digitalisierung in der Lebens- und Arbeitswelt in Verbindung mit Big Data Analytics skizziert. Eine kritisch-reflexive, subjekt- und handlungsorientierte Medienpädagogik müsse die mit der Digitalisierung verbundenen Machtstrukturen analysieren und Entwicklungsmöglichkeiten für die Zukunft aufrechterhalten.

Der Band wird abgerundet mit der Darstellung verschiedener Praxisprojekte zu den Themen Gewalt in den Medien, Partizipation mit Medien, exploratives Fotografieren, Computerspiele, sich kompetent online bewegen. In den Beiträgen des Bandes werden verschiedene Aspekte einer politisch orientierten Medienpädagogik reflektiert und Beispiele der Praxis dargestellt. Für Akteure der politischen Bildung eine lohnende und anregende Lektüre, wenn auch manche Redundanzen in den Beiträgen nicht zu übersehen sind.

Barbara Schellhammer: *Wie lernen Erwachsene (heute)?*

Eine transdisziplinäre Einführung
in die Erwachsenenbildung



Weinheim 2017
Beltz Juventa, 184 Seiten

VON KLAUS-PETER HUFER Der Titel des Buches macht neugierig: Wieso wird da eine „transdisziplinäre“ Einführung in die Erwachsenenbildung vorgelegt? Ist nicht Erwachse-

nenbildung per se transdisziplinär? Müssen nicht alle, die in der Theorie oder Praxis der Erwachsenenbildung arbeiten, immer multiple Bezüge herstellen, um ihre Tätigkeit wirkungsvoll zu begründen?

Die Autorin, Dozentin für interkulturelle Bildung an der Hochschule für Philosophie in München, versucht, den Pleonasmus ihres Buchtitels im Vorwort zu klären: Erwachsenenbildung heute müsse „multiperspektivisch“ sein (S. 8). Mehr noch, sie will „Menschen dazu anregen, sich um die ‚Gesundheit ihrer Seele‘ zu kümmern“ (S. 7). Erwachsenenbildung als Therapie? In der Tat sind die Bezüge, mit denen Schellhammer ihre Sicht der Erwachsenenbildung darstellt, vielfältig – teilweise so breit gefächert, dass sich die Frage aufdrängt, ob „transdisziplinär“ hier nicht eigentlich „entgrenzt“ heißen müsste.

Das Buch ist in vier Kapitel gegliedert. 1. Wie lernen Erwachsene? 2. Didaktik und Methodik, 3. Erwachsenenbildung heute, 4. Erwachsenenbildung und Philosophie. Warum „Erwachsenenbildung heute“ erst als drittes Kapitel erscheint, ist ein weiteres Rätsel dieses Buches, ebenso wie die besondere Darstellung des Verhältnisses von Erwachsenenbildung und Philosophie.

Die Kapitel folgen einem einheitlichen Darstellungsmuster: Sie sind untergliedert in viele und übersichtliche Teilkapitel. Die jeweiligen Sachzusammenhänge werden ergiebig, materialreich und mit wertvollen Literaturhinweisen dargestellt. Immer wieder gibt es Fragen zur „persönlichen Reflexion“, die sinnvoll dazu auffordern, das Gelesene in den jeweils eigenen Erkenntniszusammenhang zu bringen. So gesehen, erfüllt der Band den Anspruch, eine Einführung in die Erwachsenenbildung zu sein.

Die Kapitel haben unterschiedliche Stärken: Nichts zu beanstanden ist aus meiner Sicht im ersten Kapitel. Leserin und Leser bekommen einen guten Einblick in die Lernvoraussetzungen und Lernwiderstände Erwachsener.

Beim Lesen des zweiten Kapitels jedoch runzelt sich die Stirn. Da gibt es aufgeblasene Begrifflichkeiten, z. B. die Überschrift eines Kapitels mit „Instructional Design – Instruktionsdesign“ (S. 55). Heraus kommt aber nicht mehr, als dass in verschiedenen Schritten erklärt wird, wie ein Bildungsangebot zu planen sei. Und man stößt auf Erstaunliches, z. B. dass die Verfasserin bei der am Konstruktivismus orientierten „Ermöglichungsdidaktik“ „emanzipatorische Züge“ (S. 70) ausmacht. Dagegen fehlen Hinweise auf eine wirklich kritische emanzipatorische Position in der Erwachsenenbildung. Ausgiebig werden dafür selbstreguliertes Lernen und Coaching dargestellt, wobei sich die Frage stellt, wieso Letzteres in eine Einführung in die Er-

wachsenenbildung gehören soll. An dieser und anderen Stellen wird deutlich, dass mit Schellhammers Verständnis von „transdisziplinär“ Erwachsenenbildung zu einem diffusen Patchwork wird.

Problematisch sind auch einige Aspekte im dritten Kapitel, in dem „Erwachsenenbildung heute“ dargestellt werden soll. Dass das Kapitel mit „Diversity Management“ in der „Unternehmenskultur“ beginnt und insgesamt sehr viel über interkulturelle Bildung berichtet wird, ist zwar der Profession der Autorin geschuldet, aber macht diese „Einführung in die Erwachsenenbildung“ zu einem monothe-matischen Plädoyer für interkulturelle Bildung. Schwer zu ertragen sind Begriffskonstruktionen wie z. B. die Rede von „Fremdheitsfähigkeit“ (S. 117) oder einem „narrative(n) Selbst-Bewusstsein“ (S. 120). Fahrlässig ist, dass auch hier nicht zwischen Erwachsenenbildung und Therapie- und Selbsthilfegruppen klar unterschieden wird (S. 100). Wenn die Behauptung hingeworfen wird, „Nationalismus, Fundamentalismus und Extremismus sind Reaktionen auf die Angst vor ‚Überfremdung‘ und ‚Verwestlichung‘“ (S. 121) und dagegen „Selbstsorge“ und ein „selbstbewusster Umgang mit Fremden“ (S. 121) empfohlen wird, dann wird deutlich, wie verkürzt, ja illusionär dieses Lösungsangebot – und damit der Ansatz des Buches – ist.

Im vierten und letzten Kapitel reflektiert die Verfasserin das Verhältnis von Bildung und Kompetenzen und grenzt beides nuanciert voneinander ab. In dieser immer noch geführten Debatte nimmt sie erkennbar Position ein für den Vorrang von Bildung. Weitere Themen sind das Menschenbild in der Erwachsenenbildung, die sokratische Methode, Kreativität und Phantasie sowie Ethik und Werte. Manches hätte in das zweite Kapitel gehört, und nicht immer gelingt es der Autorin, zwischen Erziehung und Bildung zu unterscheiden. Erziehung verbietet sich in der Erwachsenenbildung.

Das Buch ist zweifelsohne lesenswert und erkenntnisreich. Die Autorin lässt teilhaben am reichen Fundus ihres Wissens. Aber statt der Verheißung, es sei eine „transdisziplinäre Einführung“, wäre angesichts der selektiven Sichtweise eine bescheidenere Titelwahl redlich gewesen.

AdB Aktuell

Junge Geflüchtete gestalten politische Bildung

Werkstattgespräch im Rahmen von „Empowered by Democracy“



Teilnehmende im Werkstattgespräch Foto: Empowered by Democracy

Welche Formate der Qualifizierung von jungen Geflüchteten als Teamerinnen und Teamer der politischen Bildung wurden bereits umgesetzt? Welche Erfahrungen wurden dabei gesammelt? Was können mögliche Bausteine einer Qualifizierung zum Teamer/zur Teamerin von jungen Menschen mit und ohne Fluchthintergrund sein? Diesen und weiteren spannenden Fragen widmeten sich die rund 25 Teilnehmenden in verschiedenen Austausch- und Diskussionsformaten beim Werkstattgespräch mit dem Titel „Junge Geflüchtete als Politische Bildner*innen“ am 17. und 18. Mai 2018 in Weimar.

Der trägerübergreifende Austausch, die kollegiale Beratung und das Erarbeiten möglicher Bausteine einer Qualifikation von Teamenden standen bei der Veranstaltung in der Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar (EJBW) im Mittelpunkt. Die Veranstaltung fand im Rahmen des Projekts „Empowered by Democracy“ statt, das von fünf Trägern der Gemeinsamen Initiative der Träger politischer Jugendbildung im Bundesausschuss Politische Bildung (GEMINI) durchgeführt wird.

Angemeldet hatten sich neben zahlreichen Einrichtungen, die im Rahmen von „Empowered by Democracy“ Maßnahmen umsetzen, auch Projekte und Träger, die nicht in der GEMINI organisiert sind, aber ebenso eigene (Qualifizierungs-)Formate mit jungen Geflüchteten durchführen.

Zu Beginn standen zunächst das Kennenlernen und der Austausch der Erfahrungen der Teilnehmenden im Vordergrund. In Kleingruppen stellten sie sich gegenseitig ihre Projekte und Maßnahmen der politischen Bildung zur Qualifizierung von jungen Menschen mit Fluchterfahrung vor.

In einer Gesprächsrunde berichteten anschließend Lina Ajanini, Ezaldeen Abram, Qassim Alhumayyer und Molham Alkhodari – vier junge Menschen, die in den letzten drei Jahren nach Deutschland geflohen sind – von ihren Erfahrungen mit Formaten der politischen Bildung. Ihre ersten Berührungspunkte mit Einrichtungen der politischen Bildung entstanden zumeist durch Neugierde und die Suche nach einem sinnvollen Zeitvertreib. Mittlerweile nehmen alle vier regelmäßig an Formaten der politischen Bildung teil und lassen sich zu Teamerinnen und Teamern qualifizieren, um zukünftig selbst Angebote umsetzen zu können. Neben der Herausforderung, komplexe Inhalte und Themen auf Deutsch zu diskutieren, betonten alle vier, wie positiv die für sie neuen Bildungsformate, Perspektiven, Themen und Herangehensweisen sind, die sie im Kontext von politischer Bildung kennengelernt haben.

An beiden Veranstaltungstagen war neben dem trägerübergreifenden kollegialen Austausch die Arbeit an möglichen Themen und Inhalten für Formate der Qualifizierung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zentral. Zunächst wurden die von der Projektgruppe vorgeschlagenen Bausteine einer solchen Qualifizierung vorgestellt und anschließend durch die Teilnehmenden um weitere Themen und Inhalte erweitert.

Am zweiten Tag der Veranstaltung wurde ganz im Sinne einer „Werkstatt“ in zwei Arbeitssessions an den Inhalten der möglichen Bausteine für eine Qualifizierung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren gearbeitet. Zunächst in Kleingruppen und dann in rotierenden Diskussionsgruppen füllten sich die möglichen Bausteine zunehmend mit Inhalten, Beispielen und Hinweisen – resultierend aus den bestehenden Erfahrungen der Einrichtungen. Einig waren sich die Teilnehmenden, dass sich Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der politischen Bildung von Anfang an mit

ihrer Haltung und mit ihrem Rollenverständnis auseinandersetzen müssen. Damit sie ihre eigenen Perspektiven in ihre Bildungsarbeit einbringen können, ist es zudem wichtig, ihnen Werkzeuge zur Aufbereitung von Themen an die Hand zu geben. Kenntnisse über Ansätze und die spezifischen Gestaltungsprinzipien der politischen Bildung in Deutschland sollten ebenso Gegenstand von Qualifizierungsmaßnahmen sein.

Nach einem Tag mit intensivem Austausch und fruchtbaren Diskussionen gab Prof. Dr. Benno Hafenecker von der Universität Marburg zum Ende der Veranstaltung den Teilnehmenden als Empfehlung mit auf den Weg, Qualifizierungsformate prozess- und subjektorientiert zu gestalten. Junge Multiplikatorinnen und Multiplikatoren bleiben, so seine Überzeugung, nur motiviert, wenn sie ihre Anliegen und Themen einbringen können und bei ihrem Einstieg in die politische Bildungsarbeit begleitet werden.

Aktuelle Meldungen zu den einzelnen Maßnahmen und Veranstaltungen des Projekts sind auf der Homepage des Projekts zu finden: <http://empowered-by-democracy.de>

Zum Projekt: „Empowered by Democracy“ zielt darauf ab, mehr junge Menschen mit Fluchthintergrund als Zielgruppe in die Jugendbildungsmaßnahmen der AdB-Mitgliedseinrichtungen einzubeziehen sowie noch stärker Jugendliche mit Migrationshintergrund in die Bildungsarbeit einzubinden. Darüber hinaus sollen junge Geflüchtete ermutigt und dazu befähigt werden, selbst Teamerinnen und Teamer zu werden und sich in selbst gewählten Formaten der politischen Bildung mit Themen aus ihrem Lebensumfeld auseinanderzusetzen.



EMPOWERED BY DEMOCRACY
Stärken. Bilden. Vernetzen.

Zwischenbilanz

„anders statt artig“ schaut zurück und nach vorn



Foto: AdB

Im Modellprojekt „anders statt artig – Kreative Ideen für interkulturelles Lernen“ kooperiert der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. seit August 2016 mit der Landesjugend des Technischen Hilfswerks in Nordrhein-Westfalen im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“. Im Mittelpunkt des Projekts steht die Entwicklung kreativer Ideen für interkulturelles Lernen in Jugendverbänden. Nun geht das Projekt in die Verlängerung – Grund genug, Bilanz zu ziehen und nach vorn zu schauen.

Zu Beginn des Projekts wurde eine halbjährige Bedarfsanalyse mit dem ehrenamtlichen Vorstand der THW-Jugend NRW durchgeführt. In Arbeitsgruppen und Einzelgesprächen wurden Fragen, Bedarfe und Ideen rund um das Projektvorhaben gesammelt und ein Werkstattkonzept entwickelt.

Von März bis November 2017 fanden dann fünf Methodenwerkstätten in AdB-Mitgliedseinrichtungen in NRW und Berlin mit ca. 100 Jugendlichen und Erwachsenen der THW-Jugend NRW und Teamerinnen und Teamern des AdB sowie externen Partnern statt. Die Methodenwerkstätten beinhalteten die Verknüpfung von fachtechnischem Wissen des THW mit Themen der politischen Bildungsarbeit. So ging es um Funken und Interkulturelle Kommunikation, um Katastrophenhilfe im Ausland und Flucht/Migration, um Strukturen des Jugendverbands und Demokratie/Mitbestimmung, um Verbandswerte und Medienarbeit. Nach diesen Methodenwerkstätten und der Entwicklung von Methoden, Übungen und Spielen wurden in einer abschließenden Werkstatt alle entwickelten Materialien getestet.

Ohne die partizipative Entwicklungsarbeit, die die Teilnehmenden, Teamerinnen und Teamer auf Augenhöhe

einbezog, wären die im Frühjahr 2018 fertiggestellten Lernmaterialien nicht möglich gewesen. Diese haben den Anspruch, nicht nur outdoor-tauglich in den Jugenddiensten der THW-Jugend oder in Seminarsettings der politischen Bildung einsetzbar zu sein, sondern auch verschiedenste Formate zu bedienen. Von einer Funk-Rallye über Brett- und Planspiele, einem Toolkit für das Drehen von Erklärfilmen bis hin zu einem kompakten TaschenHandBuch reicht die Produktvielfalt.

Neben den Werkstätten fanden auch Testtage mit den jeweiligen Prototypen der Materialien in THW-Ortsverbänden statt. Schließlich galt es, die Gestaltung und den finalen Inhalt der Lernmaterialien so vorzunehmen, dass andere Verbände, aber auch die politische Bildungsarbeit im Allgemeinen mit diesen Produkten gut und erfolgreich arbeiten kann.

Daraus entstand im Frühjahr 2018 die sogenannte Toolbox. Sie beinhaltet die oben genannten Spielformate mit Anleitungen, Spielmaterialien und einem QR-Code zur Onlinebefragung. Alle Anleiterinnen und Anleiter sowie die Teilnehmenden haben dort die Möglichkeit, bis Anfang 2019 die einzelnen Bestandteile zu bewerten. So kann das Modellprojekt Spielkritik und Verbesserungsvorschläge sichten und diese bei einem Update der Toolbox umsetzen.

Seit März 2018 wurde die Toolbox bei bisher sieben Schulungen 100 freiwilligen Helferinnen und Helfern der THW-Jugend NRW und 40 Bildungsreferentinnen und -referenten des AdB und des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ vorgestellt.

Im Laufe des Jahres wird die Anwendung der Toolbox bei einer letzten Schulung in NRW erprobt. Sie zieht danach weiter zur THW-Jugend Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt, die das Modellprojekt in Zukunft begleiten wird.

Die Toolbox zeigt, dass politische Bildung auf kreative Art und Weise in einem helfenden und technischen Jugendverband umgesetzt werden kann und so ein neuer Impuls für die inhaltliche Arbeit der Freiwilligen gesetzt wurde. Nun gilt es in der verbleibenden Projektlaufzeit die Bestandteile weiter zu testen, die Übertragbarkeit zu evaluieren und ein Update der Toolbox vorzunehmen.

Alle Informationen zum Projekt und zu aktuellen Terminen gibt es unter www.andersstattartig.eu und auf Facebook www.facebook.com/andersstattartig

Ausgezeichnete Praxis: BIG EARTH erhält den Deutschen Kinder- und Jugendhilfepreis

Der AdB gratuliert seiner Mitgliedseinrichtung ABC Bildungs- und Tagungszentrum



Die Preisträger der Kategorien Medien, Praxis und Wissenschaft Foto: Bildschön

Am 28. Juni 2018 hat die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ in Berlin den Deutschen Kinder- und Jugendhilfepreis – Hermine-Albers-Preis – an drei Preisträger verliehen. Prämiert wurden innovative und herausragende Arbeiten der politischen Bildung, der Medien und der Wissenschaft. In der Kategorie Praxispreis wurde das ABC Bildungs- und Tagungszentrum in Drochtersen-Hüll ausgezeichnet, das sich mit dem inklusiven, filmischen Partizipationsprojekt BIG EARTH für Jugendliche mit und ohne Fluchtgeschichte beworben hatte.

In dem Projekt, das in Kooperation mit der Hüller Medienwerkstatt e.V., DirectorsCut.ch und weiteren Partnern durchgeführt wurde, haben vier Jahre lang mehr als 100 junge Menschen aus aller Welt zusammen mit professionellen Filmemachern, Theaterschaffenden, Pädagoginnen und Pädagogen aus der politischen Bildung einen abendfüllenden Langspielfilm produziert.

Erzählt wird darin die Geschichte von sogenannten unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, die in einem Landhotel in einer abgelegenen Gegend Niedersachsens gelandet sind. Was sie erleben – von rassistischen Anfeindungen über den Kontakt mit der Dorfjugend und Freundschaften schließen bis dahin, dass sie für eine Flüchtlingsshow missbraucht werden sollen, von Abschiebung bedroht sind und sich zwischen Hoffnung und Verzweiflung, tiefer Weisheit und Witz bewegen – erzählt dieser absolut sehenswerte Film. Als Grundlage für das Drehbuch dienten Geschichten, Episoden und Erlebnisse der Jugend-

lichen, die sie im Rahmen von Workshops des ABC Bildungs- und Tagungszentrums erzählten und in Medien-, Musik- und Theaterprojekten umsetzen.

Die Jury des Deutschen Kinder- und Jugendhilfepreises hat sich einstimmig für das ABC Bildungs- und Tagungszentrum als Preisträger in der Kategorie Praxispreis entschieden, da dieses Projekt gleich mehrere Anliegen außerschulischer Jugendbildungsarbeit erfüllt: Partizipation, Inklusion und die Erfahrung von Selbstwirksamkeit. Der thematische Schwerpunkt „Politische Bildung“ der diesjährigen Ausschreibung des Deutschen Kinder- und Jugendhilfepreises politische Bildung ist klar zu erkennen. Es geht im Projekt um Alltagsrassismus, Flüchtlingspolitik und ein demokratisches Miteinander. Das Projekt hat zudem Menschen mit und ohne Fluchterfahrungen zusammengebracht.

Darüber hinaus fand es die Jury besonders wohltuend, dass junge Menschen z. B. aus Syrien oder Afghanistan nicht als hilfsbedürftige Benachteiligte angesprochen wurden, sondern als junge Menschen mit Erfahrungen und Kompetenzen, die gefragt waren und die erfolgreich in das Projekt eingebracht werden konnten. Das Projekt hat die Jury vollkommen überzeugt.

Die Bewerbungen für den Deutschen Kinder- und Jugendhilfepreis 2018 zeigten wie vielfältig die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe sind, mit wie viel Herzblut sich Journalisten in ihrer Berichterstattung um die Belange von jungen Menschen und ihren Familien kümmern und wie mannigfaltig sich die Forschungslandschaft darstellt. Ermittelt wurden die diesjährigen Preisträgerinnen und Preisträger aus 135 eingereichten Bewerbungen von einer elfköpfigen Jury. Stifter des Preises sind die Obersten Jugend- und Familienbehörden der Länder.

Die Preise wurden vom Vorsitzenden der Jugend- und Familienministerkonferenz Dr. Heiner Garg, der AGJ-Vorsitzenden Prof. Dr. Karin Böllert und dem Juryvorsitzenden Prof. Dr. Wolfgang Schröer in einem feierlichen Rahmen übergeben. Die Laudatio für den Praxispreisträger, das ABC Bildungs- und Tagungszentrum, hielt die AdB-Geschäftsführerin Ina Bielenberg.

Quelle: AGJ

Gr.A.C.E. – Greek German Matchmaking on Active Citizenship Education in Youth Work

Griechisch-deutsches Austauschprogramm für Fachkräfte der politischen Jugendbildung gestartet



Die Teilnehmenden am ersten Workshop in Berlin

Foto: Evangelos Vlachakis

Wie kann politische Jugendbildung zur Ausgestaltung deutsch-griechischer Begegnungsarbeit beitragen? Welche Themen und Fragen können Akteure politischer Jugendbildung in den Gründungsprozess des deutsch-griechischen Jugendwerks einbringen? In einem sechstägigen Seminar (8. bis 13. Mai 2018 in Berlin) haben sich 24 deutsche und griechische Fachkräfte aus dem Feld der politischen Bildung auf den Weg gemacht, um das Arbeitsfeld und dessen Hintergründe in beiden Ländern kennenzulernen.

Dabei wurden anhand von praktischer Arbeit die Dimensionen Geschichte und Gesellschaft, Teilhabe und Migration, Jugend und Politik vertieft, gemeinsam Methoden und Herangehensweisen in Trainings und Ressourcengesprächen fokussiert und Fragen an die Zusammenarbeit im

deutsch-griechischen Kontext bilateral wie auch im Rahmen europäischer Jugendpolitik formuliert.

Im Zuge des ersten Workshops ging es um Fragen nach gesellschaftlichem Wandel und Wendepunkten in beiden Ländern sowie um das Konzept der ressourcenorientierten Jugendbildungsarbeit. Ebenso standen die Herangehensweisen historisch-politischen Lernens in beiden Ländern und Fragen von Teilhabe und Ausgrenzung im Fokus. Dazu lernte die Gruppe u. a. die pädagogische Arbeit des Archivs der Jugendkulturen kennen und konnte sich in einem intensiven Workshop bei 7xJung – dem Lernort von Gesicht Zeigen! in Berlin – zu Fragen von Diskriminierung und Ausgrenzung austauschen.

Das Fachprogramm Gr.A.C.E. ist auf zwei Ebenen angelegt: Über zwei deutsch-griechische Workshops im Juni und Oktober 2018 sollen Partnerschaften geknüpft werden und eine Basis für Kooperationen in Jugendaustauschen gefunden werden. Darüber hinaus will das Projekt Fachkräfte aus Organisationen der politischen Bildung, der sozialen Arbeit und der Jugendarbeit unterstützen und darin bestärken, die Etablierung des deutsch-griechischen Jugendwerks zu begleiten und inhaltlich zu unterfüttern.

Das Projekt Gr.A.C.E. wird aus Mitteln des EU-Programms Erasmus+ Jugend in Aktion sowie aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes unterstützt.

Partner: University of the Peloponnes, Faculty of Social Studies, AdB e. V.

Kontakt: Georg Pirker, pirker@adb.de

Politische Bildung in Bewegung

AdB-Jahresbericht 2017 ist erschienen

Jahresbericht 2017

Politische Bildung in Bewegung



AdB
Berlin 2018

Politische Bildung ist in Bewegung: Sie reagiert auf vielfältige gesellschaftliche Herausforderungen, z. B. auf den Umgang mit Flucht und Migration, mit Interkultureller Öffnung, Rechtspopulismus und digitalen Entwicklungen – und sie verändert sich, weil sich die Trägerlandschaft verändert und immer mehr Akteure die Bedeutung politischer Bildung für sich und die Gesellschaft erkennen.

Mit seinem Jahresbericht zeigen der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB) als bundesweit arbeitender Fachverband der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung und seine über hundert Mitgliedseinrichtungen, wie sie mit ihren Schwerpunk-

setzungen, Konzepten und Projekten auf die Herausforderungen reagieren und die Landschaft politischer Bildung aktiv mitgestalten. Die Einrichtungen und die dort arbeitenden politischen Bildner/-innen verstehen sich als Ansprechpartner/-innen für vielfältige Kooperationen, als Expertinnen und Experten für die Qualifizierung der politischen Bildung und als Motor für Innovation.

Eine besonders wichtige Antriebskraft ist das Programm politische Jugendbildung im AdB, das aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) gefördert wird und in dem Jugendbildungsreferentinnen und -referenten aus 25 Mitgliedseinrichtungen in vier Projektgruppen mitarbeiten. Deren Projekt- und Konzeptarbeit bekommt in diesem Jahresbericht einen zentralen Raum.

Ferner wird berichtet über Vernetzungen nach innen und außen, über nationale und internationale Bildungsarbeit und Modellprojekte in der Jugend- und Erwachsenenbildung, über das AdB-Jahresthema sowie über eine Fortbildungsreihe zum Thema „Flucht und Migration“. Deutlich wird in dieser Publikation, wie umfassend die Verbandsstruktur genutzt werden kann, um am Puls der Zeit die Bildungsarbeit lebendig zu gestalten und die politische Bildung in Bewegung zu halten.

Der Jahresbericht 2017 steht auf der AdB-Webseite (www.adb.de/node/2779) zum Download bereit und kann als Print-Version kostenfrei in der AdB-Geschäftsstelle bestellt werden (meissner@adb.de).

Aus den Mitgliedseinrichtungen

Das *Bildungs- und Begegnungszentrum Schloß Trebnitz* ist seit dem 1. Juni 2018 eine vom Land Brandenburg anerkannte Heimbildungsstätte. Die „Heimbildungsstätte des Schloß Trebnitz e. V.“, wie sie nun offiziell genannt wird, ist damit die vierte Institution in Brandenburg, die diesen Titel trägt. Die Urkunde wurde am 25. Juni 2018 von Staatssekretär für Bildung, Jugend und Sport, Dr. Thomas Drescher, überreicht.

Die *Bildungsstätte Anne Frank* eröffnete am 12. Juni 2018 nach drei Jahren Konzeptionsarbeit, Planung und Umgestaltung das Lernlabor „Anne Frank. Morgen mehr.“ – ein völlig neuer Lernort, der inhaltlich, optisch und technisch auf der Höhe der Zeit ist, wie die Verantwortlichen schreiben. Jugendliche sollen hier mit Leben und Werk Anne Franks vertraut gemacht werden und lernen, Fragen aus der Geschichte auf die Gegenwart anzuwenden – ohne erhobenen Zeigefinger, dafür mit vielen Gelegenheiten, sich zu hinterfragen und irritieren zu lassen. Das Lernlabor ist speziell für die Arbeit mit Gruppen – Schulklassen und Jugendgruppen – entwickelt worden. Es ist aber auch für Einzelbesucher/-innen ein Erlebnis.

Der Deutsche Kinder- und Jugendhilfepreis der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ wurde am 28. Juni 2018 in den Kategorien Praxis, Medien und Wissenschaft verliehen. In der Kategorie Praxispreis, der in diesem Jahr den Schwerpunkt „Politische Bildung“ hatte, wurde das *ABC Bildungs- und Tagungszentrum* in Drochtersen-Hüll ausgezeichnet. Herzlichen Glückwunsch!

Für das Projekt „Generationengerecht leben“, an dem in drei Jahren Projektlaufzeit 160 Kinder und Erwachsene teilgenommen haben, ist die *Villa Fohrde* in Havelsee mit dem „Weiterbildungspreis 2018“ des Landes Brandenburg ausgezeichnet worden. In Workshops setzen sich Eltern, Großeltern, Kinder, Alleinerziehende, Pflegeeltern oder Flüchtlinge gemeinsam darüber auseinander, wie das Leben auch für künftige Generationen lebenswert gestaltet werden kann. Die Auszeichnung wurde im Juni 2018 durch die brandenburgische Bildungsministerin Britta Ernst in der Staatskanzlei in Potsdam übergeben. Der AdB gratuliert!

2018 feiert das *Max Mannheimer Haus* in Dachau sein 20jähriges Jubiläum mit einem Tag der offenen Tür am 4. August 2018. Im Rahmen einer gleichzeitig stattfindenden Internationalen Jugendbegegnung kamen Jugendliche und Zeitzeugen der NS-Zeit aus der ganzen Welt zusammen.

Das *Jugendbildungszentrum Blossin e. V.* hat seinen 25. Geburtstag im August 2018 mit einem Sommerfest gefeiert. Der Verein gründete sich im Jahr 1993 mit dem Ziel, „junge Menschen zur aktiven Teilnahme an gesellschaftlichen Prozessen zu befähigen“. Der Verein ist als landesweiter freier Träger der Jugendarbeit anerkannt.

Der Verein *aktuelles forum e. V.* (af) feiert in diesem Jahr seinen 50. Geburtstag. Die Jubiläumsfeier findet am 15. Oktober 2018 in Gelsenkirchen statt. Dazu wird auch der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet erwartet. Im Februar 1968 konstituierte sich das af als Verein. Bereits 1964 gründete sich das „aktuelle forum – Jugendstudio für Politik und Bildung“ als lockerer Diskussions- und Veranstaltungskreis. Unterschiedliche Meinungen und Anschauungen sollten zusammengeführt werden.

In seiner Reihe VISION hat das *Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen e. V. – Europäisches Bildungs- und Tagungshaus Bad Bevensen* zwei neue Hefte herausgegeben. Die Nr. 7/2018 ist ein Bericht über die internationalen Projekte 2017 unter dem Thema „Was hält die Gesellschaft zusammen?“ und in der Nr. 8 geht es um das Thema „Vielfalt verbindet – Interkulturelle Öffnung von Verbänden“. Hier wird aus dem Projekt „Vielfalt verbindet“ berichtet, das in Kooperation mit der Johanniter Unfallhilfe e. V. Landesverband Niedersachsen/Bremen und mit der THW-Jugend Niedersachsen und Bremen e. V. im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ durchgeführt wird.

Die *Konrad-Adenauer-Stiftung* hat den Band „Mit Haltung gegen Populismus. Erfahrungen aus Europa“ veröffentlicht. Er wurde von Franziska Fislage, Karsten Grabow und Anna-Sophie Heinze verfasst. In den letzten Jahren haben populistische Kandidaten und Parteien beachtliche Erfolge erzielt. Diese Studie untersucht, wie Parteien links und rechts der Mitte in Europa auf ihre rechts- und nationalpopulistische Konkurrenz reagieren.

Berichte, Hinweise, Nachrichten

Personalien

In der dbb akademie e.V. gab es bereits Anfang Februar 2018 einen Geschäftsführerwechsel: **ANKE WEIGEND** wurde in den Ruhestand verabschiedet. Ihr Nachfolger ist **OLIVER WELTE**.

Zum 1. April 2018 hat **EWA NOCOŃ** die Position der Geschäftsführerin im Warschauer Büro des Deutsch-Polnischen Jugendwerks (DPJW) übernommen. **PAWEŁ MORAS** ist nach zwei Amtszeiten ausgeschieden. **STEPHAN ERB**, Geschäftsführer im Potsdamer Büro des DPJW, bleibt weiter im Amt.

Am 16. Mai 2018 wurde **HANS-PETER BERGNER** aus seiner Funktion des Geschäftsführers der Stiftung deutsche Jugendmarke e.V. verabschiedet. Ab dem 1. Juni 2018 hat **INGRID PFEIFFER** die Geschäftsführung übernommen. Sie war bereits einige Jahre als Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle tätig.

Die Hauptversammlung der Deutschen UNESCO-Kommission hat Anfang Juni 2018 in Bamberg **PROF. DR. MARIA BÖHMER** zur Präsidentin der Kommission gewählt. Sie folgt **PROF. DR. VERENA METZE-MANGOLD**, die dieses Amt in den letzten vier Jahren innehatte. **PROF. DR. CHRISTOPH WULF** und **PROF. DR. HARTWIG LÜDTKE** wurden erneut als Vizepräsidenten gewählt.

Im Sommer 2018 haben **DR. NORBERT REICHLING** und **DR. PAUL CIUPKE** nach langjähriger Mitarbeit das Leitungsteam des Bildungswerks der Humanistischen Union NRW e.V. aus Altersgründen verlassen. **DR. PAUL CIUPKE** wird aber noch eine gewisse Zeit weiterhin ehrenamtliche Funktionen für den AdB, z. B. als Herausgeber der Zeitschrift „Außerschulische Bildung“, wahrnehmen. **DR. NORBERT REICHLING** wird sich verstärkt der Aufgabe als Direktor des jüdischen Museums Westfalen in Dorsten widmen. **DR. ANKE HOFFSTADT**

und **DR. JOACHIM THOMMES** werden künftig **KATJA SCHÜTZE** im neuen Leitungsteam zur Seite stehen.

MARTIN KAROLCZAK hat den Verein für Jugend- und Kulturarbeit im Kreis Segeberg e.V. – JugendAkademie Segeberg zum 1. Juli 2018 verlassen. Er wechselt in die Geschäftsstelle der GWA St. Pauli e.V. Gemeinwesenarbeit | Kulturarbeit | Sozialarbeit in Hamburg. Die Stelle des Geschäftsführers bzw. der Geschäftsführerin wird neu ausgeschrieben.

ANDREA NAHLES wurde Anfang Juli 2018 zur Sprecherin des Freundeskreises Herbert-Wehner-Bildungswerk in Dresden gewählt. Die Vorsitzende der SPD-Partei und der SPD-Bundestagsfraktion folgt damit auf **THOMAS OPPERMANN**. Das Sprecheramt wird traditionell von dem oder der Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion ausgeübt. Die Wahl fand im Rahmen der Feierlichkeiten zum 112. Geburtstag des ehemaligen Dresdners und SPD-Parlamentariers Herbert Wehner statt.

Der Generalsekretär des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW), **DR. MARKUS INGENLATH**, hat das DFJW verlassen. Das Generalsekretariat ist ausführendes Organ des Verwaltungsrats und wird von einem deutsch-französischen Tandem geleitet: **BÉATRICE ANGRAND** ist seit 2009 Generalsekretärin und **DR. MARKUS INGENLATH** nahm sein Mandat im Januar 2012 auf. Seine Position wurde neu ausgeschrieben. Er ist als Geschäftsführer des katholischen Hilfswerks Renovabis nach Freising bei München gewechselt.

Aus Profession und Politik

Politische Einstellungen von Menschen mit Migrationshintergrund

In der Reihe Empirische Sozialforschung hat die Friedrich-Ebert-Stiftung ein Gutachten veröffentlicht, das von Andreas M. Wüst und Thorsten Faas verfasst wurde.

Von den knapp 62 Millionen Wahlberechtigten in Deutschland haben gut 10 % einen Migrationshintergrund. Es sind zu einem großen Teil Menschen mit Wurzeln in Russland, Kasachstan, Polen und Rumänien, die als deutsche Staatsbürger/-innen wahlberechtigt sind. Hinzu kommen ehemalige ausländische Arbeitnehmer/-innen und deren Nachkommen, vor allem aus der Türkei. Aufgrund der alternden Bevölkerung ohne Migrationshintergrund und der jüngeren Bevölkerung mit Migrationshintergrund nimmt der relative Anteil der Wahlberechtigten, die ihre Wurzeln im Ausland haben, langsam, aber kontinuierlich zu. Umso relevanter ist es, sich mit dem Stand der Forschung zu den politischen Einstellungen und dem politischen Verhalten dieser sehr heterogenen Gruppe von Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern zu beschäftigen.

Die beiden Autoren geben in diesem Gutachten Antwort auf die Fragen, welche Faktoren die Wahlbeteiligung von Menschen mit Migrationsgeschichte beeinflussen und ob es parteipolitische Präferenzen gibt.

Das Gutachten schließt mit der Empfehlung, eine breitere Datengrundlage zu schaffen, um bereits aufgestellte und plausibilisierte Hypothesen empirisch prüfen zu können, um Veränderungen aufzuspüren und vor allem, um neuere Gruppen von Zuwanderinnen und Zuwanderern, die nach Deutschland kommen und sukzessive die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen, angemessen berücksichtigen zu können.

Quelle, weitere Informationen und Download: www.fes.de/themenportal-flucht-migration-integration/artikelseite-flucht-migration-integration/politische-einstellungen-und-einwanderung

Praxisleitfaden: Die neuen Verbraucher

Der Verein iRights e. V., der seit einigen Jahren Informationen für Verbraucher/-innen zu den Themen Urheberrecht, Datenschutz, Computersicherheit und Digitalisierung bereitstellt, hat das Projekt „Die neuen Verbraucher“ durchgeführt. Das Ergebnis dieses Projekts, ein Praxisleitfaden mit dem Titel „Die neuen Verbraucher. Wie digitale Informationsangebote für Geflüchtete das Ankommen erleichtern können“ wurde im Juni in Berlin bei der Veranstaltung zum Projektabschluss vorgestellt. Im Projekt wurden die Bedürfnisse von Geflüchteten als Verbraucher/-innen in den Blick genommen. Zusammen mit der Zielgruppe wurden Ideen gesammelt, wie digitale Informations- und Hilfsangebote anwendungsfreundlich und gut gestaltet werden können.

Das Projekt umfasste verschiedene, aufeinander aufbauende Schritte: die Erfassung und Bewertung der schon

vorhandenen Verbraucherangebote für Geflüchtete; Praxis-Checks und das Sammeln von Erfahrungen; Einzel- und Gruppeninterviews mit Geflüchteten; Living Labs – eine praxisnahe Auseinandersetzung mit verbraucherrelevanten Themen. Alltagsbotschafterinnen und Alltagsbotschafter – digital affine Geflüchtete – begleiteten das Projekt. Die Broschüre mit den Ergebnissen des Projekts kann bei iRights e. V. bestellt werden. Das Projekt wurde gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz.

Quelle und weitere Informationen: <https://irights-lab.de/partnerprojekt-die-neuen-verbraucher>

Internationale Studie zur politischen Teilhabe von Geflüchteten

Die Studie „Political Participation of refugees: bridging the gaps“ wurde von der Robert Bosch Stiftung GmbH und dem International Institute for Democracy and Electoral Assistance (International IDEA) veröffentlicht und im April 2018 vorgestellt. Für die Studie befragten die Wissenschaftler über 600 Geflüchtete in acht unterschiedlichen Aufnahmeländern. Die Ergebnisse zeigen, welchen wichtigen Einfluss die politische Beteiligung von Geflüchteten auf ihre Integration haben kann und dass sich die Geflüchteten politische Teilhabe wünschen. Dieser Wunsch unterscheidet sich zwar je nach Aufnahmeland in Intensität und Teilhabeform, aber überall wird der integrative Effekt politischer Beteiligung deutlich. Die Autoren empfehlen deshalb, Geflüchtete möglichst früh eine politische Teilha-

be zu ermöglichen. Dafür brauche es vor allem nicht-formelle Möglichkeiten wie politische Diskussionsplattformen. Nach Meinung der Autoren kommt hier der Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle zu, da sie diese Möglichkeiten initiieren kann.

Die Wissenschaftler formulieren verschiedene Empfehlungen, so z. B. die Förderung nicht-formeller politischer Teilhabemöglichkeiten und das Schaffen der notwendigen (gesetzlichen) Rahmenbedingungen für Selbstorganisation und Eigeninitiative.

Quelle: Robert Bosch Stiftung vom 20.04.2018

Weitere Informationen: www.idea.int/publications/catalogue/political-participation-refugees-bridging-gaps

Bewusstsein schaffen, Teilhabe ermöglichen: Inklusion in Organisationen gestalten

Der Studiengang „Systementwicklung Inklusion“ wurde an der Evangelischen Hochschule Darmstadt entwickelt, um auf die mit der Verabschiedung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung für Organisationen und ihre Mitglieder entstandenen neuen gesellschaftlichen Anforderungen reagieren zu können.

Der weiterbildende Masterstudiengang befähigt dazu, inklusive Veränderungsprozesse in Organisationen anzustoßen, zu gestalten und zu begleiten. Dabei wird ein weiter Inklusionsbegriff verwendet und es werden unterschiedliche Exklusionsrisiken, so z. B. Armut, Migration oder Alter ebenso thematisiert wie ihre Verbindungen und Verknüpfungen untereinander. Im Fokus steht dabei die menschenrechtliche Perspektive der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung.

Die UN-Konvention stellt weitreichende Anforderungen an die Gesellschaft und ihre Organisationen: Es geht um die strukturelle Beseitigung institutioneller, bildungspolitischer, baulicher, sozialer und wirtschaftlicher Barrieren und die Ermöglichung der Teilhabe aller in allen Bereichen. Organisationen stellt das vor große Herausforderungen. Sie müssen so verändert werden, dass die individuelle Gewährleistung auf struktureller Ebene gegeben ist. Aus diesem Grund wurde 2014 an der Evangelischen Hochschule Darmstadt, gefördert von der Max-Träger-Stiftung, ein

neuer Weiterbildungsstudiengang entwickelt, der bereits im jeweiligen Feld tätigen Personen die notwendigen Kompetenzen vermitteln soll.

Eine Besonderheit der Studiengangskonzeption zeigt sich darin, dass sie sich auf Exklusionsrisiken in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen bezieht. Dies spiegelt sich einerseits darin wider, dass die Lehrenden aus ganz unterschiedlichen wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen kommen, sowie andererseits in der heterogenen Lerngruppe, die sich ebenfalls aus Studierenden aus unterschiedlichsten Bereichen und Professionen zusammensetzt. Durch die berufsbegleitende Form des Studiengangs fließen bereits vom ersten Studienjahr Erkenntnisse und erworbene Veränderungs-Kompetenzen der Teilnehmenden in die Praxis zurück und stehen somit der jeweiligen Organisation zur Verfügung. Gleichzeitig stellen die praktischen Erfahrungen der Studierenden wichtige Bestandteile des wissenschaftlichen Diskurses dar.

Der Studiengang versteht sich damit nicht nur als individuelles Weiterbildungsangebot, sondern als ein Baustein des politischen Prozesses hin zu einer inklusiven Gesellschaft.

Weitere Informationen zum Studiengang: www.eh-darmstadt.de/systementwicklung-inklusion

Berufsbegleitender Masterstudiengang Politisch-Historische Studien

Im Januar 2019 startet der dritte Jahrgang des weiterbildenden Masterstudiengangs Politisch-Historische Studien an der Universität Bonn. Der berufsbegleitende, interdisziplinäre Studiengang beinhaltet fachwissenschaftliche Veranstaltungen aus Politik-, Geschichts- und Medienwissenschaft, gepaart mit der Vermittlung didaktischer und methodischer Kompetenzen. Der Studiengang kooperiert mit zahlreichen renommierten Partnern aus der Praxis politisch-historischer Bildungs- und Vermittlungsarbeit. Alle Kooperationspartner wirken aktiv in den Modulen des Studiengangs mit.

Inhaltliche Schwerpunkte des Studiums umfassen die deutsche und europäische Politik und Zeitgeschichte, Themen der politischen Bildung und Vermittlung, Public Re-

lations/Public Affairs sowie Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Der Studiengang ist auf zwei Jahre angelegt und umfasst elf Vor-Ort-Module (acht in Bonn, drei in Berlin) sowie angeleitete Selbstlernphasen. Studierende schließen das Studium mit einem vollwertigen Master of Arts (120 LP) ab. Bewerbungen für den Start im Januar 2019 sind noch bis zum 31. Oktober 2018 möglich. Am 13. September 2018 kann man sich in Berlin rund um den Studiengang und die aktuelle Bewerbungsphase informieren und am 8. Oktober 2018 in Bonn.

Quelle, weitere Informationen und Beratungsangebote:
www.master-polhiststudien.de

Hassliebe: Muslimfeindlichkeit, Islamismus und die Spirale gesellschaftlicher Polarisierung

Das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) hat in Kooperation mit dem Institute for Strategic Dialogue (ISD) einen Forschungsbericht mit dem Titel „Hassliebe: Muslimfeindlichkeit, Islamismus und die Spirale gesellschaftlicher Polarisierung“ herausgegeben. Der Bericht wurde von Maik Fielitz, Julia Ebner, Jakob Guhl und Matthias Quent verfasst.

In dieser Studie werden ideologische, diskursive und praktische Interaktionen zwischen islamistischer und antimuslimischer Demokratie- und Menschenfeindlichkeit untersucht. Es wird nach gemeinsamen ideologischen Fundamenten gefragt, nach Gemeinsamkeiten und Differenzen in der Mobilisierung und nach den Wechselwirkungen, die

sich online und offline identifizieren lassen. Die Autorin/Autoren schließen aus der Analyse, dass beide Formen der Menschenfeindlichkeit zusammengedacht werden müssen, um die Prozesse wechselseitiger Radikalisierung und gesellschaftlicher Polarisierung zu stoppen. Die Studie wurde aus Mitteln des Förderprogramms „Demokratie Leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit am Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport gefördert.

Quelle und Download: www.idz-jena.de

Antisemitismus 2.0: Antisemitismen haben im Netz stark zugenommen

Das Institut für Sprache und Kommunikation der Technischen Universität Berlin hat die Ergebnisse der Langzeitstudie „Antisemitismus 2.0 und die Netzkultur des Hasses. Judenfeindschaft als kulturelle Konstante und kollektiver Gefühlswert im digitalen Zeitalter“ in einer Kurz- und einer Langfassung veröffentlicht. Sie ist im Rahmen der empirischen Antisemitismusforschung, die von 2014 bis 2018 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert wird, entstanden. Die Studie zeigt, dass Antisemitismen in den vergangenen zehn Jahren insbesondere in den Online-Kommentarbereichen der Qualitätsmedien stark zugenommen haben und dabei eine semantische Radikalisierung stattgefunden hat.

Die Langzeitstudie zur Artikulation, Tradierung, Verbreitung und Manifestation von Judenhass im digitalen Zeitalter beschäftigt sich unter der Leitung der Kognitionswissenschaftlerin Prof. Dr. Dr. h.c. Monika Schwarz-Friesel mit den Fragen, in welchen Manifestationen Antisemitismus im 21. Jahrhundert in Erscheinung tritt, welche Stereotype kommuniziert werden und welche Rolle die emotionale Dimension beim aktuellen Judenhass spielt. Ihren Fokus legte die Forschungsgruppe bei der Auswertung von über 300.000 Texten insbesondere auf die sozialen Medien und untersuchte dabei auch Merkmale der irrationalen Affektlogik, die maßgeblich Einstellungs- und Verbalantisemitismus prägen. Deutlich wird, dass Antisemitismen in den vergangenen zehn Jahren insbesondere in den Online-Kommentarbereichen der Qualitätsmedien stark zugenommen haben und dabei eine semantische Radikalisierung stattgefunden hat. In allen wesentlichen Kommunikationsbereichen des Internets hat sich judenfeindliches Gedankengut mit hoher Affektmobilisierung verbreitet.

Die Infiltration der alltäglichen Kommunikationsräume durch judeophobe Verschwörungsphantasien und Antisemitismen zeigt sich diskursübergreifend bei Twitter und Facebook, in Blogs und Recherche- sowie Ratgeberportalen, unter YouTube Videos, in Online-Buchläden, in Fan-Foren und auch in den Kommentarsektionen der Online-Qualitätsmedien. Besonders die über Twitter und Facebook verbreiteten Aufrufe, gegen Judenhass zu demonstrieren, sind innerhalb weniger Stunden infiltriert durch Texte mit zahlreichen Antisemitismen und Abwehrreaktionen. Die Omnipräsenz von Judenfeindschaft ist somit integraler Teil der Webkommunikation 2.0, die durch multimodale Kodierungen in Texten, Bildern, Filmen und Songs das Sagen- und Sichtbarkeitsfeld für Antisemitismen signifikant vergrößert und intensiviert hat.

Der muslimische Antisemitismus ist mit 53 % stärker von klassischen Stereotypen des Judenhasses geprägt als von israelbezogenen Feindbildkonzepten mit 35 %. Es ist zu konstatieren, dass die klassische Judenfeindschaft mit einem Mittelwert von über 54 % insgesamt die primäre konzeptuelle und affektive Basis des aktuellen Judenhasses ist. Anti-judaistische Stereotype aus dem Mittelalter und Konzepte des Rassenantisemitismus bilden eine Symbiose mit dem israelbezogenen Judenhass, der mit über 33 % eine vorherrschende Ausprägungsvariante ist und mit hohem Emotionspotenzial kommuniziert wird.

Quelle, weitere Informationen sowie Download der Kurz- und Langfassung: www.linguistik.tu-berlin.de/menue/antisemitismus_2_0;
Technische Universität

Broschüre „Jugendkulturen und Diskriminierungen – Szenegänger*innen berichten“

Das Archiv für Jugendkulturen hat, gefördert im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ des BMFSFJ und der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb diese Broschüre veröffentlicht. Dazu wurden seit 2015 jährlich Menschen aus verschiedenen Szenen in qualitativen Interviews darüber befragt, wie sie verschiedene Diskriminierungen in ihren Szenen beobachten. Für die vorliegende Broschüre wurde eine Auswahl der entstandenen Interviews getroffen: Es geht um Antisemitismus,

Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, Sexismus, Rassismus, antimuslimischen Rassismus, Altersentwicklung und -diskriminierung in Szenen, Lookism, Homo- und Transfeindlichkeit, Gewalt und Social Media in Jugendkulturen und in der Gesellschaft. Die gedruckte Broschüre kann kostenlos unter archiv@jugendkulturen.de bestellt werden.

Quelle und Download: www.jugendkulturen.de/files/archiv/pdfs/ausstellungen/dzb-interviews.pdf

Informationen zur politischen Bildung zum Themenschwerpunkt Israel

Die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb widmet das aktuelle Heft der Reihe „Informationen zur politischen Bildung“ (izpb) der Historie und Gegenwart des Staates Israel.

Im Frühjahr 2018 feierte Israel den 70. Jahrestag der Staatsgründung. Um den Staat Israel besser zu verstehen, ist es wichtig, seine Geschichte zu kennen: Beginnend mit der zionistischen Bewegung und der jüdischen Besiedlung Ende des 19. Jahrhunderts werden die wichtigsten Wegmarken einer wechselvollen Geschichte beleuchtet.

Im Heft wird ein Überblick aller wesentlichen Aspekte vermittelt, die das heutige Israel prägen: die rechtlichen und politischen Grundlagen, das Spannungsverhältnis zwischen demokratischem Staat und Religion, der Zusammenhalt in einer „Mosaikgesellschaft“ und die lebendige Erinnerung an die Shoah. Nicht zuletzt verfügt das Land über

eine reichhaltige Medien-, Literatur- und Musiklandschaft sowie eine starke Hightech-Industrie mit zahlreichen Start-up-Unternehmen. Es unterhält eine Vielzahl internationaler Beziehungen. Im Alltag spielt der Konflikt zwischen Israel und Palästinensern keineswegs die dominierende Rolle. Und doch prägt er Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Beiträge der Fachautoren werden durch anschauliche Grafiken und Karten ergänzt. Zudem enthält das Heft weiterführende Literaturhinweise und Internetadressen zur vertieften Recherche. Die spannende und informative Lektüre eignet sich sowohl für Fachleute als auch für Leser*innen ohne Vorwissen.

Quelle und Download: www.bpb.de/izpb

Lexikon von App bis .zip – Fit für's Netz

Die Datenschutz- und Grundrechtsorganisation Digitalcourage e. V. hat die erste Ausgabe eines Kinder- und Jugendlexikons mit dem Titel „#Kids #Digital #Genial. Schütze dich und deine Daten!“ veröffentlicht. Das Lexikon, verfasst von Jessica Wawrzyniak, klärt auf 68 Seiten mehr als 100 Begriffe und enthält Anleitungen, Übungen sowie zahlreiche Praxistipps zum sicheren und kritischen Surfen. Anliegen des Vereins ist es, Kinder und Jugendliche über kritische Mediennutzung und Datenschutz zu informieren. In einem ersten einleitenden Themenblock geht es um den Datenschutz: Was sind private Daten? Wieso sind deine Daten Privatsache? Wer sammelt Daten? Welche Daten solltest du besonders schützen? Ein weiterer Abschnitt

steht unter der Überschrift „Na und? Ich habe doch nichts zu verbergen!“ Danach beginnt der Lexikonteil – von Abonnement über Cybermobbing, Darknet, Open Source und Staatstrojaner bis hin zu Urheberrecht und Zip-Datei. Nicht nur für Kinder und Jugendliche bietet diese Broschüre damit einen wichtigen Überblick.

Quelle und weitere Informationen: www.digitalcourage.de

Tipps und Tricks im Umgang mit Medien und Datenschutz: www.kidsdigitalgenial.de

Bestellung der Broschüre: www.shop.digitalcourage.de/kids-digital-genial

Bildung in Deutschland 2018 – Nationaler Bildungsbericht erschienen

Im Juni 2018 wurde der 7. Nationale Bildungsbericht „Bildung in Deutschland 2018“ vom BMBF und der KMK vorgestellt. Thematischer Schwerpunkt war: „Wirkungen und Erträge von Bildung“. Bildung ist ein Wert an sich. – Diese allgemeine Überzeugung wird durch die vertiefenden Analysen im Schwerpunktthema dieses Bildungsberichts erneut bestätigt.

Der Bericht stellt eine steigende Bildungsbeteiligung und einen deutlichen Trend zu höheren Bildungsabschlüssen fest. Doch nicht alle Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen können mit diesem Trend mithalten: Die soziale Herkunft hat nach wie vor einen zu starken Einfluss auf den Bildungserfolg. Zentrales bildungspolitisches Ziel muss daher weiterhin mehr Chancengerechtigkeit sein, auch mit Blick auf regionale Gegebenheiten und Rahmenbedingungen. Dafür ist ein gutes und funktionierendes Zusam-

menspiel der unterschiedlichen Institutionen und Akteure notwendig.

Der Nationale Bildungsbericht erscheint alle zwei Jahre. Er wird von einer unabhängigen Gruppe von Wissenschaftler/-innen unter Leitung des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) erarbeitet. Beteiligt sind das Deutsche Jugendinstitut (DJI), das Deutsche Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW), das Soziologische Forschungsinstitut an der Universität Göttingen (SOFI), das Leibniz-Institut für Bildungsverläufe (LIfBi) sowie das Statistische Bundesamt und die Statistischen Ämter der Länder.

Quelle und weitere Informationen: www.bildungsbericht.de

Download: www.bildungsbericht.de/de/bildungsberichte-seit-2006/bildungsbericht-2018/bildung-in-deutschland-2018

Ergebnisbericht der Umfrage „wbmonitor 2017: Qualitätsmanagementsysteme in der Weiterbildung“ wurde veröffentlicht

Mit dem Themenschwerpunkt „Qualitätsmanagementsysteme in der Weiterbildung“ stellt wbmonitor statistische Ergebnisse zur Verbreitung der verschiedenen in diesem Bildungsbereich genutzten Qualitätsmanagementsysteme (QMS) bereit und analysiert Wirksamkeitszuschreibungen der Einrichtungen. Darüber hinaus wird u. a. die Anbieter-sicht auf den Prozess zur Zertifizierung des QMS in den Blick genommen. Wie jedes Jahr ermittelte wbmonitor zudem die wirtschaftliche Stimmungslage in der Weiterbil-

dung: 2017 befand diese sich auf einem neuen Allzeithoch und war auch in den untersuchten Teilsegmenten durchgängig positiv. Die ergänzenden Strukturinformationen nehmen diesmal die Leistungsvolumina der öffentlich zugänglichen, organisierten Weiterbildung in den Blick.

Quelle und weitere Informationen: www.wbmonitor.de

Download des Berichts: www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/download/8755

Adult Education Survey – Erkenntnisse zu Weiterbildungsverhalten in Deutschland

Die Hälfte aller Deutschen im Alter zwischen 18 und 64 Jahren hat im Jahr 2016 an mindestens einer Weiterbildungsmaßnahme teilgenommen. Das geht aus dem Adult Education Survey (AES) hervor, der im Mai 2018 erschienen ist. Grundlage des Ergebnisberichts sind mehr als 7.000 Interviews. Der Forschungsverbund AES geht darin den zentralen Fragen zum Weiterbildungsverhalten nach: Wer nimmt wie oft und wie lange an Weiterbildung teil – und wer nicht? Welche Voraussetzungen führen zu einer Teilnahme?

Der AES 2016 bildet erstmals auch die Teilnahmequote der 65- bis 69-Jährigen ab, sie liegt bei 21 %, ein Wert der für die größtenteils nicht Erwerbstätigen durchaus hoch zu nennen ist. Ebenso erstmals erhoben wurde die Frage nach der Übertragbarkeit der erworbenen Kenntnisse in den Alltag. Ob und wie jemand etwas lernt, ist in hohem Maß abhängig von der Gestaltung des Lehr-Lern-Prozesses. Bei allgemein hoher Zufriedenheit (95 %) wird der Transfererfolg hingegen zurückhaltender bewertet: Bei 36 % der Teilnahmen stimmen die Teilnehmenden eher

nicht oder gar nicht zu, dass sie nun in der täglichen Praxis anders agieren. Besser gelingt der Transfer, wenn man Teilnehmenden schon während des Trainings zeigt, wie man Erlerntes in den Alltag einbaut. Erstmals wurde auch der Nutzungsgrad digitaler Medien erhoben. Insgesamt erfolgt knapp die Hälfte aller Bildungsaktivitäten mindestens manchmal in digital gestützter Form.

Der AES wird seit 2007 im Abstand von zwei bis drei Jahren durchgeführt und setzt das „Berichtssystem Weiterbildung (BSW)“ fort, das von 1979 an Daten zum Weiterbildungsverhalten in Deutschland erhoben hat. Er erscheint in der Studien-Reihe DIE Survey. Das Forschungsprojekt AES wird von einem Verbund aus Kantar Public (Konsortialführerschaft), dem Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), der Freien Universität Berlin sowie dem DIE und der Universität Gießen im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) umgesetzt.

Quelle, weitere Informationen und Download: www.die-bonn.de/id/36788

Jugendstudie zu Umweltbewusstsein und Umweltverhalten

Das Bundesumweltministerium (BMU) hat im Rahmen einer repräsentativen Studie Einstellungen junger Menschen zu Nachhaltigkeit, Politik und Engagement ermittelt. Demnach gehört für 44 % der Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine intakte, natürliche Umwelt zu einem guten Leben unbedingt dazu. Die Jugendlichen sehen in erster Linie den Staat in der Pflicht, durch gezielte gesetzliche Maßnahmen für den Schutz von Umwelt und Natur zu sorgen. Gleichzeitig sind viele junge Menschen grundsätzlich bereit, sich für gesellschaftliche Ziele zu engagieren. Jedoch fällt ihnen ein konkretes Engagement zum Beispiel aus Zeitmangel oft schwer. Sie plädieren daher für aktionsorientierte und kurzfristige Beteiligungsmöglichkeiten, die besonders gut zum Alltag und den Vorstellungen jun-

ger Leute passen. Für die Studie wurden über 1.000 junge Menschen zwischen 14 und 22 Jahren zu ihrem Verhalten im Alltag sowie zu ihrem Umweltbewusstsein befragt. Das Besondere an der Studie: Die Jugendlichen wurden während des gesamten Projektverlaufs am Prozess beteiligt. Forschungsdesign und Forschungsfragen wurden im Rahmen von Workshops mit jungen Menschen entwickelt, die Untersuchungsergebnisse in Zukunftswerkstätten diskutiert und interpretiert.

Quelle: www.bmu.de

Download der Studie: www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Pool/Broschueren/jugendstudie_bf.pdf

Forschungsprojekt „Warum nicht? Studie zum Internationalen Jugendaustausch: Zugänge und Barrieren“

Im Juni 2018 wurden nach einem mehrjährigen Forschungsprozess die Ergebnisse des Forschungsprojekts „Warum nicht? Studie zum Internationalen Jugendaustausch: Zugänge und Barrieren“ im Rahmen der Trägerkonferenz des BMFSFJ vorgestellt und diskutiert.

Ziel der Studie war es, gesicherte Daten über den Anteil der Jugendlichen, die an internationalen Austauschmaßnahmen teilnehmen, vorzulegen und zu analysieren, welche Jugendlichen vom Angebot nicht erreicht werden, welche Faktoren ihre Entscheidung beeinflussen und welche Hürden es für die Teilnahme gibt. Auf diese Analyse aufbauend, sollten Handlungsempfehlungen für den Abbau von Mobilitätshemmnissen formuliert werden, um möglichst vielen Jugendlichen den Zugang zu internationalen Austauschmaßnahmen zu ermöglichen.

Um den vielfältigen Perspektiven auf das Thema gerecht zu werden, haben die vier Forschungspartner die Forschungsfragen mit verschiedenen Methoden – empirisch-quantitativ (SINUS-Institut, Forschungsprojekt „Freizeitenevaluation“), empirisch-qualitativ (Technische Hochschule Köln, IKO Institut Regensburg) – bearbeitet und Einzelstudien erstellt. Die Studie bezieht sich auf die beiden Altersgruppen der Jugendlichen (14- bis 17-Jährige) und der jungen Volljährigen (18- bis 26-Jährige). Bei der Konferenz wurden sowohl die Einzelstudien als auch die gemeinsam entwickelten Interpretationen vorgestellt. Ein Buch mit den Ergebnissen der Studie ist in Planung.

Quelle und weitere Informationen: <http://zugangsstudie.de>

AGJ gibt Handlungsempfehlungen für Unterstützungsmöglichkeiten sozial benachteiligter Jugendlicher

Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ hat Ende Juni 2018 ein Positionspapier mit dem Titel „Wer passt hier nicht zu wem? Sozial benachteiligte und individuell beeinträchtigte junge Menschen und die Förderangebote im Übergang Schule-Beruf“ veröffentlicht. Die AGJ nimmt damit in den Blick, wie sich Benachteiligung auf Jugendliche auswirkt, welche Unterstützungsbedarfe bestehen und welche Möglichkeiten und Angebote die Jugendhilfe für benachteiligte Jugendliche bietet. Angesichts der Zuständigkeiten mehrerer Rechtskreise diskutiert das Papier außerdem, ob es rechtlicher Änderungen bedarf bzw. wie die Umsetzungspraxis zu verbessern ist, damit benachteiligte Jugendliche ein passendes und verlässliches Angebot erhalten. Die im 15. Kinder- und Jugendbericht benannten Kernherausforderungen: Qualifizierung, Ver-

selbstständigkeit und Selbstpositionierung, die für einen Teil der jungen Menschen durch verschiedene Formen der Benachteiligung besonders hoch sind, werden dabei besonders in den Blick genommen. Es wird nach einer Benennung der verschiedenen Benachteiligungsformen und Herausforderungen besonders auf die Aufgaben, Angebotsformen, auf die spezifischen Potenziale der Jugendarbeit und die Schnittstellen zu anderen Bereichen Bezug genommen. Am Ende des Positionspapiers werden konkrete Handlungsempfehlungen gegeben und Forderungen gestellt.

Quelle, weitere Informationen und Download des Positionspapiers:
www.agj.de/fileadmin/files/positionen/2018/Wer_passt_hier_nicht_zu_wem__003_.pdf

Gute Arbeit für morgen (er-)finden – Jahrbuch 2017/18 des Bundesarbeitskreises ARBEIT UND LEBEN erschienen

Der Bundesarbeitskreises ARBEIT UND LEBEN e. V. hat sein Jahrbuch 2017/2018 mit dem Titel „Gute Arbeit für morgen (er-)finden. Ein Ausblick auf die zukünftige Arbeitswelt als Gestaltungsplatz“ veröffentlicht. In dem Jahrbuch soll aufgezeigt werden, was politische Jugendbildung bewirken kann, wenn es darum geht, die Grundlagen für ein gutes, gelingendes Leben zu schaffen. Die Autorinnen und Autoren reflektieren in dieser Publikation Veranstaltungen und Diskussionen in der Organisation. Insbesondere kom-

men dabei die Jugendbildungsreferentinnen und -referenten und die Mitglieder der KJP-Fachgruppe „Gute Arbeit und Bildungsgerechtigkeit“ zu Wort. Neben verschiedenen fachlichen Beiträgen und Praxisberichten werden in Interviews einzelne Aspekte vertieft und wird in fiktiven Gesprächen im Jahr 2050 ein Rückblick auf das Heute gewagt.

Quelle: Bundesarbeitskreises ARBEIT UND LEBEN e. V.
Download der Broschüre: www.arbeitundleben.de/publikationen

#istalltag: Kampagne zum Thema Rassismus

Vor dem Hintergrund eines bleibend hohen Niveaus rassistischer Gewalt hat die Beratungsstelle „response“ für Betroffene von rechter und rassistischer Gewalt – ein Angebot der Bildungsstätte Anne Frank – die Kampagne „#istalltag – Rassistische Gewalt ist kein Problem Einzelner“ gestartet. Herzstück ist ein Filmclip von Regisseur Lars Becker (u. a. Kanak Attack, Tatort) mit Kida Khodr Ramadan (Deutscher Fernsehpreis, Goldene Kamera) und Victoire Laly in den Hauptrollen. Der Film zeigt aus der Betroffenenperspektive, auf welche Weise sich rassistische Gewalt in der Gesellschaft und im öffentlichen Leben äußert – im Treppenhaus, in der U-Bahn, am Kiosk. Die abschließen-

de Botschaft lautet: „Rassistische Gewalt ist kein Problem Einzelner“.

Mit dem Film möchte die Beratungsstelle einen Beitrag leisten, das Thema sichtbar zu machen und Betroffenen zu signalisieren, dass sie nicht allein sind. Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sind herzlich eingeladen, den Film für ihre Arbeit zu nutzen. Unter dem Hashtag #istalltag informiert die Beratungsstelle in den Sozialen Netzwerken über zahlreiche Aspekte des Themas rassistische Gewalt und lädt zur Beteiligung an der Diskussion ein.

Quelle und weitere Informationen: <https://response-hessen.de>

Studie in rechtspopulistischen Hochburgen in Deutschland und Frankreich

Politik- und Kommunikationsberater Johannes Hillje hat eine Studie mit dem Titel „Rückkehr zu den politisch Verlassenen. Studie in rechtspopulistischen Hochburgen in Deutschland und Frankreich“ veröffentlicht. Er hat sie als Policy Fellow bei *Das Progressive Zentrum* verfasst. Das Progressive Zentrum ist ein unabhängiger fortschritts- und innovationsorientierter Think-Tank mit Sitz in Berlin.

In 500 Haustürgespräche und ca. 5.100 Haustürbesuchen wurde deutlich, dass sich viele Menschen in strukturschwachen Regionen in Deutschland und Frankreich mit hohem Anteil rechtspopulistischer Wähler/-innen von der Politik verlassen fühlen. Die Studie zeigt, welche Herausforderungen die Befragten in ihrem Alltag bewältigen müssen und warum oftmals die sozialpolitischen Bedingungen Grund ihres Unmuts und ihrer Zukunftsängste sind. Basierend auf den authentischen Schilderungen der Men-

schen entschlüsselt die Studie deren Deutungsmuster und gibt Handlungsempfehlungen, die darauf abzielen, das Vertrauen dieser Bevölkerungsgruppen mit lokaler Präsenz sowie Anerkennung und Lösung der vorliegenden Probleme zurückzugewinnen. Dazu werden fünf Handlungsfelder skizziert: Solidarität nach innen als Voraussetzung für Solidarität nach außen, Stärkung von Sozial- und Verkehrsinfrastruktur zur Förderung von Chancengerechtigkeit, gesellschaftsverträgliche Gestaltung des Strukturwandels, zivilgesellschaftliches „Nützlich Machen“ von Parteien auf lokaler Ebene sowie mehr Selbstbewusstsein gegenüber rechtspopulistischen Narrativen.

Quelle, weitere Informationen und Download der Studie: www.progressives-zentrum.org/die-verlassenen

Rassismus – Die Erfindung von Menschenrassen

Die aktuelle Ausstellung im Deutschen Hygiene-Museum (Laufzeit vom 19. Mai 2018 bis zum 7. Januar 2019) widmet sich dem Rassismus als eine menschenfeindliche Ideologie. Sie nimmt aber gleichzeitig auch die alltägliche Praxis in den Blick, durch die viele Menschen mit Diskriminierung und Gewalt konfrontiert sind – aufgrund ihrer Hautfarbe, ihres Aussehens, ihrer Religionszugehörigkeit oder ihrer Sprache. Rassismus, so eine zentrale Aussage, verletzt aber nicht nur die Einzelnen, er widerspricht auch den Idealen menschlicher Gleichheit und Freiheit, die unserer demokratischen Gesellschaft zugrunde liegen.

Vor diesem Hintergrund fragt die Sonderausstellung danach, welcher Zusammenhang zwischen dieser Form des Rassismus und dem Begriff der „Rasse“ selbst besteht. Dabei geht es weniger um die Geschichte dieses gefährlichen Wortes, das in unserer Gesellschaft inzwischen weitgehend geächtet ist, als um die Struktur und Wirkung dieser langlebigen Idee. Denn mit der Kategorie „Rasse“ werden nur scheinbar menschliche Unterschiedlichkeiten beschrieben, in Wahrheit dient sie dazu, politische, soziale und kulturelle Ungleichheit zu begründen. „Rassen“ sind eine wissenschaftliche Erfindung, die seit dem 18. Jahrhundert ihre unheilvolle Macht entfaltet hat.

Die Ausstellung analysiert die Methoden, mit denen dieses Denken entwickelt wurde, und sie zeigt die Bilder und Medien, in denen sie sich verbreitet haben. Sie thematisiert die Rolle des Deutschen Hygiene-Museums als Propagandamaschine der sogenannten „Rassenhygiene“ während des Nationalsozialismus und setzt sich mit der rassistischen Herrschafts- und Ausbeutungspolitik in der Epoche des Kolonialismus auseinander, deren Folgen bis zu den Fluchtbewegungen unserer Tage nachwirken.

Mit persönlichen, kritischen Statements, mit Interview-Filmen und Video-Installationen werden die Themen Alltagsrassismus, die Debatte um die Populationsgenetik, die

Rückgabe von geraubten Kulturgütern oder die Herausforderungen einer postmigrantischen Gesellschaft zur Diskussion gestellt.

Parallel zur Ausstellung wurde ein Buch unter dem Ausstellungstitel veröffentlicht. Es wurde von Susanne Wernsing, Christian Geulen und Klaus Vogel für das Deutsche Hygiene-Museum herausgegeben und ist im Wallstein Verlag, Göttingen, erschienen. Es zeigt die Methoden und Instrumente, mit denen Wissenschaften und Bildpolitik Hierarchien zwischen Menschen geschaffen haben, um Unterdrückung und Gewalt zu legitimieren. Gegenbilder heben emanzipatorische Ansätze hervor und machen zugleich die blinden Flecken unserer Wahrnehmung sichtbar. Der Band ist bei der Ausstellung, über den Buchhandel und z. B. auch in der Berliner Landeszentrale für politische Bildung erhältlich.

Ein weiterer Band mit dem Titel „Das Phantom Rasse. Zur Geschichte und Wirkungsmacht von Rassismus“ sammelt analytische Essays und Interviews zur Geschichte und Gegenwart der Rassenidee sowie Auszüge aus einschlägigen Texten der Rassismus-Theorie. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit dokumentiert der Band die Vielfalt der Deutungsmöglichkeiten eines Phantoms aus verschiedenen methodischen, disziplinären und theoretischen Perspektiven. Autorinnen und Autoren sind Sina Arnold, Manuela Bauche, Nicolas Berg, Manuela Bojadžijev, Frank Dikötter, Andreas Eckert, Naika Foroutan, Christian Geulen, Nilüfer Göle, Stefan Kühl, Veronika Lipphardt, Yasemin Shooman und Mark Terkessidis. Das Buch wurde von Naika Foroutan, Christian Geulen, Susanne Illmer, Klaus Vogel und Susanne Wernsing herausgegeben und ist im Böhlau Verlag, Wien/Köln, erschienen.

Quelle und weitere Informationen: www.dhmd.de/ausstellungen/rassismus

Ausschreibungen und Wettbewerbe

„Preis Politische Bildung“ wird im Herbst 2018 neu ausgeschrieben

Der „Preis Politische Bildung“ wird seit 2009 alle zwei Jahre zu einem jeweils wechselnden thematischen Fokus vergeben. Ausgezeichnet werden Projekte und Veranstaltungen, die die demokratisch-politische Kultur in nachhaltiger Weise stützen und entwickeln helfen, politisches Lernen kreativ, teilnehmendenorientiert und in aktivierender Weise fördern und für das Gemeinwesen wichtige neue Themen in die Arena der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung einbringen. Mit dem Preis sollen die besonderen Leistungen, die in der politischen Bildung für die

Gesellschaft erbracht werden, hervorgehoben und gewürdigt werden. Er wird vom Bundesausschuss Politische Bildung e. V. (bap) mit finanzieller und ideeller Förderung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb ausgeschrieben. Die aktuelle Ausschreibung ist ab dem 1. September 2018 auf der bap-Website abrufbar.

www.bap-politischebildung.de/ueber-den-preis-politische-bildung

Zwei gewinnt! – Neue Förderlinie für den deutsch-russischen Jugendaustausch

Gemeinsame Vorhaben zwischen Schulen und Trägern der außerschulischen Jugendarbeit unterstützt die Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch (DRJA) jetzt mit einer neuen Förderlinie. Die Stiftung DRJA möchte damit der besonderen Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen Schulen und außerschulischen Trägern gerecht werden und den Beteiligten eine Kooperation auf Augenhöhe ermöglichen. Bei der neuen Förderlinie „Zwei gewinnt!“ setzt die Stiftung auf eine Vereinheitlichung der Förderbedingungen und bietet eine Förderung von bis zu 1.000 Euro für die zusätzlichen Aufwendungen der Kooperation. Ziel ist, die große Hemmschwelle für schulisch-außerschulische Kooperationen herabzusetzen, die in der Vergangenheit durch die getrennten Förderwege und den hohen Koordinationsaufwand bestand.

Im Jahr 2018 gibt es keine Antragsfristen. Anträge können jederzeit bei der Stiftung einreicht werden. Zu beachten ist, dass der Antrag möglichst drei Monate vor Beginn des Projekts der Stiftung vorgelegt werden muss. Wenn das Projekt vor der Bewilligung begonnen werden soll, muss ein vorzeitiger Maßnahmebeginn beantragt und genehmigt werden. Die Grundlagen der Förderung und die Informationen zum Förderverfahren finden sich unter nachfolgendem Link.

www.stiftung-drja.de/de/organisieren/forderantrag-stellen/kooperation-schulisch-ausserschulisch.html

Mitgestalten – Muslimische Frauen engagieren sich

Die Robert Bosch Stiftung möchte das gesellschaftliche Engagement und die Teilhabe von muslimischen Frauen in Deutschland fördern und verbessern. Dafür sollen die Professionalisierung des gesamtgesellschaftlichen Engagements muslimischer Frauen unterstützt und gestärkt, bedarfsorientierte Angebote gefördert, die Selbstwirksamkeitserfahrungen und der Kompetenzaufbau von Musliminnen ermöglicht und muslimische Frauen darin gestärkt werden, ihr öffentliches Bild selbst mitzugestalten und zu einer differenzierten Wahrnehmung beizutragen. Die Robert Bosch Stiftung stellt dafür ausgewählten

Projekten eine Förderung von 5.000 Euro bis maximal 30.000 Euro zur Verfügung. Neben dieser finanziellen Förderung bietet die Stiftung den Projektverantwortlichen zudem Vernetzungsformate zum Austausch untereinander sowie Qualifizierungs-Workshops zu vielfältigen Themen. Sie möchte so zur Entwicklung eines übergreifenden Engagements beitragen.

www.bosch-stiftung.de/de/projekt/mitgestalten-muslimische-frauen-engagieren-sich/ausschreibung

Aktion Mensch startet neues Förderangebot „Inklusion einfach machen“

Mit diesem neuen Förderangebot möchte die Aktion Mensch noch mehr freie gemeinnützige Organisationen dazu motivieren, neue und inklusive Projekte zu starten. Für eine Förderung von bis zu 50.000 Euro benötigen die Projekt-Partner gerade einmal fünf Prozent Eigenmittel. Damit möchte die Aktion Mensch vor allem Projekt-Partner der Kinder- und Jugendarbeit, der Behindertenhilfe und Selbsthilfe einladen, einen Antrag zu stellen – und Inklusion von Anfang an aktiv mitzugestalten. Antragstellung ist

ab sofort möglich. Neben der Kinder- und Jugendarbeit sind auch alle anderen Ideen für mehr Teilhabe und Inklusion willkommen. Zusätzlich gibt Aktion Mensch einen Zuschuss von bis zu 10.000 Euro für Kosten für Barrierefreiheit, damit alle Menschen dabei sein können.

www.aktion-mensch.de/foerderung/foerderprogramme/inklusioneinfachmachen

Veranstaltungen

4. bis 6. Oktober 2018

Eichstätt-Ingolstadt

2. Konferenz des Netzwerks Flüchtlingsforschung

Veranstalter: Netzwerk Flüchtlingsforschung
<http://fluechtlingsforschung.net/konferenz2018>

5. Oktober 2018

Frankfurt am Main

Fortbildung: Diskriminierung und Radikalisierung: Gegenstrategien!

Veranstalter: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V.
www.adb.de/fachtagungen

10. Oktober 2018

Bovenden-Eddigehausen

Fachtag: Teamer*in – Expert*in – Mensch. Die politischen Bildner*innen im Fokus

Veranstalter: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V.
www.adb.de/fachtagungen

18. Oktober 2018

Berlin

Fortbildung: Politische Bildung und Prävention zwischen Islam, Islamfeindlichkeit und Islamismus

Veranstalter: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V.
www.adb.de/fachtagungen

30. Oktober 2018

Köln

Konferenz „Angekommen in Deutschland – was nun? Europäische Impulse zur gesellschaftlichen Teilhabe von Geflüchteten und Migrant*innen“

Veranstalter: Nationale Agentur beim Bundesinstitut für Berufsbildung (bibb)
www.na-bibb.de/service/veranstaltungen/details/news/detail/News/angekommen-in-deutschland-was-nun

7. und 8. November 2018

Düsseldorf

„Kind. Kegel. Kalifat.“ Frauen und Kinder: blinde Flecken in der Salafismusprävention?

Veranstalter: Bundeszentrale für politische Bildung / bpb
www.bpb.de

12. und 13. November 2018

Köln

Fortbildung: Geschlechtersensible Pädagogik in der Arbeit mit jungen Geflüchteten und diversen Gruppen

Veranstalter: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V., Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke, Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben, Evangelische Trägergruppe für gesellschafts-politische Jugendbildung, Verband der Bildungszentren im ländlichen Raum
www.adb.de/fachtagungen

13. und 14. November 2018

Berlin

DJI-Jahrestagung: „Kinderrechte: Jetzt wird’s ernst!“Veranstalter: Deutsches Jugendinstitut
www.dji.de

13. und 14. November 2018

Berlin

Fachtagung „Demokratie inklusive. Demokratie und Vielfalt in der Kindertagesstätte“Veranstalter: Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ
www.duvk.de/fachtagung2018

27. und 28. November 2018

Goslar

AdB-Fachtagung: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Wertorientierungen des Grundgesetzes und gesellschaftlicher WandelVeranstalter: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V.
www.adb.de/fachtagungen

3. und 4. Dezember 2018

Bonn

DIE-Forum Weiterbildung 2018 „Regionale Weiterbildung gestalten – Disparitäten überwinden“Veranstalter: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (DIE)
www.die-bonn.de/institut/die-forum/2018

4. und 5. Dezember 2018

Berlin

Fortbildung: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der Migrationsgesellschaft: Handlungsstrategien für die politische JugendbildungVeranstalter: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V., Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke, Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben, Evangelische Trägergruppe für gesellschafts-politische Jugendbildung, Verband der Bildungszentren im ländlichen Raum
www.adb.de/fachtagungen

7. bis 9. März 2019

Leipzig

14. Bundeskongress Politische Bildung: „Was uns bewegt. Emotionen in Politik und Gesellschaft“Veranstalter: Bundeszentrale für politische Bildung / bpb, Deutsche Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) e. V., Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e. V., Volkshochschule Leipzig www.bpb.de/veranstaltungen/format/kongress-tagung/269250/14-bundeskongress-politische-bildung

Zeitschriftenschau

Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zum Parlament (APuZ), Heft 17/2018 Schwerpunkt: (Anti-)Feminismus

Heft 18–20/2018 Schwerpunkt: Weimarer Republik

Heft 21–23/2018 Schwerpunkt: Klima

Heft 24/2018 Schwerpunkt: Krankheit und Gesellschaft

Heft 25–26/2018 Schwerpunkt: Wohnungslosigkeit

Heft 27/2018 Schwerpunkt: D-Mark

Heft 28–29/2018 Schwerpunkt: Religionspolitik

Heft 30–31/2018 Schwerpunkt: Dreißigjähriger Krieg

Bezug: Bundeszentrale für politische Bildung / bpb, Adenauerallee 86, 53113 Bonn; www.bpb.de

Blätter für deutsche und internationale Politik,

Heft 5/2018 Schwerpunkte z. B.: Brandherd Syrien, Freihandel als Ideologie, Brexit, Israel

Heft 6/2018 Schwerpunkte z. B.: Die neue eurasische Weltordnung; Das Elend der amerikanischen Demokratie; Wie weiter gegen rechts?; Soziale Bewegung von rechts

Heft 7/2018 Schwerpunkte z. B.: Ausgeschlossen und abgewertet: Muslime und Ostdeutsche; Hass und Frauenverachtung im Internet; Wie Russland Politik betreibt

Heft 8/2018 Schwerpunkte z. B.: Wider die digitale Manipulation; Solidarität und Heimat; Die kolonialen Wurzeln des Völkerrechts

Bezug: Blätter Verlagsgesellschaft mbH, Torstr. 178, 10115 Berlin; www.blaetter.de

couragiert – Das Magazin für demokratisches Handeln und Zivilcourage, Heft 2/2018 Schwerpunkt: Dem Hass begegnen

Bezug: Aktion Zivilcourage e. V., Postfach 100228, 01782 Pirna; www.aktion-zivilcourage.de; www.couragiert-magazin.de

deutsche jugend, Heft 5/2018 Schwerpunkt: Jugend und Medien

Heft 6/2018 Schwerpunkt: Politische Aspekte von Jugendarbeit

Heft 7–8/2018 Schwerpunkt: Politische Steuerung der Jugendarbeit

Bezug: Julius Beltz GmbH & Co. KG, Beltz Juventa, Werderstraße 10, 69469 Weinheim; www.beltz.de

DJI-Impulse, Bulletin des Deutschen Jugendinstituts,

Heft 1/2018 Schwerpunkt: Demokratie lernen. Wie sich politische Bildung in Zeiten von Digitalisierung und gesellschaftlicher Polarisierung wandeln muss

Bezug: Deutsches Jugendinstitut, Nockherstraße 2, 81541 München; www.dji.de/impulse

Dokumente. Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog, Heft 1–2/2018 Schwerpunkt: Ein neuer Elysée-Vertrag! – Un nouveau traité de l’Elysée!

Bezug: Verlag Dokumente GmbH, Dottendorfer Str. 86, 53129 Bonn; www.dokumente-documents.info

EB Erwachsenenbildung, hrsg. von der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung, **Heft 2/2018** Schwerpunkt: Bildungsarbeit in der Pfarrgemeinde

Bezug: W. Bertelsmann Verlag, Auf dem Esch 4, 33619 Bielefeld; www.wbv.de

EDUCATION PERMANENTE EP, Schweizerische Zeitschrift für Weiterbildung, Heft 2/2018 Schwerpunkt: Demokratie/Démocratie/Democrazia

Bezug: Schweizerischer Verband für Weiterbildung SVEB, Oerlikonstraße 38, CH-8057 Zürich; www.alice.ch

forum erwachsenenbildung, hrsg. von der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE e. V.) und vom Comenius-Institut, **Heft 2/2018** Schwerpunkt: Religiösen Ressentiments entgegentreten

Bezug: Waxmann Verlag, Steinfurter Str. 555, 48159 Münster; www.waxmann.com

Forum Jugendhilfe, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ, **Heft 1/2018** Schwerpunkt: Forschungs-Praxis-Transfer

Heft 2/2018 Schwerpunkt: Fachkräftebedarf und Personalentwicklung

Bezug: AGJ, Mühlendamm 3, 10178 Berlin; www.agj.de

GWP. Gesellschaft – Wirtschaft – Politik. Sozialwissenschaften für politische Bildung, Heft 2/2018 Schwerpunkte u. a.: Share Economy; Zukunft der NATO; Einstellungen zur Demokratie in Deutschland; Aufbruch für Europa?

Bezug: Verlag Barbara Budrich, Stauffenbergstr. 7, 51379 Leverkusen; www.budrich-verlag.de

Hessische Blätter für Volksbildung, hrsg. vom Hessischen Volkshochschulverband e. V. Bielefeld, **Heft 2/2018** Schwerpunkt: Bildung zur Nachhaltigkeit

Bezug: www.wbv.de/journals/zeitschriften/hessische-blaetter-fuer-volksbildung

Journal für politische Bildung, hrsg. vom Bundesausschuss für politische Bildung, **Heft 1/2018** Schwerpunkt: 1918 – Demokratischer Aufbruch?

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50, 60489 Frankfurt am Main; www.wochenschau-verlag.de

Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis (KJug), hrsg. von der Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e. V. (BAJ), **Heft 3/2018** Schwerpunkt: Kinder- und Jugendhilfe inklusiv

Bezug: BAG Jugendschutz, Mühlendamm 3, 10178 Berlin; www.kjug-zeitschrift.de

Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs, Heft 33/2017 Schwerpunkt: Basisbildung aktuell. Verbindlichkeiten, Abgrenzungen, Gemeinsamkeiten

Heft 34/2018 Schwerpunkt: Bildungszugänge und Bildungsaufstiege

Bezug: www.erwachsenenbildung.at/magazin

merz. medien + erziehung – zeitschrift für medienpädagogik, Heft 3/2018 Schwerpunkt: Orientierung in einer komplexen Welt

Bezug: kopaed verlagsgmbh, Pfälzer-Wald-Str. 64, 81539 München; www.kopaed.de

Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte, Heft 5/2018 Schwerpunkt: Blick nach rechts

Heft 6/2018 Schwerpunkt: 1968. Was bleibt von der Revolte?

Heft 7–8/2018 Schwerpunkt: China – Indien

Bezug: Verlag J.H.W. Dietz, Dreizehmorgenweg 24, 53175 Berlin; <http://dietz-verlag.de>

POLIS, Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für politische Bildung, Heft 2/2018 Schwerpunkt: Politikunterricht im Vergleich

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50, 60489 Frankfurt am Main; www.wochenschau-verlag.de

POLITIKUM. Analysen. Kontroversen. Bildung, Heft 2/2018 Schwerpunkt: Utopien

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50, 60489 Frankfurt am Main; www.wochenschau-verlag.de

weiter bilden. DIE Zeitschrift für Erwachsenenbildung, Heft 2/2018 Schwerpunkt: Debatte

Bezug: W. Bertelsmann Verlag, Auf dem Esch 4, 33619 Bielefeld; www.wbv.de

Wochenschau. Politik und Wirtschaft unterrichten, Heft 2–3/2018 Schwerpunkte: Demokratie und politische Beteiligung (Sek. I); Das politische System der BRD (Sek. II)

Heft 4/2018 Schwerpunkte: Arbeitsmarkt (Sek. I); Weltordnung (Sek. II)

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50, 60489 Frankfurt am Main; www.wochenschau-verlag.de

pb-digital

„Demokratie. Vielfalt. Respekt.“ – Onlineportal für pädagogische Fachkräfte

Auf diesem Onlineportal können Fachkräfte aus der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Jugendbildung Angebote zur Stärkung der Demokratiekompetenz von Kindern und Jugendlichen finden. Das Onlineportal ist im Auftrag des Landesdemokratiezentrums Berlin und im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ in Zusammenarbeit mit der Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin entstanden. Auf dem Portal sind verschiedene Projekte vertreten, die vorbeugend gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Demokratiefeindlichkeit arbeiten und sich an unterschiedliche Zielgruppen richten. Workshops, Fortbildungen und Beratungsangebote, Publikationen, Medien und Veranstaltungen zum Thema Demokratieförderung und Präventionsarbeit kann man auf dem Portal ebenso entdecken wie Hinweise auf Anlaufstellen, die im Notfall schnelle Hilfe bei Mobbing, Diskriminierung und Gewalt leisten.

www.demokratie-vielfalt-respekt.de

„Schicksalsjahr 1938 – Zeitzeugnisse der deutsch-jüdischen Diaspora“

In Kooperation mit dem Leo Baeck Institut New York | Berlin hat die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb ein neues Online-Dossier über die persönlichen Geschichten von Zeitzeugen der deutsch-jüdischen Diaspora veröffentlicht. Briefe, Tagebücher, offizielle Dokumente und Fotos geben einen Einblick in die bedrohlichen Lebensumstände der Betroffenen unter dem NS-Regime im Jahr 1938. So zeigt ein Fotoalbum das bedrohte und zugleich behütete Leben in einem jüdischen Kinderheim, Tagebücher von Jugendlichen schildern den für Juden unheilvollen Anschluss Österreichs und die dramatischen Folgen der Novemberpogrome in Wien. Eltern schreiben Postkarten an ihre Kinder, die ganz allein mit den Kindertransporten in England landen.

www.bpb.de/schicksalsjahr1938

Open-Source-Toolkits „OnGea“ für die (internationale) Jugendarbeit

Partner aus 10 Ländern mit langjährigen Erfahrungen in internationalen Austauschprojekten haben in dem Projekt „OnGea – Online Gear enhancing Youth Work“ Werkzeuge entwickelt, die (internationale) Jugendarbeit erleichtern können. Die Themen reichen von der Öffentlichkeitsarbeit bis zum Berichtswesen. Das System hat drei Elemente: Eine App für Teilnehmende (Android und iOS), ein Verwaltungstool für Entsende- und Gastgeberorganisationen sowie ein multilinguales Website-Tool auf Basis des Open-Source-CMS Drupal. Im Zusammenspiel erleichtern diese Elemente die Organisation von Internationalen Jugendbegegnungen, Freizeiten und regionalen Jugendcamps. Das Toolkit wurde Ende August 2018 in der Bildungswerkstatt der Technischen Hochschule Köln vorgestellt. Dort konnten Interessierte mit mitgebrachten Smartphones und Laptops schon einmal selbst mit dem System experimentieren und ausprobieren, ob dieses Angebot eine Arbeitserleichterung mit sich bringt. OnGea wird vom EU-Programm ERASMUS+ gefördert und von ROOTS & ROUTES Cologne e. V. koordiniert. Als Teil des internationalen ROOTS & ROUTES Netzwerks setzt ROOTS & ROUTES Cologne e. V. sich für internationale Jugendarbeit, kulturelle Vielfalt und spartenübergreifende Kunstprojekte ein. Zu den Zielen des Vereins gehören die Förderung internationaler Jugendmobilität und diversitätsbewusster Jugendarbeit. Die Entwicklung der OnGea-App wurde zusätzlich vom Kinder- und Jugendförderplan des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert.

Quelle: www.jugendhilfeportal.de

Projekt-Webseite: <https://ongea.weebly.com>

Blog: Flüchtlingsforschung gegen Mythen

Das Netzwerk Flüchtlingsforschung ist ein multi-disziplinäres Netzwerk von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die zu Zwangsmigration, Flucht und Asyl forschen. Seit 2015 betreibt das Netzwerk einen Blog, um Informationen und einen Austausch zu vielfältigen Themen aus unterschiedlichen disziplinären Perspektiven zu sichern. In einer speziellen Serie „Flüchtlingsforschung gegen Mythen“ greifen Expertinnen und Experten Aussagen aus der öffentlichen Flüchtlingsdebatte auf und stellen sie wissenschaftlichen Erkenntnissen gegenüber. Bisher sind sieben Beiträge in diesem Faktencheck erschienen. Ziel des Blogs im Allgemeinen ist es, eine Plattform für Information und Austausch zu bieten. Die Blogbeiträge befassen sich mit vielfältigen Themen aus unterschiedlichen disziplinären Perspektiven. So werden aktuelle Entwicklungen, historische Prozesse und politische Debatten über Flüchtlingschutz und Lebensbedingungen von Geflüchteten untersucht, rechtliche Zusammenhänge erläutert sowie methodische und ethische Fragestellungen reflektiert. Seit Gründung sind mehr als 80 Beiträge von über 60 Autorinnen und Autoren erschienen, die viele verschiedene Themen und Regionen abdecken. Seit April 2015 fördert die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) das assoziierte wissenschaftliche Netzwerk „Grundlagen der Flüchtlingsforschung“ und seit 2016 wird in Verbindung mit dem Netzwerk Flüchtlingsforschung die Z'Flucht – Zeitschrift für Flüchtlingsforschung (Verlag Nomos) herausgegeben.

Quelle, weitere Informationen und Blog: <https://fluechtlingsforschung.net/fluechtlingsforschung-gegen-mythen>

Online-Dossier „Politische Bildung“

Viele Jugendliche bringen der etablierten Politik wenig Vertrauen entgegen. Dies ist umso brisanter, da populistische Bewegungen weltweit an Einfluss gewinnen und politische Diskurse sich verschärfen. Die Digitalisierung und die zunehmende gesellschaftliche Polarisierung stellen die politische Bildung vor neue Herausforderungen. Kindertageseinrichtungen, Schulen und Jugendarbeit müssen unter anderem nach Wegen suchen, demokratiefeindlichen Tendenzen zu begegnen, kritische Medienkompetenz zu schulen und mehr Teilhabe zu ermöglichen. Das Deutsche Jugendinstitut hat vor diesem Hintergrund auf seiner Homepage eine Reihe von Statements, Kommentaren, Interviews, Analysen und Einblicke in die Praxis zum Thema politische Bildung zusammengestellt, um Anregungen und Unterstützung zu geben.

www.dji.de/politischeBildung

Online-Jugendmagazin #wtf?! zum Thema Verschwörungstheorien

Die neue Ausgabe des Online-Jugendmagazins #wtf?! wissen – thesen – fakten der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung greift das Thema Verschwörungstheorien auf und erklärt anhand von Infografiken, Interviews, Unterrichtsmaterialien und Büchern, warum Verschwörungstheorien gefährlich sind. Das Magazin enthält u. a. eine Infografik, die Schritt für Schritt am Beispiel der Reichsbürger erklärt, wie solche Theorien Wirkung entfalten. Neben der aktuellen Ausgabe zu den Verschwörungstheorien finden sich Themen wie „Partizipation“, „Europa=Diktatur?“, „Politiker“, „Parteien=Wahlversprecher?“ und „Lügenpresse?“. Die Inhalte sind jugendgerecht aufgemacht und komplett online zugänglich. Die Infografiken können auch separat als pdf in verschiedenen Plakatformaten (A1, A2 und A3) heruntergeladen werden. Die Inhalte lassen sich einzeln nach Interesse anwählen, das Magazin steht aber auch komplett als pdf-Download zur Verfügung.

Quelle, weitere Informationen und Link des Online-Jugendmagazins: <https://wtf.slpb.de>

Wahre Welle: Online Satire-Sender der bpb

Die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb hat im Juni 2018 das Online-Angebot „Wahre Welle TV“ veröffentlicht. Die Website im Stil eines Fernsehsenders gibt vor, über Verschwörungen aufzuklären. Bei genauerem Hinsehen entlarvt sich das Angebot als satirische Auseinandersetzung mit Verschwörungstheorien und deren absurden und wirklichkeitsverzerrenden Argumentationsmustern. Sechs Filme, die in der Machart von unterschiedlichen Fernsehformaten gehalten sind, stellen die bekanntesten Verschwörungstheorien auf eine skurrile, realitätsferne Art und Weise dar, sodass die fehlende Logik der Verschwörungstheorien klar wird. Die Idee des Projekts ist es, auf niedrigschwellige Weise ein medienpädagogisches Angebot zu entwickeln, das die Logik von Verschwörungstheorien aufzeigt und die oftmals abstrusen Argumentationen aufdeckt. Das Instrument der satirischen Überspitzung wird hier bewusst gewählt, um die Medienkompetenz und die Fähigkeit zur kritischen Auseinandersetzung mit politischen Themen im Netz zu fördern. Die Zielgruppe sind laut Aussage der bpb Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 16 und 35 Jahren, die sich im Netz bewegen. Bei der Verbreitung setzt die Bundeszentrale vor allem auf die sozialen Netzwerke, da diese der maßgebliche Verstärker für Verschwörungstheorien sind: So sind die Kurzfilme unter www.wahrewelle.tv und auch über Facebook abrufbar. In einem begleitenden Online-Dossier zu „Wahre Welle“ zeigt die bpb anhand von Infotexten, die in Kooperation mit Journalistinnen und Journalisten entstanden sind, was hinter einer Auswahl aktueller Verschwörungstheorien steckt. Warum kommen sie zustande? Gegen wen richten sie sich? Wie stichhaltig sind sie? Und warum glauben manche Menschen an Verschwörungstheorien und andere nicht?

Quelle und weitere Informationen: www.bpb.de/wahrewelle
Zum Online-TV-Sender: <https://wahrewelle.tv>

Onlinejournal Internationale Politik und Gesellschaft (IPG)

Das Onlinejournal Internationale Politik und Gesellschaft (IPG), getragen von der Friedrich-Ebert-Stiftung, versteht sich als engagierte Debattenplattform für Fragen internationaler und europäischer Politik. Die Autorinnen und Autoren – es sind Journalisten, Akademiker, politische Beobachter und Personen aus der Praxis – wollen nicht nur beschreiben, sondern durch kritische Interpretationen und Bewertungen Impulse geben. Das Themenspektrum umfasst außen-, sicherheits-, und entwicklungspolitische Fragen ebenso wie Herausforderungen der europäischen Integration und globale Umweltfragen. Die Beiträge sind folgenden Rubriken zugeordnet: Außen- und Sicherheitspolitik, Soziale Demokratie, Europäische Integration sowie Nachhaltigkeit, Energie- und Klimapolitik. Die Verantwortlichen haben den Anspruch, meinungsstarke Analysen und Kommentaren zu aktuellen Fragen der europäischen und internationalen Politik zu veröffentlichen. Die aktuellen Neuerscheinungen des Onlinejournals werden den Interessierten über ein Newsletter annonciert, sind aber ebenso im Portal abrufbar.

Quelle, weitere Informationen und Plattform: www.ipg-journal.de

Impressum

Außerschulische Bildung

Zeitschrift der politischen
Jugend- und Erwachsenenbildung

3/2018

49. Jahrgang

Herausgeber: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V., vertreten durch Ulrich Ballhausen und Dr. Paul Ciupke

Redaktion: Dr. Friedrun Erben

Redaktionsbeirat: Ina Bielenberg, Gertrud Gandenberger, Wolfgang Pauls, Dr. Beate Rosenzweig, Dr. Michael Schröder, Ulrike Steimann

Redaktions- und Bezugsanschrift:

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten
Mühlendamm 3, 10178 Berlin
Telefon: 030 400401-11
E-Mail: redaktion@adb.de
adb.de

Gestaltung und Satz: Berliner Süden, berlinersueden.de

Herstellung: Ruksaldruck GmbH + Co. KG, ruksaldruck.de

Bildnachweis: Copyrightthinweise siehe Fotos

Bezugsbedingungen

gültig ab Ausgabe 1/2015

Einzelheft: 7 €

1 bis 3 Abonnements: jährlich 20 €

ab 4 Abonnements: jährlich 16 €

Abonnements für Studenten, Praktikanten,

Referendare, Arbeitslose: jährlich 16 €

Alle Preise zzgl. Porto. Für Ermäßigungen bitte jährlich Bescheinigung übersenden.

Die Mitglieder des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten erhalten je ein Exemplar kostenlos.

Diese Zeitschrift wird von der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen unterstützt und maßgeblich aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Die **Außerschulische Bildung** ist eine Fachzeitschrift für politische Jugend- und Erwachsenenbildung. Sie wird vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) herausgegeben.

Die Fachzeitschrift Außerschulische Bildung ...

- trägt zur fachlichen und wissenschaftlichen Reflexion der Praxis politischer Jugend- und Erwachsenenbildung bei.
- stärkt die Professionalität pädagogischen Handelns.
- nimmt aktuelle und relevante Themen aus Politik und Gesellschaft in den Blick und bereitet sie für die politische Bildung auf.
- macht Beispiele der Bildungsarbeit öffentlich und ist ein Schaufenster des Arbeitsfelds.
- setzt theoretische und fachliche Diskussionen in Beziehung und macht die Diskurse in der Profession und den wissenschaftlichen Bezugsdisziplinen jeweils miteinander bekannt.
- stellt Methoden der politischen Bildung vor.
- präsentiert neue fachbezogene Publikationen und Medienprodukte und schätzt diese in ihrer Relevanz für die Bildungsarbeit ein.
- berichtet über bildungs- und jugendpolitische Entwicklungen in Bund und Ländern.
- verbreitet Nachrichten aus dem AdB und anderen Fachverbänden.

AdB

Arbeitskreis deutscher
Bildungsstätten e.V.

adb.de